PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 24. August 1976, fertiggestellt.

26. August 1976 Jg. 4 Nr. 34 50 Pfennig

„Vermögensbildungspolitik“

Lohnraub in Geschenkverpackung!

Gegenwärtig verhandelt die IG Metall über einen neuen Tarifvertrag zu den vermögenswirksamen Leistungen. In der „Metall“ schreibt Eugen Loderer: „In der Frage einer Neuregelung des zur Jahresmitte ausgelaufenen Tarifvertrages über vermögenswirksame Leistungen in der Metallindustrie ist der Stein ins Rollen gebracht worden.“ Wem soll der Stein auf die Füße rollen, wenn es nach den Plänen der bürgerlichen Politiker und der Kapitalisten geht?

Man hat noch nie gehört oder gesehen, daß die Lohnbewegung der Arbeiter bei der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien Unterstützung gefunden hätte. Auf den Abschluß „vermögenswirksamer“ Regelungen dagegen sind die bürgerlichen Politiker ganz mögenswirksamer“ Regelungen dagegen sind die bürgerlichen Politiker ganz versessen. Das liegt daran, daß hier in der Form von Tarifverträgen gegen die Lohnbewegung vorgegangen werden soll. Mitten während der Verhandlungen zwischen der IGM-Führung und dem Metallkapitalistenverband kam Wirtschaftsminister Friderichs mit einer „Initiative zur Forcierung der Vermögensbildung“ an die Öffentlichkeit.

Friderichs ziele auf ein 936-Mark-Gesetz, berichtete das „Handelsblatt“. Hat man je bei Tarifverhandlungen über den Lohn erlebt, daß ein Minister mit dem Vorschlag hervortrat, er wolle die Lohnerhöhungen unterstützen? Bei den Verhandlungen über die vermögenswirksamen Leistungen erleben wir aber gerade das. Die Sache löst sich schnell: Mit der Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen sind die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker in Wirklichkeit auf schlichten Lohnraub und auf Unterdrückung der Lohnbewegung aus. Der Lohnkampf soll sich nach Meinung von Friderichs so abspielen:

„‚Bei den ersten Verhandlungen auf der Basis von Prognosewerten für die Lohnabschlüsse in Bargeld könnten zunächst vorsichtige Daten über die Wirtschaftsentwicklung zugrundegelegt werden. In einer zweiten Phase könnte bei späteren Verhandlungen auf der Grundlage von Ist-Ergebnissen vermögenswirksame Leistungen vereinbart werden, die das Risiko von Einkommensverlusten bei zu niedrigen Abschlüssen in der ersten Phase ausschließen.‘ Mit einer solchen rückwirkenden Ertragstantieme könnte die Lohnpolitik auch betriebsnaher werden, d.h. die jeweils unterschiedliche Ertragslage der Unternehmen widerspiegeln. Betriebsvereinbarungen seien hierfür durchaus ein probates (d.h. geeignetes) Mittel. Vor allem sei eine Zweiteilung der Lohnverhandlungen auch gesamtwirtschaftlich richtig, weil dann bereits investierte Erträge nicht wie bisher in die nächste Lohnrunde eingingen und zu negativen Inflations- und Beschäftigungseffekten führten.“

Hier steht die diesjährige Metalltarifpolitik Modell. So gut hat das den Kapitalisten und Politikern gefallen: Die erste Phase besteht in schlichtem Lohnraub, indem die Lohnerhöhung noch nicht einmal auf dem Papier eine Verteidigung des Reallohns bedeutet. Der Lohnraub soll beschönigt werden Der Lohnraub soll beschönigt werden durch das Versprechen auf spätere vermögenswirksame Leistungen, wenn sich die Arbeiter mit dem Lohnraub abfinden und sich richtig auspressen lassen. In der zweiten Phase geben dann die Kapitalisten eine Prämie auf geglückten Lohnraub und verstärkte Ausbeutung. Diese Prämie geben sie aber nicht den Arbeitern, sondern behalten sie ein, um sie weiter als ihr Kapital einzusetzen zur weiteren Ausbeutung der Lohnarbeit. Das Ganze soll dann noch von Betrieb zu Betrieb verschieden gemacht werden, so daß der bestmögliche Spaltungseffekt erzielt wird.

Fides Krause-Brever, die im ZDF regelmäßig das Hohe Lied auf die Notwendigkeit des Lohnverzichts singt, ist denn auch ganz von den Socken vor Begeisterung über den Friderichs-Vorschlag: „Mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll das Kapital gebildet werden, das die Wirtschaft für ein stetiges Wachstum und für die Erhaltung der Arbeitsplätze dringend braucht. Der Vermögenszuwachs, der im Unternehmen entsteht, soll aber nicht mehr nur den bisherigen Anteilseignern, sondern eben auch den Arbeitnehmern zugute kommen. Gleichzeitig will Minister Friderichs den Gewerkschaften Abschlüsse von Tarifverträgen erleichtern, die als Ausgleich für eine entsprechend bescheidenere Lohnsteigerung den Arbeitnehmern vermögenswirksame Leistungen zusichern.“ Die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ soll also Kapital bilden. Die Fides, was zu

Fortsetzung Seite 2



In rund vierzig Städten der Bundesrepublik und in Westberlin wurde am Mittwoch, den 18. August, gegen das KPD-Verbot demonstriert. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hatte dazu aufgerufen. In Bremen (unser Bild) nahmen 750 an der Demonstration teil. (Siehe Seite 3)

Imperialisten und Reaktionäre betreiben die Spaltung des Libanon

Die Kämpfe im Libanon konzentrieren sich auf Tripoli im Norden sowie auf Gebirgsdörfer, zirka dreißig Kilometer nordöstlich von Beirut, die von den Volksmassen gegen die Reaktionäre verteidigt werden. Tripoli wird im Norden und Nordosten von syrischen Truppen abgeriegelt, im Süden und Südosten von Christen angegriffen. Den reaktionären christlichen Truppen geht es darum, die Aufteilung und Zersplitterung des Libanon perfekt zu machen.

Die Volksmassen, die Libanesische Nationale Bewegung, verteidigen Tripoli und die Gebirgsdörfer. Die reaktionären Christen wollen die Spaltung des Libanon durchsetzen, einen Teil des Libanon zum zweiten Brückenkopf des USA-Imperialismus neben Israel machen. Das libanesische Volk kämpft gegen die Spaltung des Libanon, für seine territoriale Integrität, seine Einheit und Souveränität; dafür, daß der Libanon Bestandteil der arabischen Kampffront gegen den Zionistenstaat und den Imperialismus wird.

Angesichts der Erfolge seiner Kettenhunde schaltet sich der USA-Imperialismus wieder offen ein. Er hat zwei Diplomaten, Robert Houghton und David Mack, nach Jounieh geschickt, dem Hauptquartier der reaktionären Christen. „Nach Angaben aus Washington sollen die Diplomaten die Ansichten führender Vertreter des christlichen Teils im Libanon kennenlernen.“ (Süddeutsche Zeitung, 23.8.)

Kennenlernen ist ein Hohn. Es waren die Phalangisten, die im April 1975 den Bürgerkrieg entfacht haben, um im Gesamtlibanon die erwachenden Volksmassen zurückzuschlagen, die Fortschritte des palästinensischen Befreiungskampfes zunichtezumachen. (Vgl. KVZ 26/75) Beides ist ihnen im Verlauf der sechzehn Monate, in denen der Klassenkampf tobt, nicht gelungen. Sie waren vorübergehend sogar kurz davor, eine entscheidende Niederlage zu kassieren. Davor sind sie durch den Einmarsch der syrischen Truppen im Juni 76 bewahrt worden.

Die syrische Regierung hat den Einmarsch durch Erklärungen gegen den Isolationismus, gegen die Spaltung und für die Einheit des Libanon begründet, für die Sache des palästinensischen Befreiungskampfes. Tatsächlich mußte sich dieser Einmarsch von Anbeginn an gegen die libanesischen Volksmassen und den Teil des palästinensischen Volkes, der im Libanon gezwungen ist, sich in Lagern aufzuhalten, richten. Heute ist die Einheit des Libanon zerstört, die Reaktionäre in der Vorderhand, jüngst ist das Palästinenserlager Tel-Al-Zaatar gefallen. Präsident Assad von Syrien erklärt: „Unsere Intervention hat die Befriedung der Regionen erlaubt, wo die syrische Armee eingedrungen ist.“ (Le Monde, 20.8.) Diese Befriedung besteht in der Niederhaltung der Volksmassen und direkter Schützenhilfe für die reaktionären Christen.

Die zionistische Besatzermacht, Israel, erhofft sich politische und militärische Vorteile von der Teilung des Libanon. Zwischen ihr und den Phalangisten, deren Waffenlieferant der Zionistenstaat ist, würden bei einer Teilung des Libanon die Palästinenser eingekesselt. Die Zionisten greifen direkt in den Bürgerkrieg ein, das Fernsehen propagiert offen ihre Seeblockade: „... erklärte das israelische Fernsehen in einem längeren Bericht, Patrouillenboote der israelischen Marine ständen als Barriere zwischen den Versorgungsschiffen und der libanesischen Küste. In der vergangenen Woche hätten israelische Schnellboote einige Schiffe gestoppt und die bei einer Durchsuchung gefundenen Waffen beschlagnahmt“. (Neue Zürcher Zeitung, 18.8.)

Die bürgerliche Presse fährt fort, die „Politik des Offenen Zauns“ an der Grenze von Israel und Südlibanon zu propagieren. Was von diesem „offenen Zaun“ zu halten ist, zeigt das Schicksal dreier Palästinenser aus einer von Israel besetzten Stadt, die aus dem Zuchthaus Israel in den Südlibanon überwechseln wollten. Eine zionistische Patrouille hat sie über den Haufen geschossen. (Neue Zürcher Zeitung, 16.8.) Um Verwirrung zu stiften, behaupteten die Zionisten, es gäbe direkte Verhandlungen zwischen ihnen und der Libanesisch-Arabischen Armee. „Die Arabische Armee des Libanon hat in allen Einzelheiten ... diese erfundene Meldung dementiert. In ihrer Erklärung stellt die Arabische Armee des Libanon fest, die Befreiung Palästinas von der rassistischen, zionistischen, faschistischen Besatzung stehe an erster Stelle der Ziele der Arabischen Armee, die eine Armee sei, die gegen das Regime des Agententums und des politischen Feudalismus revoltiert habe.“ (Stimme Palästinas)

Tritt die eine Supermacht wieder offen auf, weil ihr Brückenkopf Gestalt annimmt, so ist die andere noch am Sondieren. Ihrer lügnerischen Behauptung, bester Freund und natürlicher Verbündeter der Völker zu sein, ist ein weiterer Schlag versetzt worden. Abu Ayad, Mitglied des Zentralkomitees der Al Fatah, der größten palästinensischen Befreiungsorganisation innerhalb der PLO, hat erklärt: „Es genügt nicht, uns den Rat zu geben, uns mit den Syrern wieder zu versöhnen ... Alles, was wir wollen, ist ein Schiff mit Mehl unter sowjetischer Flagge, das in den Hafen Saida oder Tyrus kommt.“ (Le Monde, 17.8.)

Die sozialimperialistische Supermacht, die genauso wie die andere nach Oberherrschaft und Kontrolle über die Völker und Reichtümer des Nahen Ostens strebt, mischt sich allseitig ein; sie will auf allen Seiten ihr Eisen im Feuer haben. So verfügt sie innerhalb der Libanesischen Nationalen Bewegung über eine Agentur in Gestalt der revisionistischen KP Libanons. Mit deren Generalsekretär hat sie gerade ein Kommuniqué gegen den syrischen Einmarsch verabschiedet. In Syrien verfügt sie über die dortige revisionistische KP Syriens, die auch in der Regierung mit Ministern vertreten ist und die selbstverständlich für den Einmarsch ist.

Fortsetzung Seite 2

Provokationen gegen die DRV Korea

Imperialistische Banditen

Mittwoch, den 18. August, wurden zwei US-Offiziere am 38. Breitengrad, der Korea künstlich trennt, erschlagen. Mit Äxten.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Die Roten haben sich dabei wie die Banditen verhalten. Die Amerikaner wurden von ihnen erschlagen.“ Die Roten, das sind Mitglieder der Volksarmee der Demokratischen Volksrepublik Korea. Die Amerikaner, das sind Angehörige der Besatzerarmee. Eine solche unternimmt selbstverständlich immer wieder Versuche der Sabotage und Aggression. Selbstverständlich werden diese von einem Staat der Diktatur des Proletariats niedergeschlagen. Das ist erneut passiert. Wütend werden darüber nur die Imperialisten.

„Grenzen zum Kommunismus haben es in sich.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Der 38. Breitengrad ist keine Grenze. Er ist eine Demarkationslinie, eine Linie, die bloß das Ergebnis des Waffenstillstands von 1953 festhält. Das Land Korea ist eine Halbinsel am asiatischen Festland und gehört vollständig dem koreanischen Volk. Seine einzig legitime Vertretung ist die Demokratische Volksrepublik Korea. Es ist noch nicht vollständig von imperialistischer Herrschaft befreit. Ein Teil steht immer noch unter Besatzung des USA-Imperialismus.

Ursprünglich wollte sich der USA-Imperialismus ganz Korea unter den Nagel reißen und sich zugleich eine Ausgangsbasis für die Fortsetzung der Aggression gegen die siegreiche junge Volksrepublik China schaffen. Deshalb ist er 1950 in Korea eingefallen. Das koreanische Volk hat er nicht unterjochen können. Allerdings hat er einen Teil Koreas besetzen können. Die USA-Truppen wurden als UNO-Truppen ausstaffiert, um die Aggression zu bemänteln. Als solche stehen sie noch im Land. Immer mehr Mitgliedstaaten der UNO, vor allem die der Dritten Welt, fordern die Auflösung des UN-Kommandos.

Die „südkoreanische Regierung“ ist ebenfalls „entsetzt“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Die südkoreanische Regierung ist eine Marionettenclique des US-Imperialismus. Den Teil des koreanischen Volkes, der im Süden lebt, hält sie wie im Konzentrationslager. Diese Clique ist keinen Deut anders und besser als die Lon-Nol-Clique in Kambodscha oder die Thieu-Clique in Vietnam und wird dasselbe Schicksal erleiden.

„Seit dem Waffenstillstand sind an der Demarkationslinie 49 amerikanische Soldaten getötet worden.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Wer eine Demarkationslinie, die das Land künstlich teilt und das Volk spaltet, aufrechterhalten will, muß immer wieder zum Mittel der Provokation und Aggression greifen. Wer der Aggressor ist, hat sich am Wochenende erneut gezeigt. US-Präsident Ford hat den Flugzeugträger „Midway“ und vier weitere Kriegsschiffe nach Korea geschickt. Mit ihnen will er drohen und einschüchtern. Das koreanische Volk kämpft jedoch entschlossen gegen den US-Imperialismus unter den Forderungen nach Abzug von all dessen Truppen, Auflösung der Stützpunkte und Wiedervereinigung des Landes.

Libanon

Fortsetzung

Die Libanesische Nationale Bewegung und die palästinensischen Befreiungsorganisationen haben in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre gerechten Ziele und Aufgaben proklamiert: „Das Kommuniqué hat unterstrichen, daß einzig die Entschlossenheit, den Volksbefreiungskrieg zu führen, es erlauben wird, den Komplotten, die auf die Teilung des Libanon abzielen, Komplotte, die die Führungen in Damaskus und die der Rechten durchzusetzen versuchen, entgegenzutreten. Das Kommuniqué kündigt an, daß die nationale Bewegung und der palästinensische Widerstand entschlossen sind, angesichts der Schlacht um den arabischen Charakter des Libanon und seiner Einheit, alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen und bewertet die aktuelle Situation so, daß die fortschrittlichen Kräfte und die Palästinenser sich nicht von Verzweiflung anstecken lassen dürfen, da sie in der Lage sind, jede isolationistische Offensive, egal, an welcher Front, zurückzuschlagen." (El Moudjahid, 15./16.8.)

Lohnraub in Geschenkverpackung!

Fortsetzung

deutsch Treue heißt, sagt auch gleich, wo dieser „Vermögenszuwachs" wirklich entsteht: bei den kapitalistischen Unternehmen. Lohngelder sollen in Kapital der Kapitalisten verwandelt werden, Lohnkürzungen sollen zu Vermögenszuwachs der Kapitalisten führen. Das ist ein alter Vorgang: Natürlich führt Lohnraub zu höheren Profiten. Das Neue ist bloß, daß dieser alte Vorgang jetzt in Geschenkverpackung den Arbeitern als vermögenswirksame Leistung der Kapitalisten verkauft werden soll. Bis zu 78 DM will Friderichs in Zukunft durch die Kapitalisten einbehalten lassen. So würden pro Monat zum Beispiel in der Metallindustrie über 300 Millionen Lohngelder in Kapital verwandelt, ehe sie nach Jahren von den Arbeitern zurückverlangt werden können.

Die Gewerkschaftsführung spielt mit. Sie sagt: Am Ende, nach fünf Jahren, bekommt ihr doch einiges auf die Hand. Einstweilen haben die Kapitalisten mit diesen einbehaltenen Lohngeldern weiter Ausbeutung betrieben. Für die Prämien aber, die der Staat auf diese einbehaltenen Lohngelder zuschießt, sind die Arbeiter selber mit ihren Steuern aufgekommen. An der Arbeitslosigkeit ändert sich damit überhaupt nichts.

Für Fides Krause Brever bleibt die Frage, „ob der Friderichs-Plan noch bis zur nächsten Tarifrunde im Dezember zurechtkommt".

Loderer haut auf die Pauke: „Erfolg hängt von Eurer Unterstützung ab", ruft er den Metallarbeitern zu. Aber warum sollen die Metallarbeiter ein Manöver mitmachen, das die bürgerlichen Politiker zu keinem anderen Zweck ausgeheckt haben, als die Lohnbewegung zu schwächen? Die richtige Antwort ist, die Lohnbewegung bereits jetzt vorzubereiten und einzuleiten. Ein großer Klassenkampf ist notwendig, wenn der Versuch der Kapitalisten, die Löhne noch weiter zu drücken, zurückgeschlagen werden soll. Gegenwärtig bekämpfen einzelne Abteilungen, einzelne Betriebe diese Angriffe der Kapitalisten noch weitgehend zersplittert. Letztes Jahr in der Stahlindustrie und zu Beginn dieses Jahres in den anderen Industrien ist es den Kapitalisten und den bürgerlichen Politikern noch gelungen, die Arbeiterbewegung niederzuhalten und in einer Industrie nach der anderen den Lohnraub durchzusetzen. Das wollen die Kapitalisten diesmal wieder. Das Interesse der Arbeiter ist genau entgegengesetzt.

Das KPD-Verbot ist eine Fessel der Reaktion und muß gesprengt werden

Der Verrat der Revisionisten am Kampf gegen das KPD-Verbot

In: Kommunismus und Klassenkampf
Nr. 5/1976
Preis: 2,– DM

Aachen: Die Unterschriftensammlung dient dem Klassenkampf und der proletarischen Revolution

Die Ortsgruppe Aachen des KBW sammelt seit Anfang Mai Unterschriften, um sich mit einem eigenen Kandidaten im Wahlkreis Aachen Stadt an den Bundestagswahlen zu beteiligen. Bis Anfang August wurden 203 Unterschriften gesammelt. In der letzten Woche nun ist es gelungen, 60 weitere Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu bekommen. Wie war dieser Fortschritt möglich?

In den letzten Wochen hat es innerhalb der Ortsgruppe und der Kommunistischen Hochschulinitiative (KHI) heftige Auseinandersetzungen um die richtige Linie in der Führung des Wahlkampfes gegeben. Das ZK des KBW hatte in der Stellungnahme seines Ständigen Ausschusses auf dem Treffen mit KABD, Gruppe Rote Fahne und Gruppe Roter Morgen dargelegt:

„In den Parlamentswahlen geht es für die Bourgeoisie um die Legitimation ihrer politischen Herrschaft. Mehr als diese Legitimation zu zerstören, können die Kommunisten im Wahlkampf auch nicht anstreben. Deshalb hat die Beteiligung an Wahlkämpfen auch keinen selbständigen Zweck. Sie dient der ideologischen Vorbereitung der proletarischen Revolution. Gerade zu diesem Zweck müssen die Marxisten-Leninisten sich jedoch an den Parlamentswahlen beteiligen, in der gegenwärtigen Lage gerade an den bevorstehenden Bundestagswahlen, die von seiten der Bourgeoisie eine große Bedeutung für die Festigung ihrer ideologischen Herrschaft über die Volksmassen haben und für die Marxisten-Leninisten eine große Bedeutung, um diese Festigung der ideologischen Herrschaft nicht nur zu verhindern, sondern die Bresche, die die spontane Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung bereits geschlagen hat, zu verbreitern und zu festigen."

Diese Aufgabe, die vorhandene Bresche zu verbreitern und zu festigen, wurde von der Ortsgruppe lange Zeit nicht wahrgenommen. Erst in heftigen Auseinandersetzungen wurde herausgearbeitet, daß die Arbeiterklasse Erfahrungen darüber, daß sie ihre eigene Theorie und Partei, die Kommunistische Partei, braucht, bereits in vielen Kämpfen des vergangenen Jahres gesammelt hat.

So zum Beispiel in den Tarifauseinandersetzungen, so aber auch in Aachen bei dem Kampf gegen die Schließung von Siro-Hydraulik, im Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen oder gegen Mieterhöhungen. Solange wir davon nicht ausgegangen waren, konnte der Propagandafeldzug für den Kommunismus, wozu wir den Wahlkampf nutzen wollten, nicht geführt werden. Die Ortsgruppe ging kleinmütig, mit einem Gefühl, die Unterschriftensammlung sei eh schwer, an die gestellte Aufgabe heran. Die Unterschriftensammlung wurde nur wenig genutzt, um die Arbeiter eines Betriebs oder die Bewohner einer Straße zusammenzuschließen. Anfang der letzten Woche wurde dies innerhalb der Ortsgruppe und auf einer Mitgliederversammlung der Kommunistischen Hochschulinitiative diskutiert und Einigkeit über die Einschätzung der Fehler erzielt.

In den folgenden Tagen konnte man nun direkt die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung feststellen. Vor verschiedenen Betrieben, vor denen wir schon längere Zeit die KVZ verkaufen, sind wir so vorgegangen, daß morgens ein Flugblatt verteilt wurde, in dem auf die Erfahrungen der Arbeiterklasse eingegangen wurde und die Notwendigkeit des Aufbaus der Partei der Arbeiterklasse erläutert wurde. Am Nachmittag, nachdem die Arbeiter in den Betrieben auch über die Flugblätter hatten diskutieren können, wurde ein Stand mit Stelltafeln und Literatur aufgebaut, die KVZ verkauft und Unterschriften gesammelt. Vor zwei Betrieben, vor denen wir seit einem halben Jahr zwei bis drei KVZ verkaufen, wurden so dieses Mal neun KVZ verkauft; ein Arbeiter unterschrieb, und zwei Programme wurden verkauft. Bei Siro-Hydraulik, wir wir den Kampf gegen die Schließung des Betriebs unterstützt hatten, unterstützen drei Arbeiter unsere Kandidatur. Ein Arbeiter, der schon fast zwanzig Jahre bei Siro ist, meinte über den Kampf gegen die Schließung und um einen Sozialplan zum Verhalten der Reformisten: „Wenn wir gewußt hätten, wie die Sozialdemokratie uns verrät, dann hätten wir uns nicht so zurückhalten lassen."

In verschiedenen Straßen, in denen wir jetzt Aktionen durchführten, hatten wir z.B. schon die Unterschriftensammlung gegen den § 218 durchgeführt und konnten daran anknüpfen. In einer Straße hatten wir gerade den Fall einer Familie aufgegriffen, die von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (die in den Händen der Stadt ist) aus ihrer Wohnung vertrieben und in eine Obdachlosensiedlung gebracht werden sollte. In den Debatten in der Straße stellte sich heraus, daß viele andere Familien von einer Kündigung betroffen sind, daß die „Gemeinnützige" ein regelrechtes Spitzel- und Kontrollsystem aufgebaut hat, um jeden Widerstand zu ersticken. So diente diese Aktion in der Straße direkt dem Zusammenschluß der Massen. Daß viele unsere Propaganda richtig fanden, schlug sich in acht Unterschriften nieder.

Gleichzeitig konnte man aber in den vergangenen Wochen feststellen, daß der bürgerliche Staat, daß die Bourgeoisie durch die Propaganda der Kommunisten getroffen wird. So oft wie vorher noch nie ist die Polizei gegen unsere Stände vorgegangen. In den meisten Fällen aber hat die Polizei es lieber unterlassen, die Stände abzuräumen, da zu viele Arbeiter und Angestellte den Stand mit unterstützten.

In all diesen Aktionen wurde Einheit erzielt über die Notwendigkeit des Kampfes gegen das KPD-Verbot. So ist es kein Wunder, daß neben den 60 Unterschriften, die gesammelt wurden, etwa 30 Programme verkauft wurden und wir zum Beispiel schon am Freitag 50 KVZ aus Köln nachholen mußten, weil der Verkauf der KVZ erheblich gesteigert werden konnte. – (Ortsgruppe Aachen)

Kaufhalle Köln: Fortschritte im gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß

Köln. Anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens der Kaufhalle Ende letzten Jahres haben die Kapitalisten in einer Broschüre herausgelassen, wie weit sie es in der Kunst der Ausbeutung gebracht haben. In der Zeit von 1965 bis 1974 haben nur 17 Prozent mehr Lohnabhängige auf 106 Prozent mehr Verkaufsfläche den doppelten Umsatz erarbeitet. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine ungeheure Steigerung der Arbeitshetze, die in diesem Jahr nochmals verstärkt worden ist.

Anfang des Jahres haben die Abteilungsleiter der Verwaltung eine Richtlinie erhalten, in der dargelegt ist, mit welchen Methoden die Arbeitshetze gesteigert werden soll. Die Richtlinie für die Abteilung Warenbuchführung steht unter dem Motto: „Kosten senken – Leistung steigern". Was das in der Praxis heißt, bekommen wir jeden Tag mehr zu spüren. Zuerst wurde durch eine Umorganisierung erreicht, daß die Menge der zu schaffenden Arbeit für jeden Angestellten wächst. Ein Angestellter z.B. bekam fünfzig neue Lieferanten zur Bearbeitung (Rechnungsprüfung), was fast 50 Prozent mehr Arbeit entspricht. Gleichzeitig wurde die Zeit, die zur Bearbeitung zur Verfügung steht, um die Hälfte gekürzt. Es muß also doppelt so schnell und mehr gearbeitet werden.

Die diesjährige Tariferhöhung wurde bei fast allen auf den übertariflichen Lohnbestandteil angerechnet. Die meisten Angestellten in der Warenbuchführung verdienen zwischen 800 und 1 000 Mark netto, und die Anrechnung der Tariferhöhung bei gleichzeitiger Erhöhung der Sozialabgaben hat diesen jämmerlichen Lohn noch mehr gedrückt.

Bei uns in der Warenbuchführung sind etwa 50 Angestellte auf 250 Quadratmetern zusammengepfercht. Wie Schulkinder sitzen wir in einer Reihe, nur daß der Aufpasser nicht vor einem steht, sondern buchstäblich im Nacken sitzt. Blumen haben nur die Chefs, Bilder an den Wänden sind verboten. Richtig geputzt wird nur alle paar Wochen mal. Dazu gesellt sich vermehrte Schikane wie z.B. das öffentliche Herunterputzen einzelner Kollegen wegen „mangelnder Leistung". Der letzte Akt kleinlicher Despotie war: wer auch nur eine Minute zu spät kam, mußte mit der Stempelkarte zum Chef, um sich dort zu rechtfertigen.

War es bis vor einem Jahr noch so, daß die Lohnabhängigen vieles geschluckt und in sich hineingefressen haben, so hat sich das gründlich geändert. Auf der letzten Betriebsversammlung im Juli forderten die Angestellten als Sofortmaßnahmen die Abschaffung der Stempeluhren und eine neue Sitzordnung für die Warenbuchführung sowie bessere Arbeitsplätze. Am nächsten Tag war gleich die Stempeluhr „defekt", in jedem Fall nicht mehr in Betrieb. Dies ist bis auf den heutigen Tag so. Der Forderung nach einer neuen Sitzordnung mußte die Geschäftsleitung auf einer anschließenden Abteilungsversammlung nachgeben. Sie versuchte, die Sache dort so hinzudrehen, als sei sie schon immer dafür gewesen. Das hat ihr aber niemand abgenommen. Außerdem war dieser Tage eine Putzkolonne da, die das gesamte Büro gründlich reinigte.

Jetzt wird in der Warenbuchführung die Forderung nach einem Springer diskutiert, um der endlosen Ausdehnung der Arbeitszeit entgegenzutreten.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit denKapitalistentraten in der Abteilung sechs Angestellte in die HBV ein. Mit der Gründung einer HBV-Betriebsgruppe hat der Aufbau der Gewerkschaft in der Kaufhalle-Verwaltung einen weiteren Fortschritt genommen.

Die Arbeits- und Lohnbedingungen sind schlecht. Die Lohnabhängigen schließen sich im Kampf dagegen zusammen. Es ist deswegen auch kein Wunder, daß sich das politische Bewußtsein erhöht. Etwa 100 Arbeiter und Angestellte der Kaufhalle haben die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben, darunter die Lohnabhängigen der Warenbuchführung und die Lehrlinge des dritten Lehrjahres mit einer Mehrheit von fast 90 Prozent. Eine Kampagne „Einen Stundenlohn für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe" brachte fast 100 DM.

Der Aufruf des KBW zur Bundestagswahl wurde in einer Abteilung diskutiert, und drei Angestellte unterstützen bisher die Kandidatur des KBW. Dabei gab es Debatten über viele politische Fragen, über die kapitalistische Ausbeuterordnung, über den Kampf für den Sieg des Sozialismus. Dabei ist es so, daß mehr als die Hälfte der Angestellten aus den revisionistischen Ostblockländern stammt und unter Hinweis auf ihre dortigen schlechten Erfahrungen erklärten, daß der Sozialismus unmöglich sei und sowieso keine Änderung für die Massen brächte.

Man kann nicht behaupten, daß wir uns über alle Fragen geeinigt hätten, aber wie nützlich die Debatte war, zeigt sich nicht nur an den durchgeführten Aktionen. Aus dem Katalog „Revolutionäre Bücherei" bestellten gleich am nächsten Tag mehrere Angestellte folgende Literatur: Das Kapital Band I, zwei Programme des KBW, zwei Exemplare „Was wollen die Kommunisten?", August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, die Broschüre „Für klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften" sowie Literatur über den Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China. Drei Angestellte lesen seither regelmäßig die Kommunistische Volkzeitung, ein Abonnent konnte gewonnen werden. – (d., Köln)

Offenlegung der Unterdrückung durch den §218

Auf der 148. Tagung der Mittelrheinischen Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie berichtete ein Dr. Eigner über Untersuchungen der Beweggründe zum Schwangerschaftsabbruch zwischen 1972 und 1974 an der Universitätsfrauenklinik Heidelberg. 5 Monate nach der Schwangerschaftsunterbrechung war versucht worden, bei einem Teil der ehemaligen Patientinnen die „eigentlichen Beweggründe" für ihren Antrag zu ermitteln. „Unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen gaben 60 % der Frauen retrospektiv (im Nachhinein) eine finanzielle Notsituation an, die von den Gutachtern in 4 % angenommen worden war. Lediglich 6 % der Frauen wiesen auf eine psychiatrische Erkrankung hin, während eine solche von den Gutachtern in 52 % diagnostiziert wurde." (Medical Tribune, No. 21, 21. Mai 1976) Die Mehrzahl der Frauen hatte den Ärzten einen psychischen Schaden vorspielen müssen, weil sie aus Armut ein Kind nicht aufziehen konnten, Abtreibung aufgrund von Armut aber unter Strafverfolgung gestellt ist. (Artikel und Meldungen auf Seite 9)

Polizeiüberfälle und eine Verhaftung aufgrund des § 88 a

Am Mittwoch vergangener Woche verübte die Polizei brutale nächtliche Überfälle auf Buchhandlungen und Wohnungen in Köln, Hamburg, Westberlin, München, Tübingen, Frankfurt und Bochum. Der Durchsuchungsbefehl kam vom Generalbundesanwalt. Gefunden werden sollte die Druckschrift „Revolutionärer Zorn". Die Durchsuchungsaktion wurde begründet mit dem „Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung", weil in der Schrift „Straftaten nach § 126 StGB in einer Weise befürwortet" werden, „die die Bereitschaft anderer fördern soll, sich ... für die Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Gemäß § 88 a i.Verb.m. § 126 StGB, § 102 StPO war deshalb ... die Durchsuchung der Wohnungen, der Geschäftsräume und der den Beschuldigten gehörenden Sachen anzuordnen ..." (Aus der Durchsuchungsanordnung) In die Geschäftsräume und Wohnungen wurde eingebrochen, sie wurden ohne Anwesenheit der Besitzer durchsucht. In Bochum wurde der Geschäftsinhaber verhaftet und nach Karlsruhe geschleppt, weil er Exemplare der Druckschrift in seinem Auto hatte, die dem Buchladen anonym zugangen waren. In Bochum ruft der KBW zusammen mit dem Buchladenkollektiv und dem Allgemeinen Studentenausschuß zu einer Demonstration am Mittwoch „Für sofortige Freilassung des Inhaftierten!", „Weg mit den Maulkorbparagraphen 88 a und 130 a!", „Weg mit dem KPD-Verbot!" auf.

Der Kontaktpolizist

In Wetzlar wird bei der Polizei eine neue Einrichtung geschaffen, der sogenannte Kontaktpolizist. Der Kontaktpolizist ist unbewaffnet, ohne Strafzettelblock und sonstige „Amtszeichen"; er trägt nur seine Uniform spazieren. Seine Aufgabe ist es, den ganzen Tag in der Stadt herumzulaufen und mit Leuten zu reden – hier ein Schwätzchen, da ein Schwätzchen. Das Ganze wird angepriesen als Mittel, um das Bild der Polizei bei den Leuten aufzupolieren.

Diese Einrichtung dient zu nichts anderem als der Ausforschung der Bevölkerung und ist nichts weiter als ein weiterer Ausbau des staatlichen Spitzelapparates.

600 Landgemeinden ohne Lebensmittelgeschäft

Die imperialistische Bourgeoisie ruiniert die kleinen Bauern und das Land. Das betrifft alle Lebensbereiche. Durch die scharfe Konkurrenz der Lebensmittelkapitalisten sind viele Geschäfte pleite gegangen. Allein in Niedersachsen gibt es jetzt 600 Gemeinden ohne Lebensmittelgeschäfte.

Der Bremer „Weser Kurier" dazu: „Da es heute kaum noch völlige Selbstversorgung der bäuerlichen Betriebe gibt, bleibt die Frage offen, woher die fehlenden Nahrungsmittel beschafft werden sollen, zumal ... die Zeit für Einkaufsfahrten in die Stadt fehlt", besonders für die kleinen Bauern, die von morgens früh bis spät in die Nacht ihren Hof bestellen müssen. (5. August)

Im Kampf gegen die Reaktion bauen wir die Kommunistische Partei auf

6500 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten haben in rund vierzig Städten der Bundesrepublik gegen das KPD-Verbot demonstriert. Zu diesen Demonstrationen hatte der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) aufgerufen.

Der Kampf gegen das KPD-Verbot ist ein guter Maßstab dafür, wie ernst es die verschiedenen Organisationen meinen, die sich bei allen möglichen Gelegenheiten als linke Organisationen bezeichnen. Im KPD-Verbot konzentriert sich die Reaktion der herrschenden Finanzbourgeoisie. Wer sich mit dem KPD-Verbot praktisch abfindet, hat nicht vor, den Kampf gegen die Reaktion wirklich zu führen. Es ist überhaupt nicht an den Haaren herbeigezogen, wenn man sagt, daß sich an diesen Demonstrationen gegen das KPD-Verbot eine Scheidelinie ziehen läßt zwischen den Organisationen. Zieht man diese Scheidelinie, dann zeigt sich, was an dieser „Linken“ dran ist. Ungefähr so viel wie an allen aufgeblasenen Phrasendreschern.

Die Jungsozialisten gehen längst davon aus, daß sie das KPD-Verbot als Flankenschutz für ihre Versuche, die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung an die Sozialdemokratie zu verkaufen, dringend brauchen. Bitter genug haben sie darunter zu leiden, daß sie in allen Bewegungen der Arbeiter und der Volksmassen auf Kommunisten stoßen, daß es ihnen immer schwieriger wird, diese Bewegungen dem Reformismus zu unterwerfen. Es ist bloß eine Frage der Zeit, bis die Führer der Jungsozialisten als offene Befürworter des KPD-Verbots hervortreten werden. Bereits heute ist ihr Lieblingswort: Die Kommunisten nützen den Reaktionären. Das plappern sie Herbert Wehner nach, der genau weiß, daß die Kommunisten dem Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterklasse schaden. Die SPD ist aber selber ein wesentliches Werkzeug der Reaktion. Deshalb hat Herbert Wehner auch zu den frühesten Befürwortern des KPD-Verbots gehört.

Die DKP hat sich von vornherein auf der Grundlage der Anerkennung des KPD-Verbots gegründet. In ihren Düsseldorfer Thesen hat sie gerade noch vor der Gefahr des „Mißbrauches“ des KPD-Verbotes gewarnt. Deshalb müsse es aufgehoben werden.

Das KPD-Verbot richtet sich gegen das Recht der Arbeiterklasse auf Revolution und gegen den Marxismus-Leninismus, der die Arbeiterklasse leitet im Kampf gegen die Bourgeoisie. Es richtet sich gegen die Kommunistische Partei, die die Arbeiterklasse braucht, um sich im Klassenkampf zu organisieren, die Herrschaft der Bourgeoisie zu zerschlagen und ihre eigene Herrschaft zu errichten. Die DKP hat die proletarische Revolution verraten, die Diktatur des Proletariats aus ihrem Programm verbannt und ihre Politik auf die Beteiligung an der Herrschaft der Bourgeoisie ausgerichtet. So empfindet die DKP das KPD-Verbot zwar nach den Worten Max Reimanns als „Damoklesschwert“ über ihrem griesgrämigen Haupt, aber den Kampf gegen das KPD-Verbot fürchtet sie noch mehr. Notwendig entwickelt sich dieser Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat und gegen die herrschende Klasse in ihrer Gesamtheit. Notwendig braucht dieser Kampf eine revolutionäre Führung. Läßt sich die DKP auf diesen Kampf ein, dann muß sie fürchten, daß ihr Einfluß auf die demokratische Bewegung noch mehr in die Brüche geht, als dies bereits der Fall ist. Also jammert sie zwar über das KPD-Verbot als Damoklesschwert über ihrem Haupt. Gleichzeitig behauptet sie, der Kampf dagegen diene der Reaktion.

Das Sozialistische Büro, diese Mißgeburt von Reformismus und Revisionismus, das seine Existenz auf die Tatsache gründet, daß sich seine Führer nicht zwischen Sozialdemokratie und DKP entscheiden können, führt „Antirepressionskongresse“ durch. Repression heißt zu deutsch Unterdrückung. Aber so grob will es das Sozialistische Büro in seiner zurückhaltend, fein akademischen Art nicht gemeint haben. Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es Widerstand, hat Mao Tsetung gesagt. Das stimmt auch. Wo es Repression gibt, da muß man zusammenrücken und sich gegenseitig warmmachen, sagt das Sozialistische Büro. Das KPD-Verbot ist Unterdrückung, und es gibt Widerstand dagegen. Das ist dem Sozialistischen Büro zweifellos zu primitiv. Malaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen, bei denen damit zu rechnen ist, daß sie von der Polizei angegriffen werden, entsprechen auch sicherlich nicht der „neuen Sensibilität“, daß heißt der „neuen Empfindsamkeit“, die die Linke nach Auffassung des Sozialistischen Büros zu enwickeln hätte. Klar gesagt, besteht diese „neue Sensibilität“ darin, sich die Hosen vollzumachen und sich in vollen Hosen wohlzufühlen.

Der KB Nord ist der Auffassung, daß der KBW immer mal was Neues hervorholen würde, um den Kampf dagegen zu führen. Mal sei es der § 218, mal sei es das KPD-Verbot. Wie jedermann weiß, braucht man sich aber keinesfalls immer was Neues einfallen zu lassen. Sowohl der § 218 als auch das KPD-Verbot sind alte Werkzeuge der Unterdrückung. Es gehört auch nicht viel Einfallsreichtum dazu, den Kampf dagegen zu führen. Notwendig dazu ist das Vertrauen in die Kraft der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung der Volksmassen. Man kann diesen Kampf nicht führen, indem man sich an die SPD anlehnt. Von vornherein ist klar, daß man ihn nicht führen kann mit Parolen wie „Der Senat, man glaubt es kaum, läßt den Kommunisten keinen Raum“ oder ähnlichen Reimereien. Das wird wohl auch der KB Nord wissen. Weshalb er in seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf“ ein paar Zeilen auf das KPD-Verbot geschrieben hat, ansonsten aber andeutete, daß das KPD-Verbot heute nicht so wichtig sei.

Der KABD hält den Kampf gegen das KPD-Verbot gegenwärtig für eine ausgeklügelte Sache. Die „Kollegen“ seien nicht bereit, solch „aufgesetzte“ Aktionen zu unterstützen, hat er verschiedenenorts verlauten lassen.

Die Gruppe Rote Fahne und die Gruppe Roter Morgen nehmen bei solchen Gelegenheiten immer die Tatsache, daß der KBW weder mit den Revisionisten noch mit den Trotzkisten von vornherein Aktionseinheiten ausschließt, zum Anlaß, um „revolutionäre“ Bekenntnisse abzulegen und sich zu trollen. Die Forderung „Weg mit dem KPD-Verbot“ sei im übrigen zu allgemein.

So sieht es also mit der „Linken“ aus, wenn es um den Kampf gegen das KPD-Verbot geht. In den anderen Fragen des Klassenkampfes sieht es gegenwärtig meist gerade gleich aus. Es wird viel von Einheit geredet, auch viel von Kampf. Jeder bestimmten Aktionseinheit und jedem bestimmten Kampf wird jedoch mit Akkuratesse ausgewichen. Auf diese Situation haben sich die Einheiten des KBW noch nicht ausreichend eingestellt. Einer der Fehler in der Vorbereitung der Demonstration gegen das KPD-Verbot ist eine schematische Anwendung der Politik der Aktionseinheit gewesen. Es wurden offene Briefe verschickt und zu Aktionseinheitsverhandlungen aufgerufen. Wenn niemand zu den Aktionseinheitsverhandlungen erschien oder wenn diejenigen, die erschienen waren, das Ihre vom Stapel gelassen hatten und dann gingen, dann war es auch oft mit der Politik der Aktionseinheit vorbei. Aber die Verhandlungen mit anderen Organisationen sind weder grundlegend noch entscheidend für die Politik der Aktionseinheit. Grundlegend für die Politik der Aktionseinheit ist, daß die Kommunisten den Massen die Notwendigkeit eines bestimmten Kampfes erläutern, daß sie die Forderungen begründen, für deren Durchsetzung dieser Kampf geführt werden muß. Entscheidend ist, daß es den Kommunisten gelingt, die Massen direkt an den Arbeitsplätzen, in den Gewerkschaften, den Jugendzentren usw. zusammenzuschließen hinter den Forderungen. Darauf muß man sich konzentrieren. Um so eher werden sich verschiedene „Linke“ entweder ändern oder sich endgültig entlarven. Beides wird gut sein. Der Klassengegensatz verschärft sich. Die Zeiten für Organisationen, die sich zwischen den Klassen einrichten wollen, werden schlecht. Für Revolutionäre und Kommunisten sind die Zeiten ganz ausgezeichnet. – (gs)



Demonstration in Hamburg

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland



In Süddeutschland fanden Demonstrationen und Kundgebungen in Mannheim, Heidelberg (unser Bild, 650 Teilnehmer), Karlsruhe, Freiburg, Konstanz, Stuttgart, Tübingen, Ravensburg, München und Nürnberg statt.



Frankfurt. An der Demonstration in Frankfurt nahmen 500 teil. Die Staatsmacht hatte „mit Blick auf die gestrige Demonstration des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) zur Aufhebung des KPD-Verbots“ ein Verbot „erörtert“. „In diesem Fall war eine Verbotsverfügung angefertigt, jedoch nicht angewendet worden, wie zu erfahren war. Die Behörde hatte sich auf drei Paragraphen des Versammlungsgesetzes gestützt, wonach eine öffentliche Versammlung untersagt werden kann, wenn der Veranstalter damit die Ziele einer – nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes – durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei fördern will. Der KBW hatte das Verbot der KPD vor zwanzig Jahren durch das höchste Gericht zum Thema seiner Veranstaltung gemacht.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Beilage vom 19. August)



Mit vielen Losungen wird „Weg mit dem KPD-Verbot!“ gefordert. (Bild: Oldenburg, an der alten Spinnerei) Auch in ihren Kasernen wird die Bourgeoisie von dieser Losung getroffen. „Donnerstag, den 12. August, stand an der Mauer der Kantine Hengel der Hindenburg-Kaserne in Munster groß in roter Farbe die Forderung: „Weg mit dem KPD-Verbot“. Aufregung hinter den Kulissen – unter den Offizieren. Noch am gleichen Vormittag wird die Parole mit einem Dampfstrahlgerät entfernt und die alte Wand frisch grau gestrichen. Die Wache wurde ausgequetscht: „Habt ihr nichts gehört? Habt ihr nichts gesehen?“ – keine Antwort. Doch die Offiziere machen sich so ihre Gedanken, wer eine solche Parole wohl gemalt haben könnte. Die 2./95 beendet vorzeitig ihren Dienst, und alle Spinde und die Wertfächer der Mannschaften werden überprüft. Gesucht wird die Sprühdose. Ohne Ergebnis. Es ist deutlich: Die Offiziere fürchten die politische Auseinandersetzung und den erneuten Aufbau der Partei der Arbeiterklasse. Deshalb mußte die Parole schnell entfernt werden. Sie haben es nicht gewagt, gegen die Forderung und ihre Anmalung zu hetzen. Nur einige Soldaten sagten, man könne doch nicht einfach Wände bemalen. Viele aber sagten, die Forderung müßte morgen wieder dranstehen. Mittwoch früh, 18. August, stand an der 93-er Küche in der Schulz-Lutz-Kaserne ebenfalls die Forderung „Weg mit dem KPD-Verbot!“. (Soldaten- und Reservistenkomitee Munster)“ Die Demonstration und Kundgebung in Munster wurde vom Landkreis Soltau verboten. Sie wurde dennoch durchgeführt. Die Polizei griff die Kundgebung an, gegen sie sammelten sich rasch über hundert, und die Kundgebung wurde erfolgreich zu Ende geführt.

NATO-Kampfgas auf Seveso

Der Hoffmann-La-Roche-Konzern zerstört eine ganze Region

Als am 10. Juli, vor nunmehr über sechs Wochen, eine Giftwolke aus dem Schornstein der Chemiefabrik ICMESA stieg, ahnten die Bewohner von Seveso nichts Schlimmeres als sonst. Seit etwa zehn Jahren hatten sich immer mehr Chemiebetriebe hier im Brianza-Tal zwischen Mailand und dem Comer See angesiedelt und Luft und Umwelt zunehmend verpestet. An diesem Tag stank es etwas mehr. „Hinter den Robinien, wo der Kamin der ICMESA herausguckt, pfiff es wie ein Wind. Dann roch es wie nach chemischem Zeug und ein Qualm kam durch die Fenster in Küche und Wohnzimmer", erklärte ein Arbeiter. (Die Zeit, 30.7.) Zwei Tage später fielen die Vögel tot von den Bäumen. Am 3. Tag schickte der Hoffman-La-Roche-Konzern, dem die ICMESA gehört, Vertreter herum, die einige Bewohner fragten, ob nicht „zufällig" einige Hühner bei ihnen eingegangen seien. Die Produktion lief bei ICMESA weiter. Am sechsten Tag nach der Explosion streiken die Arbeiter und besetzen das Werk und sorgen auf eigene Initiative für die Neutralisierung noch lagernder giftiger Rohstoffe. Erst daraufhin am 18. Juli schließen die Behörden das Werk. Der Arbeiterrat von ICMESA darf das Werk nicht mehr betreten, wohl aber die Geschäftsleitung und der technische Direktor.

Das Gas, das über Seveso niederging und inzwischen ein Gebiet von über 100 Hektar völlig verseuchte, von dem aber Spuren bis in Mailand festgestellt wurden, ist das gleiche Gas, das die US-Imperialisten in ihrem Vernichtungskrieg gegen das vietnamesische Volk eingesetzt haben. Es ist das hochgiftige TCDD (Tetrachlordibenzodioxin). Ausgetreten ist es angeblich durch Überhitzung bei der Produktion von Trichlorphenol, das als Unkrautvertilgungsmittel verwendet werden kann. Die italienische Wochenzeitung „Espresso" enthüllte jedoch, daß das TCDD und noch andere noch giftigere Stoffe bei ICMESA produziert wurden direkt für die NATO als chemischer Kampfstoff und an NATO-Verbände in Westdeutschland geliefert werden. (Espresso 4.8.) Die Wochenzeitung „Die Zeit" schreibt: „ . . . es gibt auch Militärexperten, die schon jene Gegenden ermittelt haben, wo Entlaubungen ähnlich „erfolgreich" sein könnten wie in Vietnam – eine davon heißt: Mitteleuropa". (30.7.)

Den 160 Arbeitern von ICMESA und dem Arbeiterrat wurde seit Beginn der Produktion verheimlicht, welch gefährlichen und zugleich bedeutenden Stoff für die imperialistische Kriegsführung sie produzierten. Die UN-Vollversammlung hatte den Einsatz der Entlaubungsgifte noch während des Vietnam-Krieges gegen die Stimmen der USA und der portugiesischen Kolonialmacht zu einem Teil der chemischen Kriegführung erklärt, die durch die Genfer Konvention verboten ist. Kein Wunder, daß der Hoffman-La-Roche-Konzern alles zur Verschleierung der Tatsachen unternahm. Zunächst äußerte er sich fast vier Wochen nicht, dann versucht er durch eine Überweisung von 300000 Franken sich davonzustehlen, deren Annahme verweigert wird. Schließlich sieht er sich zu einer Pressekonferenz gezwungen und erklärt, für alle Schäden aufkommen zu wollen, sie seien schließlich versichert. Dabei gibt der Konzernsprecher auch frühere Unfälle zu: „Bei früheren TCDD-Unfällen seien aber immer nur das Fabrikgelände, nie die weitere Umgebung betroffen gewesen." (Die Zeit 20.8.) Es stellt sich heraus: es hat keinerlei Kontrollvorrichtungen und „keine Warnsysteme für den Fall gegeben, daß der chemische Prozeß außer Kontrolle gerät. Zu allem Überfluß sei der Dampf ohne Filter ins Freie gelangt." (Die Zeit 20.8.)

„Die ICMESA ist de facto ein konzerninterner Zuliefererbetrieb, der in Italien steht, weil dort billig zu Trichlorphenol zu kommen ist", schreibt der „Spiegel" am 2. August. Karl Marx zitiert im „Kapital" Band 1 einen Zeitgenossen, der die Skrupellosigkeit des Kapitals treffend bestimmt: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens." (Marx-Engels-Werke, Band 23, Seite 788)

Was mit dem abgesperrten Gebiet nun passiert, aus dem über 700 Personen evakuiert werden mußten, ist noch ungeklärt. In der „Bild-Zeitung" vom 2. August heißt es kurz: „Das verseuchte Gebiet um die italienische Stadt Seveso muß möglicherweise aus der Landkarte gestrichen werden." Die Ausradierung ganzer Landstriche, dafür wird in der Tat das Kampfgas produziert. Der Hoffman-La-Roche-Konzern erklärte, daß er nun ein Gegenmittel ausprobieren wolle, das er jetzt (!), nachdem er Jahre das Zeug produziert hat, in seinen Labors entwickelt habe. Am 30. Juli schrieb „Die Zeit":

„Ob die angeforderten ausländischen Spezialisten helfen werden? Man spricht von englischen und amerikanischen Firmen mit einschlägigen Erfahrungen. Allerdings versiegen an diesem Punkt die Informationen, denn hier scheint militärische Geheimhaltung ins Spiel zu kommen."

Die Profitproduktion geht buchstäblich über Leichen. Und der monopolkapitalistische Staatsapparat hat zunächst nichts getan als die Untaten der Kapitalisten zu verbergen. Kinder hatten schon nach zwei Tagen schwere Verbrennungen am Kopf. Zu den weinenden Kindern sagte der Konzernsprecher Jahn, sie weinten, weil sie Angst vor der Blutentnahme hätten. Erst nach über zwei Wochen entschlossen sich die Behörden, Kinder auch aus einem weiteren Gebiet zu evakuieren oder tagsüber zu verschicken. Nach 8 Tagen hatten die Behörden zunächst nur 43 Familien evakuiert, erst viele Tage später hatten sie sich entschlossen, die Sicherheitszone auszudehnen. Von den 17 000 Bewohnern von Seveso sind 2 000 bisher untersucht. Davon sind 125 nachweislich geschädigt. Der vietnamesische Wissenschaftler Ton That Tung erklärte in einem Interview mit einer italienischen Zeitung: „Jeder verlorene Tag läßt sich das vergiftete Gebiet weiter ausweiten. (. . .) Wenn man unverzüglich eingegriffen hätte, hätte man die schädlichen Auswirkungen erheblich reduzieren können."



Auf Kundgebungen fordern die Werktätigen von Seveso die Aufklärung der vollen Wahrheit über das Ausmaß der Verseuchung. Sie schließen sich zusammen gegen den Konzern und den Staatsapparat, der die Vertuschungsmanöver der Hoffmann-La-Roche-Kapitalisten deckte, ehe er gezwungen war, drei Mitglieder der Geschäftsleitung der Firma ICMESA zu verhaften, darunter den technischen Direktor, der Mitglied der revisionistischen PCI ist. (Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung, 21. August)

Die Gefährdung durch das TCDD war bekannt

Im Jahre 1953 explodierte bei der BASF in Ludwigshafen die Trichlorphenolanlage aus ungeklärten Gründen. Das Reaktionsprodukt war das supergiftige TCDD. Dies hat sich jetzt in Seveso wiederholt. Die 20 kg TCDD, die in Seveso in die Luft geblasen wurden, reichen aus, um bei direkter Anwendung 10 Millionen Menschen zu töten.

Welche Leiden eine nicht sofort tödliche Dosis verursachen kann, läßt die Krankengeschichte der 42 schwerkranken Arbeiter bei der BASF ahnen:

Auszüge aus dem Bericht des BASF-Werksarztes:

Fall G.: Ein damals 20 Jahre alter Schlosser hatte 3 Tage lang im Autoklavenraum gearbeitet. (. . .) Die Nasenflügel waren zerklüftet und sahen wie ausgebrannt aus. Der behaarte Kopf war schmutzig verfärbt und lederartig infiltriert, die Haare fielen vermehrt aus. Unzählige Mitesser bildeten Ausgangsherde für ständige fingerkuppengroße eitrige Entzündungen. (. . .) G. konnte nicht schwitzen und hatte das Gefühl einer kochenden Haut. Herzmuskel und Leberschädigungen treten auf. Während des Krankenhausaufenthaltes 1964 war eine Herzinsuffizienz, . . . Lungenödem, Atemstillstand, Kammerflattern, Herzstillstand. Der Schlosser stirbt im Alter von 30 Jahren.

30 Jahren.

Fall H.: Ein damals neunzehnjähriger Maurer hatte 2 Stunden lang ein Loch in der Mauer zum Autoklaven zugemauert. Wegen Hauterkrankung war er ein dreiviertel Jahr arbeitsunfähig. 11 Monate nach der Vergiftung kommt eine schwere Lungenkrankheit hinzu. 1959 trat eine akute Psychose auf mit Schlaflosigkeit, Stimmenhören, Ohrensausen, Selbstmordabsichten, körperlichen Mißempfindungen wie Rückenbrennen. Während der Krankenhausbehandlung Selbstmord durch Erhängen.

Fall I.: Ein 57-jähriger Beschäftigter hatte zusammen mit anderen Kollegen 5 Jahre nach der Fehlreaktion des Jahres 1953 in demselben Betriebsteil am Rührwerkautoklaven Montagearbeiten ausgeführt. (. . .) In vorgeschriebener Schutzkleidung mit Gummianzug und Frischluftmaske hatte er mehrmals die Maske abgenommen, um sich den Schweiß vom Gesicht zu wischen. 4 Tage später Hautausschläge, Gesichtsbrennen, Kopfschmerzen, Hörverschlechterung. Die Hautausschläge breiteten sich später auch auf andere Körperpartien aus. Der Kranke starb, weil die Bauchspeicheldrüse abgestorben war. Eine Spätfolge der 9 Monate vorher erlittenen schweren Vergiftung mit Trichlorphenol-Zersetzungsprodukten. – (Aus: Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Arbeitshygiene, Heft 1/1972)

Die Folgen auch leichter Vergiftungen sind schon schlimm genug. Nach dem Giftausbruch bei der BASF wurden die chemischen Anlagen repariert, die Räume mehrfach sorgfältig gereinigt und die Produktion wieder aufgenommen. Allein das Gift wirkte weiter sogar auf Personen,

Allein das Gift wirkte weiter sogar auf Personen,

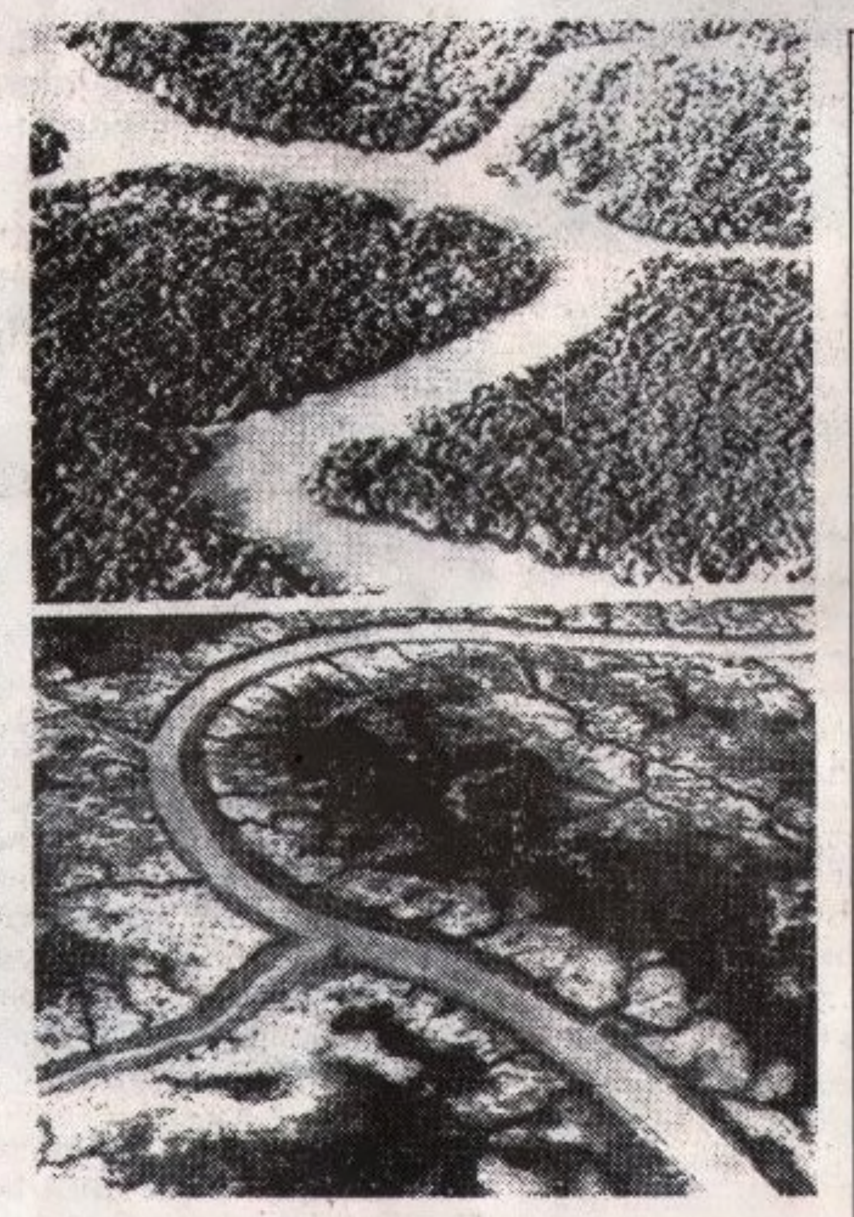
die mit den dort beschäftigten Arbeitern in Berührung kamen. So kam es, daß immer mehr Arbeiter, ja sogar Arbeitskollegen und Familienangehörige krank wurden, die zu der Anlage nie Zugang hatten. Manche von ihnen hatten nur Hautentzündungen, mitunter bildeten sich Furunkel und Abszesse. Bei 14 Erkrankten waren auch innere Organe geschädigt. Vor allem die Leber ist betroffen. Einer starb an Entzündung der Bauchspeicheldrüse. Bei sieben Patienten war das Zentralnervensystem geschädigt. Das hatte zum Teil den Verlust des Hör-, Riech- und Geschmacksnervs zur Folge und führte zu krankhaften Persönlichkeitsänderungen. Erst 1968 wurde schließlich das Gebäude abgetragen und die Trümmer in eine tiefe Grube, abgedichtet mit einer dicken Zementplatte, versenkt.

In Westdeutschland wird Trichlorphenol, bei dessen Herstellung das hochgiftige TCDD im Verhältnis 3 : 1000000 anfällt, bei Bayer Leverkusen und bei Ceba-Markt in Hamburg und Ingelheim produziert. Die Bayer AG hat ihre Produktion nach Bekanntwerden der Giftgasexplosion in Seveso eingestellt. „Die Bayer AG sei jedoch ‚überzeugt', daß das bei ihr ausgeübte Verfahren . . . nach menschlichem Ermessen sicher zu handhaben sei. Bei dem Bayer-Produkt Trichlorphenol handele es sich um eine ‚relativ ungiftige' Substanz", erklärte der Konzernsprecher. (Nach: Südwestpresse, 5. August)

Die Ungefährlichkeit hatte die ICMESA-Geschäftsleitung auch behauptet. Noch 3 Monate vorher waren staatliche Inspektoren im Betrieb und fanden alles in Ordnung. Von Arbeitern von Bayer-Leverkusen wissen wir, daß es bei der

Bayer-Leverkusen wissen wir, daß es bei der

nicht minder gefährlichen Chlorproduktion häufig zu Unfällen kommt. Erst am Freitag, dem 30.7., ist eine Chlorgaswolke ausgeströmt und hat sich auch über die umliegenden Wohngebiete ausgedehnt. Die Bewohner bekamen Kopfweh und Übelkeit. (Siehe auch Leverkusener Anzeiger vom 31.7.76)



Das TCDD, das jetzt über Seveso niederging, auch Dioxin genannt, wurde von den US-Imperialisten als chemischer Kampfstoff gegen das vietnamesische Volk eingesetzt. Die ersten Versuche wurden damit schon 1961 unter Präsident Kennedy begonnen. Total vernichtet wurden 51000 Hektar Wald, an den Küsten 124000 Hektar Mangroven. Insgesamt wurden 1,7 Millionen Hektar Land, also rund 10 % der Gesamtfläche Südvietnams besprüht.

„Gefahr des technischen Fortschritts" – ein Vertuschungsmanöver der Imperialisten

Nur durch den Streik der Arbeiter von ICMESA in Seveso konnten die italienischen Behörden und der Konzern Hoffmann-La-Roche nach über einer Woche gezwungen werden, das Werk stillzulegen und eine Sicherheitszone zu errichten, nachdem die Giftgaswolke sich schon weit verbreitet hatte. Während des Streiks hielten die Arbeiter das Werk besetzt und entschärften die noch vorhandenen giftigen Rohstoffe, um weiteren Katastrophen vorzubeugen. Der Konzern hatte in dem 1974 gebauten Werk nicht nur keine Sicherheitseinrichtungen installiert, auch nach der Giftgasexplosion ergriff er keinerlei Maßnahmen, um die Bevölkerung zu warnen und die Ausbreitung des Giftes einzuschränken. Nach Angaben der italienischen Zeitung „Expresso" wurde nicht nur Unkrautvertilgungsmittel, sondern Kampfgas für die NATO produziert – in Italien, weil die Arbeitskraft noch billiger ist und die Sicherheitsbestimmungen noch lascher gehandhabt werden als im Schweizer Stammland des Konzerns. Auf der Jagd nach dem Maximalprofit scheut das Kapital kein Verbrechen. Was über Seveso niederging, war das gleiche Gift, das der US-Imperialismus gegen Land und Volk von Vietnam einsetzte.

Nachdem das Ausmaß der Katastrophe nicht mehr zu vertuschen war, und die Folgen der Explosion aufgrund der tagelangen Vertuschung immer verheerender wurden, verbreitet die Bourgeoisie nun in Presse und Fernsehen große Berichte unter dem Motto: Der Mensch ist nicht in der Lage, den technischen Fortschritt zu beherrschen, er wächst ihm über den Kopf. (Siehe: Spiegel Nr. 35)

Richtig ist, daß die imperialistische Bourgeoisie in ihrem einzigen Streben nach maximaler Ausbeutung und Höchstprofit die Lebensbedingungen der Volksmassen, das Land und die Natur zunehmend vernichtet, daß die kapitalistische Produktionsweise zur absoluten Schranke der gesellschaftlichen Produktivkräfte geworden ist. Die Fähigkeit des Menschen, die Natur zu beherrschen, wird unter der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie, und solange die kapitalistische Produktionsweise fortbesteht, in ihr Gegenteil verkehrt und zur Bedrohung der Menschheit. Der Imperialismus führt wie hier in Seveso zur Verödung ganzer Regionen, zur Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen.

Die Arbeiterklasse ist in der Lage, die Technik und die gesellschaftlichen Produktivkräfte zum Nutzen der Gesellschaft zu entwickeln, sie muß die Herrschaft übernehmen und die kapitalistische Ausbeuterordnung niederreißen.

Mit dem Märchen, die Technik beherrsche den Menschen, versucht die Bourgeoisie davon abzulenken, daß sie allein diese Entwicklung zu verantworten hat, – abzulenken von ihrer Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu entfalten. Sie will den Widerstand der Volksmassen, der in allen Ländern Europas gegen die Zerstörung der natürlichen und Lebensbedingungen durch die kapitalistische Profitwirtschaft aufbricht, zurückzerren. Die Führung der Arbeiterklasse verleiht dagegen diesem breiten Widerstand die Schlagkraft; die proletarische Revolution ist das Ziel.

Stahltarifrunde

Klöckner-Konzern:

Transaktion auf dem Rücken der Stahlarbeiter



Bar auf die Hand geben wollen die Klöckner-Kapitalisten dem Flick-Konzern die erste Anzahlung für die Übernahme der Maxhütte. Für die ersten 51 Prozent des Kapitals der Maxhütte sind am 1. Januar 1977 137 Millionen DM fällig. Für die restlichen 49 Prozent der Maxhütte hat der Klöckner-Konzern ein Vorkaufsrecht. Insgesamt wird er für die Übernahme der Maxhütte 269 Millionen DM an den Flick-Konzern bezahlen.

„Für die Klöckner-Werke gilt das ‚Prinzip Hoffnung' ", hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 26. März 1976 geschrieben. Die Hoffnung beruhte darauf, aus den Arbeitern der Klöckner-Werke den Maximalprofit herauszuholen:

„Wenn das Hüttenwerk Bremen, dem in den vergangenen Jahren ein Investitionsprogramm von 1,5 Milliarden DM gewidmet war, mit seinen nun optimal aufeinander abgestimmten Kapazitäten erst einmal ‚in die Vollen geht', dann sind das allein daraus monatlich 25 Millionen DM Beschäftigungsgewinn. Das sind im Jahr 300 Millionen DM. . . ." Man sieht, woher das Bare kommt, das die Klöckner-Kapitalisten dem Flick-Konzern am 1. Januar hinlegen wollen.

Im Geschäftsbericht für 1974/75 der Klöckner-Werke AG hatte es geheißen: „Unser Einstieg in höherwertige Produktionsbereiche und die weitere Erschließung zukunftsträchtiger Märkte und Technologien beim Stahl und in anderen Bereichen unseres Unternehmens beginnen bereits Früchte zu tragen. Die Bereinigung der Struktur unseres Unternehmens und die hohen Investitionen in den letzten Jahren sind dafür ein sicheres Fundament."

Bereinigung der Struktur des Unternehmens hieß Entlassungen und Stillegung, und hohe Investitionen hieß mit dem aus den Arbeitern herausgepreßten Mehrwert die Bedingungen dafür zu schaffen, daß aus weniger Arbeitern noch mehr Profit herausgeholt werden kann. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte in diesem Sinne bereits im März festgestellt: „Die Voraussetzungen dafür sind nicht nur mit den neuen Bremer Anlagen geschaffen worden, die eine Warmbreitbanderzeugung von gut 3,5 Millionen Jahrestonnen erlauben, sondern auch mit einer Reihe anderer Maßnahmen: etwa mit der Stillegung der metallurgischen Betriebe im Werk Haspe, mit der Stillegung älterer Betriebe in Georgsmarienhütte, der Zusammenlegung der Drahtinteressen mit Krupp, der Stillegung der Eisengießerei Quint der Mannstandl-Werke, dem Ausbau der Verarbeitung und der Forcierung höherwertiger Produkte im Programm."

Monopolisierung in immer weniger Händen

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte damals gesagt, die Klöckner-Werke AG setzten jetzt auf den „Abrahm-Effekt": „Zum ‚Abrahm-Effekt' gehört auch die Möglichkeit, in einen wieder besseren Markt mit einem stark reduzierten Investitionsvolumen bei gleichzeitig großen Abschreibungsmöglichkeiten hineinzugehen. Noch 1974/75 sind 244 Millionen DM investiert worden, aber das laufende Programm ist auf 130 Millionen DM geschrumpft." Die Übernahme der Maximilian-Werke durch die Klöckner-Werke AG ist ein solcher „Abrahm-Effekt".

Dabei geht es nicht um die Ausdehnung oder Entwicklung der Stahlproduktion, sondern um deren Monopolisierung in immer weniger Händen. Nicht die Produktion wird ausgedehnt, sondern der Zugriff der Klöckner-Kapitalisten auf einen Teil der Stahlproduktion wird erweitert und verstärkt. Das ist für die Klöckner-Kapitalisten profitabler als weitere Investitionen für die Ausdehnung der Stahlproduktion. In der Stahlproduktion herrscht sowieso schon Überakkumulation von Kapital. Für die Flick-Kapitalisten ist der Handel ebenfalls profitabel. Hätten sie die Maximilianshütte konkurrenzfähig halten wollen, hätten sie große Investitionen vornehmen müssen, in einer Situation, wo in der Stahlindustrie bereits Überakkumulation von Kapital herrscht. So lassen sie sich mit Barem auszahlen und suchen sich in anderen Bereichen Ausbeutungsmöglichkeiten.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. August 1976 beschreibt die Vorteile für die Klöckner-Kapitalisten folgendermaßen:

„Für Klöckner liegt der finanzielle Vorteil auf der Hand: Wenn man heute neue Hüttenwerksanlagen baut, erfordert nach Schätzungen des Klöckner-Vorstandes jede Mark Umsatz aus den neuen Anlagen Investitionen von 1,50 DM, jede Mark Maxhütte-Umsatz indessen nur knapp 25 Pfennig. Die 137 Millionen DM für die ersten 51 Prozent des Kapitals der Maxhütte liegen denn auch bei Klöckner noch unter den Abschreibungen eines Jahres; nachdem der Ausbau der Hütte Bremen abgeschlossen ist, beschränken sich die Sachinvestitionen hier jedoch weitgehend auf den Erhaltungsbedarf, der vielleicht etwa 50 Millionen DM erfordert. So denkt man bei Klöckner auch nicht an eine Kapitalerhöhung zur Finanzierung der Transaktion."

Die Übernahme der Maxhütte ist kein Beispiel für die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, sondern für ihre Verfaulung. Die Profite dienen nicht der Ausdehnung der Produktion, sondern der Ausdehnung der Herrschaft immer weniger Kapitalisten über immer größere Teile der von Krisen geschüttelten und in Stagnation verfaulenden kapitalistischen Produktion.

Den Monopolisten die geballte Macht der Stahlarbeiter gegenüberstellen

Für die Arbeiter bedeutet dies: Große Arbeitermassen werden auf die Straße geworfen und werden für längere oder kürzere Zeit Teil der industriellen Reservearmee, während die Arbeiter, die in der Produktion verbleiben, unter dem Druck der industriellen Reservearmee immer stärker ausgebeutet werden sollen. Die Entlassungen sind bei der Übernahme der Maxhütte durch den Klöckner-Konzern praktisch Bestandteil des Kaufvertrages. Am 1. Januar soll die offizielle Übernahme stattfinden. Bis dahin soll die Belegschaft der Maxhütte bereits um rund 15 Prozent verkleinert sein. Das „Handelsblatt" schreibt: „Noch unter dem alten Regime soll aber auf der Maxhütte eine gewisse Überbesetzung beseitigt werden. Über den Sozialplan für die betroffenen 1 000 Arbeitskräfte (von 7 000) wird noch zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat der Maxhütte verhandelt."

Einstweilen holt der Klöckner-Konzern aus den Arbeitern der Bremer

Überbesetzung beseitigt werden. Über den Sozialplan für die betroffenen 1 000 Arbeitskräfte (von 7 000) wird noch zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat der Maxhütte verhandelt."

Einstweilen holt der Klöckner-Konzern aus den Arbeitern der Bremer
Hütte und der anderen Werke das Kaufgeld heraus. Spätestens nach der endgültigen Hereinnahme der Maxhütte werden die Klöckner-Kapitalisten dann weitere Stillegungen in den bisherigen Werken vornehmen wollen: „Erhebliche Rationalisierungseffekte" versprechen sich die Klöckner-Kapitalisten von der Übernahme der Maxhütte. Der Klöckner-Konzern wird über die ganze Transaktion zum drittgrößten Stahlkonzern in Westdeutschland. So hofft er nicht nur seine Position auf dem Markt, sondern auch gegenüber den Arbeitern zu stärken. Aber je weniger Kapitalisten die Produktion monopolisieren, um so mehr wird den Arbeitern auch klar, daß sich die Arbeiter gegen diese wenigen Monopolisten zusammenschließen müssen, um ihre Herrschaft zu stürzen. Der geballten Macht der Stahlkapitalisten können die Stahlarbeiter ihre eigene geballte Macht gegenüberstellen. Auch in der jetzigen Lohnbewegung. Das ist eine Frage der Einheit. Die Kraft dazu ist da. – (gs)





Klöcknerhütte Bremen. In der Flämmerei des Warmwalzwerkes werden die ausgewalzten und beschnittenen Brammen durch Abflämmen vom Walzzunder befreit.

Klöckner Bremen – Breitbandstraße im Warmwalzwerk

Die Schichtbesetzung wird abgebaut

Bremen. Die Klöckner-Kapitalisten stehen in scharfer Konkurrenz mit den anderen Stahlkonzernen. Für ihre Jagd nach Höchstprofiten sollen wir Arbeiter unsere Knochen hinhalten. An der Breitbandstraße im Warmwalzwerk haben sie jetzt begonnen, die Schichtbesetzungen zu verringern.

Die Breitbandstraße ist eine der modernsten der Welt, die Kapitalisten haben sie sich 1972 bauen lassen. Die gesamte Straße wird von einem Prozeßrechner gesteuert. Eine Milliarde hat die ganze Straße ungefähr gekostet. Der Lohnkostensatz pro gewalzte Tonne Stahl ist einer der geringsten der Welt. Was die Kapitalisten bei ihrer Profitjagd hindert, ist, daß sie nicht jede Minute die Arbeiter an der Maschinerie arbeiten lassen können. Man hatte von vornherein schon geplant, daß die Anlagen ungefähr zwei bis drei Schichten in der Woche gleich 16 bis 24 Stunden Reparatur brauchen würden, da die Anlage voll kontinuierlich läuft. Diese Reparaturzeiten sind bisher bei weitem überschritten worden. Der Rechner, der diese Straße steuern soll, fällt laufend aus. In der Zeit vom 1. bis einschließlich 19. August war er durchschnittlich 2,9 Stunden pro Acht-Stunden-Schicht außer Betrieb.

Die gesamte, fast ein Kilometer lange Breitbandstraße wurde bisher von insgesamt rund 30 Arbeitern pro Schicht gesteuert (reine Produktionsleute ohne Nebenbetriebe). Bei den Arbeitern haben die Kapitalisten jetzt angesetzt. Die Stellenbesetzungspläne gehen nun davon aus, daß bei C 2-Betrieb (Betrieb mit Rechner) für die gesamte Straße nur noch 26 Arbeiter pro Schicht benötigt werden. Die Kapitalisten haben vor drei Monaten damit begonnen, die Schichten abzubauen. Erst eine Schicht, dann die andere langsam hinterher. Eine Ablösung gibt es während der acht Stunden schon nicht mehr. Sie haben es so gedreht, daß im Moment 20 Minuten Walzpause pro Schicht gemacht werden, welche im Manteltarif vorgeschrieben ist.

Der Arbeitstag hat sich für die Arbeiter ungeheuer verdichtet. Am schärfsten wird es, wenn der Rechner ausfällt. Dann wird die gesamte Straße über Handbetrieb gefahren. Die Kapitalisten wollen es schaffen, daß die gleiche Anzahl der Arbeiter diesen Handbetrieb fährt. Die Arbeiter müssen in solchen Fällen die Funktion des Computers vollständig übernehmen. Die Kapitalisten haben ihre Aufseher, die Weißhelme, verstärkt im Betrieb im Einsatz. Sie bespitzeln die Arbeiter und sitzen ihnen im Nacken.

Über einen Arbeiter am Haspel sollte z.B. von einem Schichtassistenten ein Bericht erstellt werden, was er während acht Stunden Reparaturschicht so gemacht hatte. Zwei Arbeiter haben bei einem Arbeitswalzneuwechsel, der laut Weißhelm ausgezeichnet automatisch funktioniert, einen Handgriff machen müssen, der dazu geführt hat, daß ein ziemlicher Schaden entstanden ist. Sie sollen jetzt vor den paritätisch besetzten Ordnungsausschuß (Ergebnis der Mibestimmung) gezerrt werden. „Wir sind doch keine Verbrecher", erklärten die Arbeiter.

Wenn z.B. Fehler in der Produktion gemacht werden, können die Arbeiter vor den Ausschuß zitiert werden. Der Ausschuß kann Verweise erteilen und im Wiederholungsfall dem Personalbüro die Entlassung vorschlagen.

Gegen die verstärkte Belastung durch den Abbau der Schichtbesetzung haben die Arbeiter die Forderung aufgestellt: „Die Schichten müssen wieder aufgefüllt werden!" – (Zelle Klöckner Bremen)

Klöckner Bremen:
Streik der Schlosser

Die Prämien mußten heraufgesetzt werden

Bremen. Eine Schicht der Schlosser im Kaltwalzwerk der Klöckner-Hütte streikten vor einiger Zeit. Sie haben die Frühstückspause um etwa 2 Stunden verlängert. Unmittelbarer Anlaß war die lausige Prämie von 1,02 DM gegenüber 1,19 DM im Stahlwerk und 1,36 im Kaltwalzwerk. Die Prämie wird gegenwärtig auf der Grundlage des gedrückten Lohns von den Kapitalisten verstärkt genutzt, um die Antreiberei und die Spaltung zu steigern. Aber nicht nur die Prämie war der Grund für die Aktion der Schlosser. Es ging auch um Arbeitsbedingungen, Einstufungen usw. Einschüchterungen der Betriebsvertreter fruchteten nichts. Sie mußten den Kollegen Zugeständnisse in ihren Forderungen machen; anders waren die Kollegen nicht dazu zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach dem Streik wurden bei allen Schlossern im Werk die Prämien heraufgesetzt. Im Kaltwalzwerk und im Warmwalzwerk z.B. auf 1,31 DM. Bei den Kranelektrikern wurde die Prämie ebenfalls heraufgesetzt. Vom Betriebsrat ist zu hören, daß er eine Kommission gebildet hat, die sich mit der Prämienfrage befassen soll.

Meldungen

Bremen. / Streik gegen Akkordkürzung auf dem Bremer Vulkan. Am Freitag letzter Woche haben die Schweißer in der Kesselschmiede, die die Grundplatten für Dieselmotoren in einem CO-Schutzgasschweißverfahren schweißen, bis Mittag die Arbeit niedergelegt und sind zum Betriebsrat gegangen, um ihre Forderung vorzutragen. Anlaß hierzu war die Tatsache, daß die Arbeiter mit den vor kurzem neu gestoppten Vorgabezeiten nicht ausgekommen sind. Obwohl sie trotz der Hitze rangehauen haben, war der Akkordschein vollgeschrieben, die Arbeit aber noch nicht fertig. Die gerechte Forderung der Arbeiter war, daß ihnen hieraus keine Lohneinbuße entsteht, da sie hieran keine Schuld trifft. Aufgrund dieses Drucks der Arbeiter mußte das Akkordbüro nach langen Verhandlungen mit dem Betriebsrat diese Sache als einen Irrtum darstellen. Am Montag wurde erklärt, daß irrtümlicherweise Arbeiten, die zum Arbeitsablauf des unzureichenden Akkordscheins gehören, auf anderen Akkordscheinen verbucht worden seien. Das werde sofort korrigiert. Eigentümlicherweise sind aber noch weitere 27 Stunden übriggeblieben. Diese sollen den Arbeitern mit ihrem Durchschnittsverdienst bezahlt werden. Diese Aktion der zehn bis fünfzehn Arbeiter von Vulkan zeigt, daß nur im Kampf dem fortgesetzten Lohnabbau und damit der Verelendung der Arbeiter entgegengetreten werden kann.

Mannheim / 300 DM für Reinigungsarbeit durchgesetzt. 14 Tage lang hat ein Teil der Belegschaft bei der Firma Weyl den Bau 29 nach einer Kesselexplosion wieder reinigen müssen. Vor etwa drei Wochen war ein Kessel, in dem Chlormethylnaftalin gefahren wird, explodiert. Trotz Gasmaske wurde fast allen schlecht, als sie das hochgiftige, krebserregende und stark ätzende Produkt mit Messern und Spachteln im ganzen Bau abkratzen mußten. Die gesamte Bau-Belegschaft hat für diese Arbeit als Ausgleich gefordert: 100 DM steuerfrei pro Arbeitstag und drei Tage Sonderurlaub! Nach Verhandlungen war die Geschäftsleitung nur bereit, durchschnittlich 150 DM netto zu zahlen. Die Arbeiter ließen sich nicht abspeisen: „Wir halten zusammen, zahl oder am Montag läuft nichts mehr!" Schließlich mußte die Geschäftsleitung zugestehen: 300 DM durchschnittlich für jeden auf die Hand, 1 Tag Sonderurlaub, ärztliche Untersuchung der Belegschaft.

Die Arbeiter ließen sich nicht abspeisen: „Wir halten zusammen, zahl oder am Montag läuft nichts mehr!" Schließlich mußte die Geschäftsleitung zugestehen: 300 DM durchschnittlich für jeden auf die Hand, 1 Tag Sonderurlaub, ärztliche Untersuchung der Belegschaft.

Bremen / Streik: Die Verhandlungen über Absicherung der Zulagen und Lohnerhöhung dauerten schon Monate. Bei der Friedrich Kocks GmbH in Bremen, einer Stahl- und Maschinenbaufabrik, hat am Donnerstag letzter Woche die Belegschaft für eine Stunde die Arbeit niedergelegt und sich nach der Frühstückspause versammelt, um vom Betriebsrat zu erfahren, wie der Stand der Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung um mehr Lohn ist. Diese Verhandlungen ziehen sich schon über Monate hin. Die Geschäftsleitung plant eine Untersuchung über die Einstufung jedes einzelnen Arbeiters in die verschiedenen Lohngruppen. Durch die Zahlung von nicht tarifvertraglich abgesicherten Zulagen hat die Geschäftsleitung sich ein Mittel geschaffen, den Lohn zu drücken und die Arbeiter zu spalten, weil jeder eine andere Zulage erhält. Die Arbeiter kämpfen für die Absicherung der Zulagen und eine Erhöhung der Löhne.

Mehr Pleiten als 1975. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wurden im ersten Halbjahr 1976 in der BRD 4 613 Insolvenzen – Fälle von Zahlungsunfähigkeit – registriert. Das sind 2,9 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1975, das bisherige Pleitenrekordjahr. In über 70 Prozent der Konkurse wurde „mangels Masse" ein Konkursverfahren abgelehnt.

Rund 30 Millionen DM Gratisaktien für Aktionäre von Klöckner-Humboldt-Deutz. Die Klöckner-Humboldt-Deutz AG Köln gibt zur Zeit ihren Aktionären auf fünf alte Aktien eine neue aus. Die Aktionäre müssen dafür 120 DM bezahlen, der Börsenkurs ist aber etwa 160 DM, so daß sie an jeder neuen Aktie 40 DM geschenkt bekommen. Es läßt sich errechnen, daß 70 000 neue Aktien ausgegeben werden. Insgesamt streichen die Aktionäre daher knapp 30 Millionen als Geschenk zusätzlich zur Dividende ein. Der Konzern ist zu 42 Prozent im Besitz des Bourgeoispacks der Familie Henle. Rund 45 000 Arbeiter und Angestellte lassen sie für sich arbeiten.

Bundesgarantien für Kapitalanlagen im Ausland. Von 1960 bis 1975 übernahm die Treuarbeit AG Hamburg Garantien für Kapitalanlagen im Ausland in Höhe von 2 657,8 Millionen DM. In diesem Jahr gibt es eine höhere Stückzahl von Anträgen, d.h. kleine und mittlere Betriebe legen ebenfalls Kapital im Ausland an. Ein Drittel der Anträge entfällt auf Süd- und Mittelamerika. Den relativ stärksten Zuwachs hält nach wie vor Brasilien, Ende 1975 das bedeutendste Anlageland für westdeutsches Kapital. (Niedersächsische Wirtschaft Nr. 6/1976)

Frankfurt. Der Weltumsatz von Hoechst ist im ersten Halbjahr 1976 auf 11,69 Milliarden DM gestiegen. Im Zeitraum des vergangenen Jahres waren es 9,89 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern stieg von 460 Millionen auf 675 Millionen DM. Gegenüber dem Vorjahr wurde die Belegschaft um 2 000 Arbeiter und Angestellte reduziert auf jetzt 64 434.

Gewerkschaft Holz und Kunststoff / Manteltarifauseinandersetzungen Nordwestdeutschland

Urabstimmung für Streik!

Interview mit einem Mitglied der Tarifkommission

Oldenburg. In einer Urabstimmung bis zum 31. August entscheiden die in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) organisierten Arbeiter und Angestellten der Holzindustrie, der kunststoffverarbeitenden Industrie und des holz- und kunststoffverarbeitenden Handwerks in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen über das Schlichtungsergebnis in der Manteltarifauseinandersetzung. Betroffen sind über 100 000 Beschäftigte.

Über ein Jahr verhandelte die Tarifkommission. Dabei sind insbesondere in der wesentlichen Forderung nach mehr Urlaub immer weitere Zugeständnisse gemacht worden. Die Kapitalisten haben das ausgenutzt und sind schließlich in den Verhandlungen von bereits erreichten Vereinbarungen wieder abgerückt. Diese Provokation rief die Empörung der Holzarbeiter hervor. Die Tarifkommission mußte im Juni die Verhandlungen für gescheitert erklären. Daraufhin riefen die Kapitalisten die Schlichtung an.

Das Schlichtungsergebnis entspricht in keiner Weise den Interessen der Holzarbeiter am Schutz ihrer Arbeitskraft vor dem Raubzug der Kapitalisten. Der Vertrauensleutekörper von Hüppe-Sanitär in Oldenburg (etwa 100 Beschäftigte) hat deshalb auch beschlossen: Nein zu diesem Schlichtungsspruch! Streik zur Durchsetzung unserer Forderungen!

Interview mit einem Mitglied der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Am 6. August hat der Schlichter Peter Kraft in den Verhandlungen über den Manteltarif für die holz- und kunststoffverarbeitende Industrie und das Handwerk in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen einen Schlichtungsspruch gefällt. Er wurde von der Verhandlungskommission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und nach deren Empfehlung ebenso von der Großen Tarifkommission, deren Mitglied du bist, angenommen. Die Kapitalisten haben sich bisher nicht zur Schlichtung geäußert. Was sind die wesentlichsten Ergebnisse der Schlichtung und wie hat die Große Tarifkommission dazu Stellung genommen?

Der wesentlichste Punkt des Manteltarifvertrages ist wohl der Urlaub. Der Schlichtungsspruch des SPD-Regierungsdirektors Peter Kraft sieht so aus, daß wir 1976 keinen Tag mehr Urlaub als bisher bekommen sollen. Das ist eine feine Sache für die Kapitalisten, denn der Vertrag war zum 31. Dezember 1975 gekündigt worden. Für die Kollegen ist das ein ganz großer Beschiß. Ebenso verhält es sich mit dem stufenweisen Abbau der Beschäftigungsstaffel beim Urlaub. Den Schlichter interessiert es gar nicht, wieviele Kollegen auf kurze Sicht entlassen werden, und setzt den Abbau der Beschäftigungsstaffel gleich bis 1981 fest. Also egal ist ihm, ob die Kollegen irgendwo rausgeschmissen werden – und in der Holzindustrie gibt es viele Konkurse – und dann bei einer neuen Firma wieder ganz von unten mit dem Urlaub anfangen müssen.

Weiter sollen nach dem Ansinnen des Schlichters die drei jetzt bestehenden Altersstaffeln beim Urlaub durch eine neue von 18 bis 26 Jahre erweitert werden. Das dient den Kapitalisten. Die jüngsten Arbeiter erhalten den geringsten Urlaub. Unverbrauchte, billige Arbeitskraft zu liefern, das Konzept steckt dahinter. Das ist also die Sozialpolitik, die Humanisierung der Arbeitswelt durch den Sozialdemokraten Kraft.

Der Höchsturlaub soll 30 Tage in der Altersstufe ab 40 Jahre betragen und der Mindesturlaub 26 im Jahr 1981. Die Forderung war aber mindestens 25 Tage bis zum 25. Lebensjahr und 30 Tage ab 30 Jahre und sofortiger Wegfall der Beschäftigungsstaffel. Klar: Der Schlichter hat für die Kapitalisten geschlichtet.

Die Große Tarifkommission stand nun vor der Frage, was mit diesem Spruch machen? In der Versammlung der Kommission zeigten einige Kollegen auf, daß der Spruch nicht die Bedürfnisse befriedigen kann. Karl-Heinz Schwark, Mitglied der Verhandlungskommission und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, hob das Schlichtungsergebnis in den Himmel: „Wir haben doch alles erreicht." Ein Kollege stellte im Auftrag seines Vertrauensleutekörpers den Antrag auf Ablehnung. Trotzdem nahm die Tarifkommission bei zwei Gegenstimmen die Schlichtung an als Empfehlung an die Mitglieder. Anzumerken ist noch, daß es großen Beifall und Zustimmung gab, als ein Kollege die Forderung nach 50 Prozent Überstundenzuschlag für unsinnig hielt und ein Verbot von Überstunden an Samstagen forderte.

Was sind die Ergebnisse der Verhandlungstaktik der Tarifkommission?

Nach einer Verhandlungsdauer von nun 14 Monaten sind seitens der Tarifkommission gewaltige Abstriche gemacht worden bis hin zur Annahme der Schlichtung. Damit wurde auch die Laufzeit des Vertrages gegenüber dem vorigen auf das Dreifache verlängert von zwei auf sechs Jahre; und durch die Herauslösung des Urlaubs, die anderen Bestandteile gelten bis 1979, auch noch aufgespalten. Dadurch wird die gewerkschaftliche Aktivität zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen gefesselt.

Der Schlichtungsspruch ist trotz der Zustimmung der Tarifkommission noch nicht angenommen. Alle Gewerkschaftsmitglieder entscheiden in einer Urabstimmung bis zum 31. August.

Ich bin der Meinung, der Spruch muß abgelehnt werden, weil er unzureichend ist. Der einzige Weg zur Durchsetzung unserer Forderungen kann die Vorbereitung des Streiks sein. Die lasche Verhandlungsführung und das Auftreten des Schlichters haben die Kollegen richtig erkannt. Viele treten jetzt in die Gewerkschaft Holz und Kunststoff ein, denn die Schlichtung muß abgelehnt werden.



Gaggenau. Seit mehreren Monaten führt die Belegschaft des Kunststoffwerkes Bergmann den Kampf dafür, daß von dem Kapitalisten die Tarifverträge der IG Chemie anerkannt werden. (Die KVZ berichtete darüber) An der Fabrikwand kann man jetzt lesen, worum es geht: „Hier gelten keine Tarifverträge. Damit ist jetzt Schluß." Die Belegschaft hat sich gewerkschaftlich organisiert. Mit Entlassungen von Sprechern der Belegschaft geht der Kapitalist gegen die Bewegung im Betrieb vor. So hatte er vor kurzem dem kommissarischen Vertrauensmann Ferenci gekündigt. Auf der Gewerkschaftsversammlung am letzten Sonntag haben alle Arbeiter die Rücknahme der Kündigung gefordert.

Meldungen

„mehr Wert"-Pleite – Betrugsmanöver der Banken. Die „mehr Wert"-Spekulanten hatten bei ihren Geschäften vorgesorgt. Ihre Einlagen, mit denen sie hafteten, hatten sie äußerst niedrig gehalten. Während der acht Jahre sprunghafter Expansion und äußerster Schinderei der Beschäftigten haben sie ihre Schäfchen ins Trockene gebracht. Finanziert wurde dieses Spekulationsgeschäft über Kredite durch die Bankkapitalisten oder über Lieferantenkredite, z.B. des Oetker-Konzerns. Jetzt bei der Pleite stellt sich heraus, wie die Banken ihre Kredite mit einem Betrugsmanöver abgesichert haben. Viele Gläubiger hatten ihre Waren nur „unter Vorbehalt" geliefert. „mehr Wert" wikkelte etwa die Hälfte der Einkäufe über eine Einkaufsgesellschaft ab. Diese lieferte aber ohne Eigentumsvorbehalt an die Ladenkette weiter. Der Lieferant der Einkaufsgesellschaft „kommt bestimmt nicht zum Zug", erklärte der eingesetzte Treuhänder. Alle Vorräte ohne Eigentumsvorbehalt fallen unter die „Raumversicherungsverträge" der Banken, mit denen sie ihre Kredite absicherten. (Angaben nach: Die Zeit, 20. August) Vor den Kaufhäusern haben die Banken Polizei aufziehen lassen. (Hamburger Abendblatt, 20. August)

Augsburg: Entlassungen bei Siemens. Der Siemens-Konzern baut in der Nähe von Neapel ein neues Werk in Avellino auf. Es soll nach der endgültigen Fertigstellung etwa 2 000 Beschäftigte haben. Gegenwärtig wird dort die Produktion von Stromversorgungen für Datenverarbeitungsanlagen aufgenommen, die bisher im Augsburger Werk hergestellt werden. Gleichzeitig werden im Augsburger Werk jeden Monat 49 Arbeiter und Angestellte entlassen. Die Auslastung der Siemens-Betriebe in der Bundesrepublik liegt im Durchschnitt bei 65 Prozent.

Emmendingen. Gegenwärtig schickt das Arbeitsamt Emmendingen/Südbaden Lehrlinge, denen nach der Lehre gekündigt wurde, nach Rüsselsheim/Hessen zu Opel, damit sie dort am Band arbeiten. Einem Elektromechaniker, der die Umsiedlung ablehnte und darauf bestand, eine Stelle zu erhalten, die seiner Ausbildung entspricht, wurde das Arbeitslosengeld für einen Monat gesperrt.

Der Anteil der arbeitslosen Schwerbehinderten ist von 2,6 % im Februar auf 4 % im Juli gestiegen. Im Juli waren 38 156 Behinderte ohne Arbeit. (Frankfurter Rundschau, 23.8.76)

Mannheim: Hohe Profite bei John Deere. Der John-Deere-Konzern hat im letzten Steuerjahr 1975 (31.Oktober) den Umsatz um 18 Prozent gesteigert auf 2,96 Milliarden Dollar (7,7 Milliarden DM). Die Region, für die die Mannheimer Zweigniederlassung zuständig ist – Europa, Afrika und Mittlerer Osten – steigerte

der Großen Tarifkommission, deren Mitglied du bist, angenommen. Die Kapitalisten haben sich bisher nicht zur Schlichtung geäußert. Was sind die wesentlichsten Ergebnisse der Schlich-

brikwand kann man jetzt lesen, worum es geht: „Hier gelten keine Tarifverträge. Damit ist jetzt Schluß." Die Belegschaft hat sich gewerkschaftlich organisiert. Mit Entlassungen von Sprechern der Belegschaft geht der Kapitalist gegen die Bewegung im Betrieb vor. So hatte er vor kurzem dem kommissarischen Vertrauensmann Ferenci gekündigt. Auf der Gewerkschaftsversammlung am letzten Sonntag haben alle Arbeiter die Rücknahme der Kündigung gefordert.

Mannheim: Hohe Profite bei John Deere. Der John-Deere-Konzern hat im letzten Steuerjahr 1975 (31.Oktober) den Umsatz um 18 Prozent gesteigert auf 2,96 Milliarden Dollar (7,7 Milliarden DM). Die Region, für die die Mannheimer Zweigniederlassung zuständig ist – Europa, Afrika und Mittlerer Osten – steigerte
den Umsatz um 36 Prozent auf 1,54 Milliarden DM. Die Kapitalisten erklärten: „. . . zeigen auch in diesem Jahr die Umsatzkurven weiter nach oben". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August) Der deutsche Fertigungsumsatz hatte 1975 bei 900 Millionen DM gelegen, er solle dieses Jahr „wesentlich über 1 Milliarde DM hinausgehen". Die Kapitalisten bereiten eine entscheidende Konkurrenzschlacht um die Anteile auf dem Weltmarkt vor. Mit den Profiten, die sie aus den Arbeitern durch immer stärkere Ausbeutung herausholen, „werde sich der Konzern jetzt auch auf dem Weltmarkt eine entscheidende Position aufbauen".

Ersatzlose Streichung der Paragraphen 88 a und 130 a! forderte die HBV-Jugendkonferenz, die Ende Juni stattfand. Außerdem wurden u.a. der Austritt aus der Konzertierten Aktion gefordert, die Herabsetzung des Rentenalters, die 35-Stunden-Woche und sechs Wochen Jahresurlaub.

Die IG Chemie hat den Tarif der papiererzeugenden Industrie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zum 31. August gekündigt für rund 10 000 Beschäftigte, Arbeiter und Angestellte. Die Gewerkschaft fordert 5 Prozent und 25 Pfennig mehr für alle Lohngruppen. Für Angestellte: fünf Prozent und 45 DM.

IG-Chemie-Gewerkschaftstag 19. bis 25. September: Zahlreiche Anträge sind gestellt worden, in denen gefordert wird, die Rechte der Vertrauensleute tariflich abzusichern. Wir drucken hier den Antrag 189 ab, Antragsteller ist die Delegierten-Hauptversammlung der Verwaltungsstelle Saarbrücken.

„Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik möge beschließen:

Der Hauptvorstand und alle zuständigen Tarifkommissionen werden aufgefordert, tariflich folgendes zu vereinbaren:

1. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute dürfen wegen ihrer Tätigkeit im Betrieb in keiner Weise benachteiligt werden.

2. Die Vertrauensleute im Sinne dieser Vereinbarung genießen den gleichen Kündigungsschutz wie Betriebsratsmitglieder.

3. Auf Einladung der Vertrauensleute-Leitung soll mindestens einmal monatlich eine Sitzung der Vertrauensleute während der Arbeitszeit stattfinden.

Die Zeit der Teilnahme ist wie Arbeitszeit zu vergüten.

4. Den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ist in dem Zeitraum ihrer Legislaturperiode ein bezahlter Bildungsurlaub von 14 Tagen zu gewähren."

Opel Rüsselsheim Vertrauensleute fordern:

Der Betriebsrat muß die Zustimmung zu den Sonderschichten verweigern!

Rüsselsheim. Die Opel-Kapitalisten verschärfen seit über einem Jahr die Ausbeutung der Arbeiter in einem noch nie gekannten Maß. Gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1972 haben sie im ersten Halbjahr 1976 die Produktion um über 100 000 Autos oder um über 25 Prozent gesteigert bei gleichbleibender Belegschaftszahl. Zwei Marken steuern sie in der diesjährigen Produktionsschlacht an: Über eine Million Autos in diesem Jahr (1975: knapp 690 000) und etwa 1,4 Milliarden Mark Profit (1975: 898 Millionen DM). Das soll ihnen die Marktspitzenstellung in der BRD sichern.

Diesen Profit ziehen die Kapitalisten aus der erhöhten Aussaugung der Arbeitskraft der Arbeiter. Die Akkordsätze sind ständig erhöht worden, und seit März 1975 werden samstags Sonderschichten gefahren. In der Fertigmontage z.B. sind die Zwischenglieder am Band, die die Wagen verbinden, bis auf je eines herausgenommen worden, um mit verkürzten Abständen die Arbeit zu intensivieren. Im Preßwerk K 40 werden häufig Reparaturzeiten, die auf den Akkord angerechnet werden müssen, nicht aufgeschrieben, um die Arbeiter über den Akkordsatz zu treiben. Im Teilebau, wo nicht im Akkord gearbeitet wird, werden Vorgabezeiten eingeführt, die den Arbeitsumfang um ein Drittel erhöht haben. Für September und Oktober haben die Kapitalisten je zwei weitere Sonderschichten beantragt.

Die Schweißauspressung ruiniert die Arbeitskraft

Diese Verschärfung der Ausbeutung geht zwangsläufig auf die Knochen der Arbeiter. Die vier Sanitätsstationen im Werk sind ständig überfüllt. Abgequetschte Hände, Knochenbrüche, Kreislaufzusammenbrüche, tiefe Schnittwunden passieren täglich im Dutzend. Die Kapitalisten versuchen dies zu verheimlichen, aber jeder kann täglich das Jaulen der Krankenwagensirene im Werksgelände hören. Vor einiger Zeit ist im Preßwerk K 67 ein Arbeiter von einer Presse zu Tode gequetscht worden. Die Presse war, um Zeit zu sparen, nicht abgestützt worden bei einer Reparatur.

Unter den neu eingestellten Arbeitern liegt der Krankenstand bis zu 19 Prozent. Hunderte kündigen jeden Monat. Sie können diese Schinderarbeit nicht länger mitmachen und sind gezwungen, das Risiko der erneuten Suche nach einer Arbeitsstelle auf sich zu nehmen.

Der Widerstand festigt sich

Unter den Arbeitern stößt diese Schweißauspressung auf Empörung und Widerstand. Die Geschäftsleitung hat eine Front durch einige Zugeständnisse zu verhindern gesucht. Sie hat die Zulage für Sonderschichten von 10 auf 15 DM erhöht. Sie hat seit einem Dreivierteljahr eine zusätzlich bezahlte Pause und bei Hitze zwei weitere Pausen von jeweils 10 Minuten zugestehen müssen.

Der Widerstand aber ist unvermeidlich: Im Frühjahr haben 5 000 im M 55 (Motorenbau, Schmiede u.a.) für eine halbe Stunde gestreikt und eine Anrechnung des Tarifabschlusses von 5,4 Prozent auf den Effektivlohn und schon für dieses Jahr einen zusätzlichen Urlaubstag erzwungen. In manchen Abteilungen boykottieren bis zur Hälfte der Arbeiter die Samstagsarbeit. Am Band gibt es täglich spontane Widerstandsaktionen. Ein Stopper wurde von aufgebrachten Arbeitern quer übers Band geschmissen. Operationen (z.B. Scheibeneinbau) wurden zeitweilig nicht durchgeführt, so daß die Reparaturbänder überquellen. Da die Kapitalisten den Springern zusätzliche Arbeiten aufzuzwingen versuchen, gehen viele Arbeiter einfach ohne Ablösung vom Band weg.

Gleichzeitig verstärkt sich die Kritik am sozialdemokratischen Betriebsrat, weil dieser bisher allen Sonderschichten zugestimmt hat.

Die Debatte geht vor allem darum, daß die Sonderschichten verschwinden müssen. Im K 40 (Rohmontage, Gerippebau), im K 82, in der Sattlerei und vier weiteren Bereichen haben Vertrauensleuteversammlungen in Resolutionen den Betriebsrat aufgefordert, die Zustimmung zu weiteren Sonderschichten zu verweigern. (Siehe KVZ Nr. 33) Gleichzeitig haben sie eine Erhöhung der Effektivlöhne im Betrieb gefordert, „damit keiner es mehr nötig hat, auch noch samstags zu arbeiten". Die Kapitalisten haben daraufhin eine ausgehängte Resolution im K 40 gleich vom Schwarzen Brett reißen lassen. Am 16. September ist Betriebsversammlung. Sie wird zum weiteren Aufbau einer Front gegen die Sonderschichten und gegen die Akkordtreiberei genutzt werden. – (Zelle Opel Rüsselsheim)

VW Wolfsburg

Disziplinierungswelle – 200 Entlassungen

Wolfsburg. In den vergangenen Wochen sind in den „Wolfsburger Nachrichten" immer wieder Lobesmeldungen über Neueinstellungen bei VW zu lesen gewesen. Jetzt ist bekannt geworden, daß ebenfalls in den letzten Wochen 200 VW-Arbeiter entlassen worden sind. Darüber war freilich nichts in der bürgerlichen Presse zu lesen. Wie kommt dieser scheinbare Widerspruch von Neueinstellungen und Entlassungen zustande? Die Kapitalisten behaupten, ihnen ginge es bei den Neueinstellungen hauptsächlich darum, einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Bürgerliche Politiker betonen, daß der Kapitalismus den Arbeitern eine gesicherte Existenz bieten könne. Laut SPD bedarf es nur noch der Zutat „Netz der sozialen Sicherheit", und fertig ist das „Modell Deutschland", mit dem die Arbeiter zufrieden sein könnten. Doch das SPD-Wahlkampfgeschwätz stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Die 200 Entlassungen der VW-Arbeiter zeigen: Das Streben der Kapitalisten nach Höchstprofiten bestimmt diese Gesellschaft. Für die Erzielung von Höchstprofiten entließ Schmücker 20 000 Arbeiter. Zum Erzielen von Höchstprofit wurden wieder Arbeiter eingestellt.

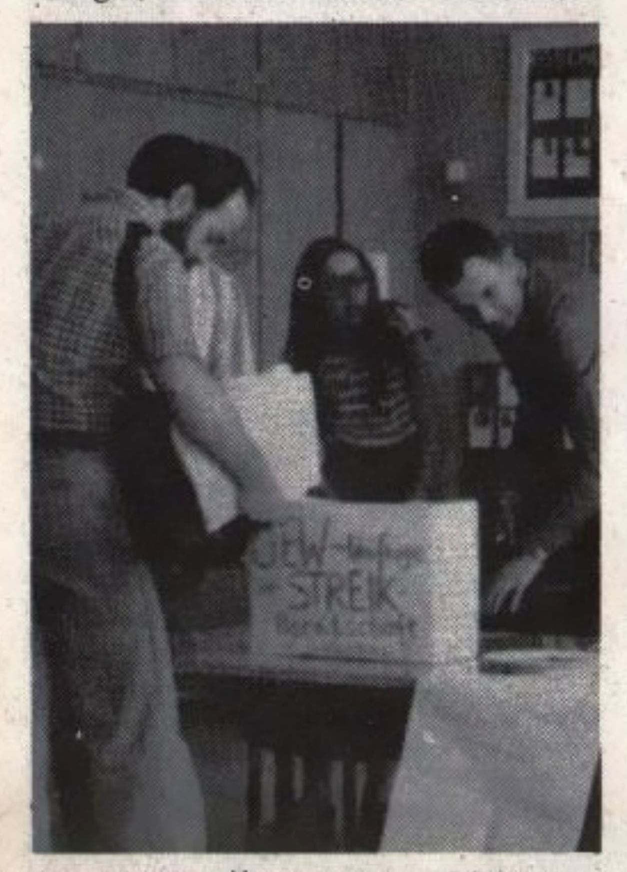
Gleichzeitig mit den Neueinstellungen begann im VW-Werk eine Disziplinierungswelle von bisher ungekanntem Ausmaß. Täglich wurden und werden Arbeiter vor den Personalausschuß zitiert. Dort werden sie wegen Zuspätkommen, unentschuldigtem Fehlen und öfterem Kranksein bestraft. Die Strafmaße reichen von „Belehrung" durch Einschüchterung über Tageslohnabzug bis zum Rausschmiß. Damit soll zum einen die gesamte Belegschaft unter Druck gesetzt werden, zum anderen kranke Arbeiter oder solche mit „Leistungsverzug" (unentschuldigtes Fehlen) ausgesondert und entlassen werden. Das VW-Kapital stellt also nicht einfach Arbeiter ein, sondern verlangt von den Arbeitern, daß sie sich bedingungslos der Knute unterwerfen und ihre Gesundheit ruinieren. Die unverminderte Massenarbeitslosigkeit wollen die VW-Kapitalisten nutzen: „Seid ihr nicht willig, so stehen zehn andere bereit." (Aus: Ortsbeilage Wolfsburg der KVZ)

GEW Hessen:

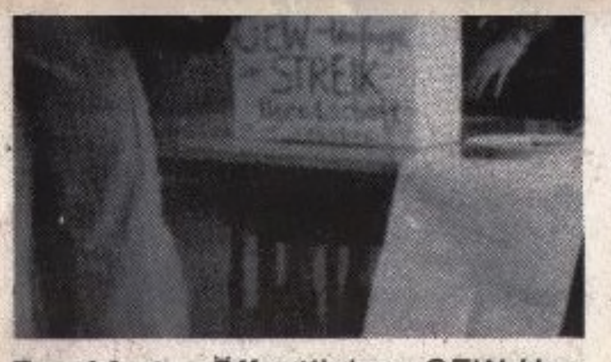
Die Lehrer führen den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Frankfurt. In Wahlzeiten steigt die Flut der Glanzprospekte der Regierung. Aufgeschreckt durch die landesweiten Proteste wegen fehlender Lehrer und Unterrichtsausfall nimmt die hessische Staatskanzlei in millionenfacher Auflage zur Unterrichtsversorgung Stellung: „Die volle Unterrichtsversorgung an den hessischen Schulen ist das erklärte Ziel der Landesregierung. Sie hat jetzt Entscheidungen getroffen, die einen wesentlichen Schritt zur Lösung dieses Problems bedeuten: Mit einem ‚Millionen-Programm' können rund 2000 neue Lehrkräfte beschäftigt werden. Das in den meisten Schulen vorhandene Unterrichtsdefizit kann also abgebaut werden." („Hessendienst", Nr. 1/76)

Nichts davon ist wahr. Seit die Schule am 2. August in Hessen angefangen hat, reißen die Proteste über Lehrermangel, fehlende Räume und Unterrichtsmaterialien nicht mehr ab. Statt 2000 Lehrer wurden zum 1.8. nur 1300 eingestellt, und diese auf 2/3-Stellen. Keine einzige Unterrichtsstunde kann *mehr* erteilt werden, im Gegenteil.



Frankfurt. Öffentliche GEW-Umfrage zur Streikbereitschaft der Lehrer, Ernst-Reuter-Schule, 20.8.76. Die GEW-Führung hatte nur eine „Repräsentativbefragung" vorgesehen, bei der jedes 50. Mitglied ausgewählter GEW-Kreisverbände befragt werden sollte.



Frankfurt. Öffentliche GEW-Umfrage zur Streikbereitschaft der Lehrer, Ernst-Reuter-Schule, 20.8.76. Die GEW-Führung hatte nur eine „Repräsentativbefragung" vorgesehen, bei der jedes 50. Mitglied ausgewählter GEW-Kreisverbände befragt werden sollte.

Die Pläne des Dienstherrn zur „Unterrichtsversorgung der Schulen" sind jetzt durch einen Erlaß vom 12.8. bekannt geworden: Der Erlaß legt in 8 Punkten fest, wie aus den vorhandenen Lehrern mehr Arbeitsleistung herauszuholen und die Arbeitslosigkeit für sozial und rechtlich schlechter gestellte 2/3-Stellen und Lehraufträge auszunutzen ist. Im Erlaß heißt es:

„Die Regelungen der Verordnung über die Pflichtstunden der Lehrer ... sind sofort voll anzuwenden. Erforderlichenfalls sind Unterrichtsverteilungen und Stundenpläne der Schulen umgehend zu korrigieren."

„Auf die Möglichkeit einer vorübergehenden Erhöhung der Pflichtstunden um bis zu zwei Wochenstunden... weise ich hin." „Darüberhinaus kann erforderlichenfalls Mehrarbeit angeordnet werden."

Streichung von 18000 Anrechnungsstunden, Überstunden und Mehrarbeit für die Lehrer – das ist das Programm der Regierung, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer den Lehrermangel zu überdecken. Des weiteren sollen größere Klassen gebildet werden und die 2/3-Lehrer zur vollen Unterrichtserteilung herangezogen werden.

Die Ausnutzung der Lage der 2/3-Lehrer zeigt die nebenstehende Korrespondenz.

Überall, wo dieser Erlaß bekannt wurde, hagelte es Proteste. (Siehe letzte KVZ) Ein Schulleiter eines Offenbacher Gymnasiums wollte ihn gar nicht erst verlesen. Dazu vom Lehrerkollegium gezwungen hatte das Verlesen die Wirkung, daß die Kollegen mit der GEW-Schulgruppe die Vorschläge zur Durchführung von Urabstimmung und Streik diskutierten.

Eine Personalrätekonferenz im Kreis Offenbach-Land am 19.8. sprach sich bei 4 Enthaltungen und 50 Anwe-

Lehrer zur vollen Unterrichtserteilung herangezogen werden.
Die Ausnutzung der Lage der 2/3-Lehrer zeigt die nebenstehende Korrespondenz.
Überall, wo dieser Erlaß bekannt wurde, hagelte es Proteste. (Siehe letzte KVZ) Ein Schulleiter eines Offenbacher Gymnasiums wollte ihn gar nicht erst verlesen. Dazu vom Lehrerkollegium gezwungen hatte das Verlesen die Wirkung, daß die Kollegen mit der GEW-Schulgruppe die Vorschläge zur Durchführung von Urabstimmung und Streik diskutierten.
Eine Personalrätekonferenz im Kreis Offenbach-Land am 19.8. sprach sich bei 4 Enthaltungen und 50 Anwe-

senden einstimmig für Urabstimmung und Streik aus. Ebenso die Vertreterversammlung der GEW Frankfurt vom 17.8.

Sie stellte fest, „daß an den Forderungen festgehalten werden muß, die im Sommer gegen die aktuellen Angriffe des Dienstherrn erhoben wurden: Umwandlung der 2/3-BAT-Verträge in volle Planstellen – Einstellung aller Lehrer zu gleichen Bedingungen! Keine Arbeitszeitverlängerung – Rücknahme der neuen Anrechnungsverordnung! ...die Lehrer und ihre Gewerkschaft werden nun mit unmißverständlicher Sprache reden müssen: Urabstimmung und Streik!"

Eine Mitgliederversammlung zur Mobilisierung wurde beschlossen. Die Frankfurter Delegierten zur nächsten außerordentlichen Hauptausschußsitzung der GEW-Hessen, die zur Beschlußfassung über Urabstimmung und Streik noch vor dem 10.September stattfinden wird, sind auf dieses Votum festgelegt worden. – (w., Frankfurt)

Zweidrittelstelle – 90 % der Arbeit eines Vollehrers

In welcher Lage aber befinden sich nun die 1300 neueingestellten Lehrer?

Ein Beispiel: Eine Grundschullehrerin wird in der Sekundarstufe (5. bis 10. Schuljahr) eingesetzt. Obwohl ihre Fächer Deutsch und Sachkunde sind, unterrichtet sie ausschließlich Englisch, teilweise in der 9. Klasse. Da sie ja Grundschullehrerin ist, muß sie statt 18 Stunden (2/3-Stundenzahl für Sekundarstufenlehrer) 19 Stunden unterrichten, und als „nur"-Grundschullehrerin wird sie entsprechend auch schlechter bezahlt, nämlich statt nach BAT II a nach BAT III. Gleichzeitig wird sie noch mit einigen Stunden an eine Nachbarschule abgeordnet und hat dadurch so viele „Springstunden" (Zeit zwischen dem Unterricht), daß sie längst 28 Stunden an die Schule gefesselt ist. Ihre 19 Stunden sind auf alle 6 Schultage verteilt, so daß sie samstags wegen einer Unterrichtsstunde ihren längeren Weg vom Wohnort zur Schule antreten muß. Selbstverständlich muß sie an den Fachkonferenzen in vollem Umfang teilnehmen.

Bei diesem konkreten Fall häuft sich nur, was gegenwärtig jeder BAT-Lehrer zu spüren bekommt: Bei einem Verdienst, der etwa 1000 DM netto beträgt (das sind etwa 50 % des durchschnittlichen Lehrergehalts) müssen nahezu 90 % der Arbeit eines Vollzeitlehrers bewältigt werden.

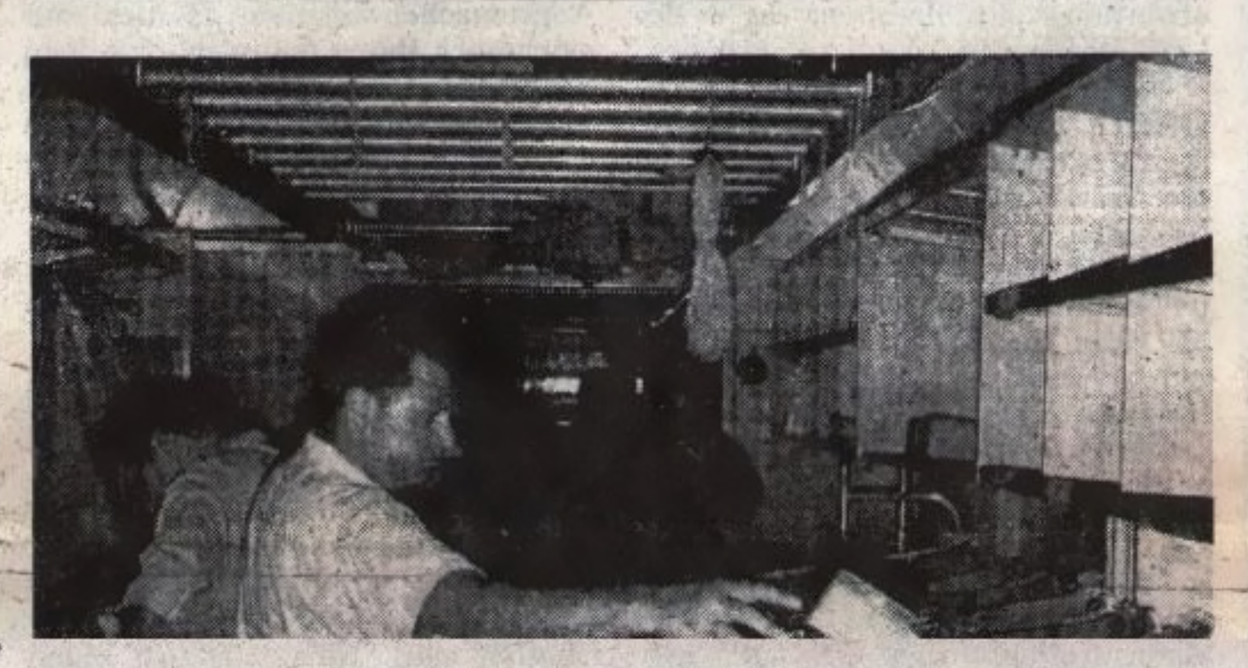




Bild: Postverteilung im Bahnpostwagen. Im letzten Jahr hat die Postleitung 3200 Arbeitskräfte rausrationalisiert. Die Lohnabhängigen mußten 2,3 Prozent mehr Verkehrsleistungen erbringen. Der SPD-Postminister Gscheidle erklärte, daß in diesem Jahr weitere 1000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Insgesamt würde bis 1979 die Post 50000 Lohnabhängige wegrationalisieren. (FAZ, 1. Juli 76). Die Arbeitshetze wird gesteigert, die Löhne abgebaut. In einer Drucksache der Bundesregierung (7/5618) konnte man lesen, daß der „Durchschnittsaufwand je beschäftigten Arbeiter" bei der Post nur um 4,6 % 1975 gegenüber 1974 stieg. Mit dem KPD-Verbot geht die Postleitung vor, um die Unterdrückung im öffentlichen Dienst zu verstärken. Diese Maßnahmen treffen auf den Widerstand der Lohnabhängigen, siehe Meldung: Fernmeldeamt Freiburg.

Sozialverwaltung Köln:

Beschäftigte forderten zusätzliche Planstellen

Mit der Erweiterung der bürokratischen Bevormundung und Unterdrükkung des Volkes durch den Staat geht zugleich einher, daß der staatliche Dienstherr den Lohnabhängigen in der Verwaltung beständig mehr Arbeit aufbürdet und die Dienstaufsicht verstärkt. In einer Korrespondenz aus Köln wird dazu berichtet:

In der Bezirksverwaltungsstelle Mühlheim, Abteilung Jugend, müssen laufend neue Verordnungen durchgeführt werden. Diese Verordnungen sind Ausführungsbestimmungen des Haushaltsstrukturgesetzes und legen unter anderem fest: Einschränkung oder Streichung des Milchfrühstücks und der Pflegesatzbeihilfe für Großeltern, Einschränkung der Erholungsmaßnahmen für Kinder, schärfere Auflagen von Beihilfe, d.h. die Angestellten müssen mehr Material über die familiären und persönlichen Verhältnisse der Antragsteller ranschleppen, sie mehr bespitzeln als bisher, um damit nachweisen zu können, daß sie keine Beihilfe bekommen. Die Spitze ist wohl: Wenn man ein Kind in Pflege nehmen will, müssen dazu 67 Formulare ausgefüllt werden.

Die Sachbearbeiter und Sozialarbeiter, die z.B. eine Akte aufgrund der Arbeitsbelastung nicht bearbeiten konnten, werden jetzt nicht direkt angeschissen. Das bedeutet für den betroffenen Antragsteller jedoch, daß die Bearbeitung seines Antrags verzögert wird. Der wendet sich an die Bezirksstelle und beschwert sich. Der Bezirksstellenleiter geht dann zum Sachbearbeiter und knallt ihm ein Dienstaufsichtsverfahren um die Ohren. Und wenn dann noch so ein bourgeoises Hetzblatt wie der „Kölner Stadt-Anzeiger" davon erfährt, nutzt er das, um gegen die „faulen, überbezahlten" Sachbearbeiter vom Leder zu ziehen.

Für die Angestellten bedeutet die erweiterte Bespitzelung und Unterdrückung, daß sie riesige Aktenberge vor sich herschieben und beständig Überstunden machen. Das hat denn dazu geführt, daß Teile der Angestellten sich weigern, bestimmte Arbeiten zu übernehmen. Sie haben sich auf der Ebene der Abteilung zusammengeschlossen und in einem Brief an das Hauptamt (im Hauptamt wird entschieden über Planstellen, Rationalisierung usw.) zusätzliche Planstellen gefordert

Der Fachbereichsleiter einer zusätzlichen Dienstaufsichtsstelle, welche sich zwischen Gruppen- und Bezirksleiter schiebt, drohte damit, das Hauptamt werde nach solch einem Brief über Refa-Kontrollen Planstellen abziehen, und man solle doch Statistiken ausfüllen, um die Überarbeit zu beweisen. Darauf ist niemand hereingefallen, weil klar war, daß die Statistiken nur zur Bespitzelung und Kontrolle dienen. Die Statistikbögen wandern hier in die Papierkörbe oder bleiben unausgefüllt liegen. Die Beschäftigten haben mit Lohnabhängigen aus anderen Bezirksverwaltungsstellen eine Arbeitsgruppe gebildet, um gegen die Dienstaufsicht aufzutreten und ihre Gegenmaßnahmen zu koordinieren. Dies ist ein Schritt vorwärts und muß damit verbunden werden, die gewerkschaftliche Arbeit zu entfalten. (m.)

Hessisches Beamtengesetz:

Verschärfung der Meldepflicht für alle Nebentätigkeiten

Frankfurt. Am 26.3. 1976 ist der § 80 des hessischen Beamtengesetzes (HBG) mit den Stimmen aller Parteien geändert worden. Danach ist nun jeder Beamte und Angestellte verpflichtet, *„Art und Zeitaufwand einer von ihm ausgeübten Nebentätigkeit anzuzeigen, unabhängig davon, ob sie der Genehmigung bedarf oder nicht."* Das HGB gilt in diesem Punkt auch für Angestellte, da § 11 BAT bestimmt, daß *„für die Nebentätigkeit des Angestellten die für die Beamten des Arbeitgebers jeweils geltenden Bestimmungen sinngemäß Anwendung finden."*

Diese Meldepflicht der Bediensteten auch von nicht genehmigungspflichtigen, unentgeltlichen Nebentätigkeiten bedeutet, daß praktisch jede Tätigkeit außerhalb der Arbeitszeit zur Nebentätigkeit erklärt werden kann, die damit der Meldepflicht unterliegt.

Als Nebentätigkeit werden ausdrücklich angeführt: *„Die ehrenamtliche Tätigkeit in Vertretungskörperschaften"* sowie *„die Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften und Berufsverbänden."*

Der ÖTV-Landesbezirk hat gegen die Anordnung protestiert, daß gewerkschaftliche Tätigkeiten gemeldet werden müssen. (Frankfurter Rundschau, 18.6.76)

Ziemlich sicher kann man auch davon ausgehen, daß die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation unter den Begriff der Nebentätigkeit fallen wird.

Dieses Gesetz ebenso wie der Bespitzelungserlaß vom 30.6.76 (vgl. KVZ 33/76, S.7) ist Teil der praktischen Anwendung des KPD-Verbotes.

Die Verschärfung der Meldepflicht soll vor allem diejenigen treffen, die das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen, die zu diesem Zweck in Vertretungsgremien, Gewerkschaften und revolutionären Organisationen arbeiten. Sie sollen jetzt gezwungen werden, über diese Tätigkeiten Angaben zu machen. Diese Angaben werden Anhaltspunkte zu weiteren Nachforschungen geben. Unvollständige Angaben können disziplinarisch bestraft werden. – (Betriebszelle Universität, Kernbereich)

Freiburg / Fernmeldeamt muß Kommunistin wieder einstellen. Am Freitag der letzten Woche wurde vom Amtsgericht Freiburg das Urteil gesprochen: Die fristlose Kündigung der kommunistischen Fernmeldehandwerkerin Ulrike Küstler ist unwirksam. Das Fernmeldeamt Freiburg muß sie weiterbeschäftigen. Damit wurde in Freiburg ein Erfolg erzielt im Kampf gegen die Anwendung des KPD-Verbots im öffentlichen Dienst. Ulrike Küstler hatte gegen ihren Ausschluß aus der Deutschen Postgewerkschaft eine Erklärung an ihre Kollegen verteilt, in der u.a. festgestellt wird: „Wir sehen keinen Grund, daß ausgerechnet die Arbeiter und Werktätigen die Profitwirtschaft verteidigen sollen." Das Fernmeldeamt sah in der Erklärung eine parteipolitische Betätigung und in der Verteilung eine Störung des Arbeitsfriedens. Zum Schluß hat die Oberpostdirektion noch als Grund nachgeschoben, die unmittelbaren Sicherheitsinteressen des Staates müssen geschützt werden, weil U. Küstler bei ihrer Arbeit „Einblick in die Schaltwege von Leitungen zu bestimmten Personen oder Objekten, insbesondere „auch der Landesverteidigung", erhalte. Es sei nicht zumutbar, „sie als aktives Mitglied einer verfassungsfeindlichen Vereinigung, die auf Zerschlagung unserer gegenwärtigen Staatsform abzielt, weiterhin mit diesen Aufgaben zu betrauen". Damit ließ die Oberpostdirektion das Gesäusel vom Allgemeinwohl fallen und sagte offen, eine Kommunistin im Staatsapparat stört die Aufrüstung gegen das Volk und die Kriegsvorbereitungen. Im öffentlichen Dienst soll Friedhofsruhe herrschen. Bei der Verhandlung vor einer Woche aber wurde im überfüllten Gerichtssaal in lauten Parolen gefordert: „Weg mit dem KPD-Verbot und dem besonderen Dienstrecht! Sofortige Wiedereinstellung von Ulrike Küstler! Für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst!"

Hamburg. Tarifrunde Buchhandel und Verlage: Am 17. August lehnte die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen das Angebot der Kapitalisten von knapp 6 Prozent mehr ab. Stattdessen beschloß sie an der Forderung nach 135 DM mehr für alle festzuhalten und die Kapitalisten durch Aktionen zu zwingen, die Verhandlungen mit einem entsprechenden Angebot fortzusetzen. Der Norddeutsche Verleger- und Buchhändler-Verband erklärte tags darauf, daß er „die diesjährige Tarifrunde als beendet" betrachtet, und drohte, mit der DAG zu einem separaten Tarifabschluß zu kommen. Am Samstag, dem 21. August, verteilten Gewerkschaftsmitglieder vor und in den Hamburger Buchhandlungen ein Flugblatt der

Hamburg. Tarifrunde Buchhandel und Verlage: Am 17. August lehnte die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen das Angebot der Kapitalisten von knapp 6 Prozent mehr ab. Stattdessen beschloß sie an der Forderung nach 135 DM mehr für alle festzuhalten und die Kapitalisten durch Aktionen zu zwingen, die Verhandlungen mit einem entsprechenden Angebot fortzusetzen. Der Norddeutsche Verleger- und Buchhändler-Verband erklärte tags darauf, daß er „die diesjährige Tarifrunde als beendet" betrachtet, und drohte, mit der DAG zu einem separaten Tarifabschluß zu kommen. Am Samstag, dem 21. August, verteilten Gewerkschaftsmitglieder vor und in den Hamburger Buchhandlungen ein Flugblatt der

Fachgruppe mit der Überschrift: „Wir bleiben dabei: 135 DM für alle!". Dies Flugblatt endet: „Für uns ist die Tarifrunde jetzt in ein neues Stadium getreten. Wir werden mit geeigneten Maßnahmen den Unternehmern zeigen, daß wir nicht länger bereit sind, uns von ihnen jedes Lohndiktat aufzwingen zu lassen."

Hamburg / Unterschriften für KBW-Kandidatur. Unter den 29 Angestellten der Buchhandlung Frensche wurden für die Kandidatur des KBW zur Bundestagswahl 10 Unterschriften gesammelt.

Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands beginnt am 29. August in Hamburg. In den Anträgen wird u.a. das Streikrecht auch für Beamte gefordert. Es wird verlangt, „die verfassungsrechtlich gewährleistete Koalitionsfreiheit für alle im öffentlichen Dienst tätigen Mitarbeiter uneingeschränkt sicherzustellen!". Von den 417817 Beschäftigten bei der Bundesbahn im Jahre 1975 waren 224879 Beamte, 9108 Angestellte und 183830 Arbeiter. (Bundestagsdrucksache 7/5618)

Heidelberg: Betriebsleitung stellt Antrag auf Ausschluß aus dem Personalrat. Gegen den Personalratsvorsitzenden des Deutschen Krebsforschungszentrums hatte die Betriebsleitung schon im Februar einen Antrag auf Ausschluß aus dem Personalrat gestellt. Die Begründung wurde jetzt nach über fünf Monaten nachgereicht. Als Grund für den Ausschlußantrag wird u.a. angeführt:

Im August 1975 forderte der Personalrat in einem Aushang am Personalrats-Brett die Belegschaft auf, eine Angestellte bei der Erkämpfung ihrer Höhergruppierung vor dem Arbeitsgericht durch ihr Erscheinen aktiv zu unterstützen, außerdem sollte der Personalrat geschlossen zum Arbeitsgerichtsprozeß gehen. Vorgeworfen wird nun: „Zudem stellt sich der Personalrat einseitig hinter die Forderung einer Beschäftigten, wobei die Rechtmäßigkeit dieser Forderung (der Beschäftigten) noch gar nicht feststand."

In mehreren Ortsbeilagen der KVZ konnte man lesen, unter welch miserablen Bedingungen die Kollegen im Tierstall des DKFZ arbeiten müssen (z.B. bei über 90 Prozent Luftfeuchtigkeit und bei Temperaturen über 45 Grad). Um den Protest gegen diese Arbeitsbedingungen zu organisieren und Maßnahmen dagegen einzuleiten, führte der Personalrat trotz eines Verbots der Dienststellenleitung und des Tierstall-Leiters Dr. Graw eine Versammlung durch.

Der Personalrat und die ÖTV-Gewerkschaftsgruppe haben gegen die Unterdrückungsmaßnahme scharf protestiert.

Emmendingen (Südbaden):

Widerstand gegen Entlassung kommunistischer Berufsschulsprecher wird organisiert

Emmendingen. Die Gesamtlehrerkonferenz der Gewerbeschule Emmendingen hat den Schulsprecher Kneer und den Klassensprecher Ludwig aus der Schule ausgeschlossen. Ebenso den Schulsprecher Franki für vier Wochen. Vor den Ferien wurde gegen Kneer und Ludwig Hausverbot verhängt, weil sie auf dem Schulgelände eine Kundgebung organisiert hatten gegen die Versetzung der Vertrauenslehrerin Blumentritt und dabei über hundert Schüler vom Direktor Horn eine Stellungnahme verlangten.

Nach den Ferien wurde von Horn auch Hausverbot gegen den Schulsprecher Franki verhängt, weil „seine KBW-Gruppe" Gewalt angedroht habe gegen die geplanten Schulverweise für Kneer und Ludwig. Das Hausverbot für Kneer und Ludwig wurde verlängert, weil sie ebenfalls Mitglieder des KBW seien.

Sofort nach Schulbeginn wurde der Widerstand organisiert. Direktor Horn hat sich gleich aus dem Staube gemacht und sich wegen der Sache krank gemeldet. Während Horn mit nackter Unterdrückung die SMV zerschlagen will, versuchte der stellvertretende Direktor dasselbe mit Zersetzung des Widerstands. Er verbreitete mit einigen Lehrerkollegen das Gerücht, die Lehrerkonferenz wäre gegen den Schulverweis, wenn jetzt Ruhe gewahrt bliebe.

Gleichzeitig bereitete er den Schulausschluß vor, indem er die Listen der Klassensprecher nicht herausgab und somit keine SMV-Sitzung stattfinden konnte.

Als die von Disziplinarmaßnahmen bedrohten Schüler am Donnerstag in ihre Klassen gingen und die Herausgabe der Listen verlangten, holte er die Polizei. Trotz Versprechungen gab er die Listen nicht heraus, hielt das Hausverbot aufrecht und verhinderte das Zusammentreten der SMV. Für Freitag wurde die Lehrerkonferenz einberufen, um die Schulsprecher auszuschließen. Von den Schulsprechern wurde der Kniefall erwartet. Er fand nicht statt.

Die Ortsgruppe des KBW führte gleich am Abend eine Veranstaltung durch. 34 Teilnehmer protestierten mit ihrer Unterschrift unter einer Resolution gegen den Schulverweis und forderten die sofortige Zurücknahme. Die Versammlung beschloß, am Samstag, beim Weinfest, Informationsstände aufzustellen, Unterschriften unter die Resolution zu sammeln und für Montag eine Versammlung einzuberufen, um dort die weiteren Kampfschritte zu beraten und am nächsten Samstag eine Demonstration durchzuführen.

Große Menschentrauben bildeten sich um die Stände. Bis kurz vor Mitternacht wurden 250 Unterschriften gesammelt. Die Resolution gegen den Schulverweis wurde mit den Unterschriften als Plakat in der ganzen Stadt und der ganzen Umgebung aufgehängt.

Am Montag erschienen 65 zur Versammlung. Zahlreiche Jugendzentren, Klassensprecher und Lehrer anderer Schulen sind erschienen. Die Durchführung einer Demonstration wurde beschlossen und ein Aktionsausschuß gebildet.

Die Reaktionäre wollten mit ihren Maßnahmen uns beim Aufbau der Kommunistischen Partei einen empfindlichen Dämpfer versetzen. So der stellvertretende Direktor am Dienstag in der „Badischen Zeitung": „Wenn die drei Schüler sagen, daß sie die Revolution wollen und nicht die bestehende Rechtsordnung, dann ist das schon ein starkes Stück." – Jetzt erreichen die Reaktionäre das Gegenteil. – (r., Emmendingen)

Aktion gegen Lehrlingsentlassung erfolgreich

Westberlin. 40 Lehrlinge des Grundlehrgangs bei den Berliner Elektrizitätswerken legten am 19.8. für einige Stunden die Arbeit nieder und versammelten sich im Büro der Jugendvertretung. Anlaß der Aktion war die drohende Entlassung von sieben Lehrlingen nach der ersten Ausbildungsstufe durch die Geschäftsleitung. Der Betriebsrat, der schon seine Bereitschaft hatte erkennen lassen, den Kündigungen zuzustimmen, wurde drei Stunden lang unter Druck gesetzt, bis er sich bereit erklärte, seine Zustimmung zu sechs der geplanten Entlassungen zu verweigern.

Kündigungen zurückgeschlagen

Karlsruhe. Die Kündigung von 3 Krankenpflegeschülern im Juni, zwei Tage vor Ablauf der Probezeit, ist am 13. August vom Arbeitsgericht Karlsruhe für unwirksam erklärt worden. Das Gericht erklärte die Kündigungen wegen eines Formfehlers für ungültig: Die Klinikleitung hatte es nicht einmal für nötig gehalten, vorher den Personalrat zu fragen. – Im Auge hatte das Gericht wohl eher die breiten Proteste, die die Kündigungen ausgelöst hatten. Eine Unterschriftensammlung im Krankenhaus, ein Solidaritätsfest mit 120 Besuchern, Protestschreiben von anderen Belegschaften und nicht zuletzt die zahlreich erschienenen Lohnabhängigen im Gerichtssaal, die das Gericht dazu zwangen, in einen größeren Raum umzuziehen. Der Oberrechtsrat Bühler mußte vor Gericht zugeben, der eigentliche Grund für die Kündigungen sei das Erscheinen gewisser Publikationen gewesen, womit er zweifelsohne die Betriebszeitung des KBW, die „Spritze", und die Kommunistische Volkszeitung gemeint hat.

Arbeitslose Jugendliche

„Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren nahm im Berichtszeitraum um 9 700 oder 12,6 Prozent auf 86 800 zu", berichtet die Bundesanstalt für Arbeit in ihren Presseinformationen über den Monat Juli. „Der Anstieg ist hauptsächlich eine Folge des Zugangs von Entlassungen aus allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen." Von den insgesamt 944 600 registrierten Arbeitslosen bekamen im Juli nur 61,9 Prozent Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Im Juni waren das noch 65,9 Prozent. „Der Rückgang des Anteils der Leistungsempfänger ist im wesentlichen auf den Zugang an Schulentlassenen zurückzuführen." Diese haben weder ein Recht auf Arbeit noch auf Arbeitslosengeld.

des Anteils der Leistungsempfänger ist im wesentlichen auf den Zugang an Schulentlassenen zurückzuführen." Diese haben weder ein Recht auf Arbeit noch auf Arbeitslosengeld.

Unterschrift erpreßt

2000 neue Lehrstellen bei der Post muß Minister Gscheidle nach einer Unterschriftenaktion der Postgewerkschaft jetzt zur Verfügung stellen. Gleichzeitig verlangt der Minister den 2000 die Unterschrift ab, daß sie anerkennen, nach der Ausbildung kein Anrecht auf einen Arbeitsplatz zu haben. 2000 neue Lehrlinge werden so zum Druckmittel, um die Konkurrenz unter den Lehrlingen bei der Post zu erhöhen. Die Ortsjugendversammlung der Deutschen Postgewerkschaft in Bremen hatte 1975 in einem Beschluß gefordert, daß alle jugendlichen Arbeitslosen das Recht haben müssen, in der Berufsschule an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl teilzunehmen und so viel Unterricht – auch praktischen Unterricht – zu erhalten, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.

Jugendpolizist ausgesperrt

Emsdetten. Gegen den eigenhändig zugreifenden Kreisjugendpfleger erzwang sich am 14.8. eine größere Anzahl von Jugendlichen Zugang zum „Haus der offenen Tür", einer geschlossenen Veranstaltung der Stadtverwaltung im Jugendzentrum Emsdetten. In einer Abstimmung wurde beschlossen, daß der sich Kreisjugendpfleger nennende Spitzel den Diskothek-Raum nicht betreten dürfe. Die Veranstaltung wurde selbständig weitergeführt. Als der zu Hilfe gerufene Stadtjugendamtmann Jeckel später hinzukam, konnte er hören: „Schmeiß den Jeckel raus, dies ist unser Haus!" – (Ortsbeilage Münster)

Notensystem zur Erpressung benutzt

Aachen. Eine Untersekunda (10. Klasse) des Couvengymnasiums wurde mit 36 Schülern von der Schulleitung als zu groß angesehen für die folgenden drei Jahre der Oberstufe. Durch einen entsprechenden Unterricht, mit dem verhindert werden sollte, daß „Nieten die Oberstufe erreichen" (so ein Lehrer), drohte am Ende des Schuljahres fast einem Drittel der Klasse die Nichtversetzung. Durch Erpressung sollten die Schüler ganz zum Verlassen der Schule bewegt werden. Es wurde versprochen, „mangelhafte Leistungen" von Schülern, die abgehen wollten, noch einmal „zu überdenken". Das ging so weit, daß eine Vier in Mathematik gegen Vorlage des abgestempelten Abmeldeformulars gegeben wurde. Sieben Schüler verließen die Schule, fünf wiederholen die Klasse, zwei müssen versuchen, die Oberstufe durch Nachprüfungen zu erreichen. Die Klasse war auf 22 Schüler verkleinert worden. – (Aus: Ortsbeilage Aachen)

Einführung in die Lohnarbeit: Ausbildungsbeginn für Lehrlinge

Kampf gegen Formalnote

Westberlin. An der Gutenberg-Berufsschule (Druckindustrie und Postjungboten) ist es üblich, daß die Lehrer Formzensuren geben. Besonders der reaktionäre Lehrer Hornig tut sich im Gemeinschaftskundeunterricht hervor, Schrift, Fleiß und Sauberkeit von Diktaten und Abschriften von der Tafel mit Noten zu bewerten. Zusätzlich wollte er die Schüler nun noch bei einer Arbeit spalten, indem jeder einen Extrapunkt kriegen sollte, der seine Arbeit früher abgibt. Die Schüler wollten diese Spaltung verhindern und begannen die Debatte. Hornig gelang es, sie zu unterdrücken, und die Arbeit wurde geschrieben. Beim nächsten Mal aber fiel er auf den Bauch.

Wir sollten das, was Schulbuch und Lehrer über das Betriebsverfassungsgesetz meinen, in Schönschrift abfassen. Das hat gelangt. Der Klassensprecher hat angegriffen: „Die Zensur ist nur ein Mittel zur Unterdrückung. Uns

gesetz meinen, in Schönschrift abfassen. Das hat gelangt. Der Klassensprecher hat angegriffen: „Die Zensur ist nur ein Mittel zur Unterdrückung. Uns

nutzt es nichts, wenn Schönschrift und sinnloser Fleiß erpreßt werden. Die Formzensur muß abgeschafft werden."

Daraufhin behauptete Hornig, daß er uns nur zum Schreiben schöner Briefe verhelfen will. „Sie helfen uns nicht, wenn sie Nummern verteilen nach ‚gut' und ‚schlecht'", kam die Antwort. Eine Schülerin sagte: „Wenn ich eine Sechs kriege, dann hilft mir das gar nichts, ich würd am liebsten anfangen, zu heulen." Hornig: „Wenn Sie darüber traurig sind, dann ist das Ihre Sache. Ich gebe die Zensuren, damit Sie wissen, wo Sie schlecht sind. Wenn Sie in neun Jahren nicht gelernt haben, anständig zu schreiben, dann kann ich daran auch nichts ändern. In der Abendschule gibt es Kurse dafür."

Damit hatte er sich entlarvt. Er hatte bestätigt, daß er gar nicht Wissen vermittelt, sondern nur Zensuren verteilt. Die ganze Klasse hat daraufhin voller Aufmerksamkeit mit schlagenden Argumenten das Zensurensystem kritisiert und die Formnoten am Ende zur Abstimmung gebracht. Ergebnis: einstimmig gegen die Formzensur! Die Formnote ist jetzt in der D 76 und B 76 in Gemeinschaftskunde abgeschafft. Wir haben einen Sieg errungen, den wir nutzen werden im weiteren Kampf gegen das Notensystem. – (b., KJB Westberlin)

Krankenpflegeschülern mit Aussieben gedroht

Bremen. Ich will berichten, was einem widerfährt, wenn man als Krankenpflegeschüler in Bremen am 1. Tag in seinen Beruf „eingewiesen" wird.

Wir sollten alle um 10 Uhr pünktlich in der Krankenpflegeschule sein, zu erwarten war so ein richtiger zeremonieller Akt. Die ganzen zukünftigen Kollegen und Kolleginnen, ca. 30 Mann, treffen ein am Gebäude, sehr erwartungsvolle Stimmung lag in der Luft. Wir wurden alle hereingebeten.

Und da standen sie, die ganzen Koryphäen, mit sehr ernsten Gesichtern. Man stellte sie uns vor, die Chefärzte, die Unterrichtsärzte, die Unterrichtsschwestern, wie gesagt, alles sehr zeremoniell. „Nun", so begann der leitende Schularzt seine Rede, „wollen Sie einen neuen Lebensabschnitt betreten, Sie wollen einen der ältesten Berufe, den die Menschheitsgeschichte kennt, erlernen. Sie werden in den nächsten drei Jahren Ihrer Lebenszeit beweisen können, ob Sie sich in diesem Beruf einarbeiten können oder nicht. Wir wollen gleich mit offenen Karten spielen, unsere alte Erfahrung als Unterrichtspersonal sagt, daß nur die Hälfte der hier anwesenden Auszubildenden den Weg bis zum Staatsexamen schaffen wird. Nicht, daß ich Ihnen Angst machen will, nein, das nicht, nur möchte ich Ihnen mitteilen, daß diese Ausbildung für Sie keine Zeit des Faulenzens sein wird. Es wird viel von Ihnen verlangt, und Sie werden sich gerade in der Probezeit, die vor kurzem von einem viertel auf ein halbes Jahr verlängert worden ist, zu bemühen haben, Ihrer Aufgabe als Samariter am Bett eines kranken Menschen würdig zu erweisen."

Er ging in seiner Rede noch auf die vielen lehrstellensuchenden Jugendlichen draußen ein, die froh wären, wenn sie an unserer Stelle wären, und ermahnte uns noch, uns ja zu qualifizieren, denn man würde nur noch „die besten" der Ausgebildeten in ein späteres Arbeitsverhältnis übernehmen. Nach diesem Paukenschlag mußten wir erst mal alle schlucken. Unter den Schülern waren viele Umschüler vom Arbeitsamt, unter anderem ein Montagearbeiter, der schon 15 Jahre auf dem Bau gearbeitet hat. Dieser trat nachher, nachdem der ganze Festakt vorbei war, mit zornrotem Gesicht auf mich zu: „Dieser alte Spinner, den sollten sie mal auf den Bau schicken oder ein halbes Jahr stempeln gehen lassen, so wie mich, dann würde der nicht mehr solche hochtrabenden Reden halten; na, komm, denen werden wir schon einheizen." – (j., Bremen)

CDU-Wahlplakat in Frankfurt

In der Kraftfahrzeugwerkstatt: Für die Ausbildung keine Zeit

Osnabrück. Ich bin in der Lehre seit dem 1.8. Ich lerne KFZ-Mechaniker in einem Kleinbetrieb; bei uns arbeiten etwas über 20 Leute, davon mehr als die Hälfte Lehrlinge: KFZ-Mechaniker und Karosseriebauer. Jetzt im ersten Lehrjahr sind wieder drei Neue.

Ein Ausbildungsplan über das, was ich in den kommenden drei Jahren lernen soll, ist uns zwar zugesagt worden, aber bis jetzt haben wir ihn nicht gesehen.

Zuerst haben wir dumm in der Gegend rumgestanden. Dann hat uns der Meister auf die Gesellen aufgeteilt. Die Gesellen verstehen ihr Handwerk und könnten uns auch was beibringen, aber sie arbeiten nach bestimmten Normen, müssen daher viel leisten. So sind wir für die Hilfsarbeiten da: Sachen ranholen, Motorteile waschen, Schrauben losdrehen und andere Wartungsarbeiten. Wenn nicht soviel los ist, beantworten einem die Gesellen auch schon mal Fragen. Ich habe gehört, daß es in unserem Betrieb einmal in der Woche theoretischen Unterricht geben soll, bislang war aber damit noch nichts, weil zuviel zu tun ist, sagt man.

Geld kriege ich für die Arbeit 230 DM brutto im Monat.

Auf der Berufsschule hat man gleich Druck auf uns ausgeübt, von wegen wenn wir nicht kommen würden, der Lehrer hätte gute Beziehungen zu den Betrieben. Das soll uns wohl einschüchtern.

In der Berufsschule habe ich erfahren, daß es in anderen, vor allem den größeren Betrieben der KFZ-Branche noch schlechter aussieht und man nur Hilfsarbeiten macht.

Ziel der Kapitalisten ist es, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Ich bin seit einigen Monaten im KJB organisiert, um für den Sozialismus zu kämpfen, wo die Arbeit und auch die Ausbildung zur Entfaltung der Fähigkeiten der arbeitenden Menschen dient und nicht mehr dem Profit einiger Kapitalisten. – (r., KJB Osnabrück)

Erste Widerstandsaktion in der Lehrwerkstatt

Westberlin. Bei den Berliner Elektrizitätswerken AG (BEWAG) werden schon vor Ausbildungsbeginn alle Eltern und Auszubildenden zu einer Vorbesprechung mit der Ausbildungsleitung eingeladen. Dort wird ihnen dann die Stufenausbildung als das Ideale untergeschoben. Freundlichst erklärt man ihnen, wie man mit genügender Leistung und gutem Benehmen die zweite Stufe erreichen kann. Die Eltern sollen darauf achten, daß der Sohn ein fleißiger und gehorsamer Arbeiter wird.

Am ersten Ausbildungstag erfährt man von der Jugendvertretung gleich etwas ganz anderes, z.B. daß nur 50 Prozent in die zweite Stufe kommen.

Nach der Verteilung der Arbeitsplätze erklärt uns ein Meister die Hausordnung und fordert auf, sie genau zu beachten:

Aufstehen, wenn die Meister um 7.00 Uhr aus ihrem Büro treten und ihre morgendliche Ansprache halten.
In der Lehrwerkstatt nicht rauchen und kein Bier während der Arbeit.
Sich beim Umkleiden ruhig verhalten, weil sonst der Ausbildungsleiter gestört wird.
Sich beim Duschen beeilen.
Beim Arbeiten stehen und nicht sitzen.

Nach dieser Einführung ging's mit Feilen an die Arbeit. Gleich in den ersten Tagen kommen die Anschisse. Ein Meister greift sich einen und erklärt ihn lautstark vor den anderen für blöde. Er will die Lehrlinge gegeneinander aufbringen. Diesen Zweck verfolgen auch die Zeitzettel für jede anzufertigende Arbeit. Jeder soll mit jedem um die Wette ackern. Ein Brett wird aufgehängt, auf dem die Zensuren jedes einzelnen in Strichen dargestellt werden. Eine Eins bringt 12 mm, eine Sechs nur 4 mm. Die anzufertigenden Werkstücke lassen oft an der Notwendigkeit zweifeln. Die Werkzeuge werden peinlichst auf Sauberkeit geprüft. Bei Beanstandungen dürfen sie noch mal gereinigt werden.

Stumpfsinnige Arbeiten, Anschisse, jeder gegen jeden, damit wollen sie die Lehrlinge klein kriegen.

Die Lehrlinge nehmen das aber nicht hin. In der letzten Woche haben wir erzwungen, daß das Zensurenbrett wegkommt. (Vgl. Meldung auf dieser Seite) – (KJB-Zelle BEWAG)

Aufgerissene Wunden

Seit Wochen ereifert sich Katharina Focke – Gesundheitsministerin im SPD-Kabinett und hervorgetreten durch dreiste Vorwürfe über falsche Eßgewohnheiten der „Unterschichten", die zu wenig magere Steaks und zu reichlich fette Billigwurst konsumierten –, CDU/CSU würden in Süddeutschland das großartige Reformwerk des § 218 torpedieren. Unter Deckung der baden-württembergischen Landesregierung hätten Kreistage in Oberschwaben Beschlüsse gefaßt, wonach in ihren Krankenhäusern keine Abtreibung aus „sozialen Gründen" zugelassen werde. Der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Eppler hat gleich mitgezogen und sich gegen „fragwürdige Beschlüsse" der Kreistage in die Brust geworfen.

Grundstücksspekulant und CDU-Ministerpräsident Filbinger hat trokken geantwortet: „Es sei eine bare Selbstverständlichkeit, daß sich die Landesregierung ungeachtet ihrer abweichenden Meinung zu dem Gesetzesvorhaben im Bundesrat absolut gesetzestreu verhalte und das Gesetz korrekt vollziehen werde." Hinzugefügt hat er eine aufschlußreiche Auskunft über das von der SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag beschlossene Gesetz: „Man würde aber die Rechtslage auf den Kopf stellen, wenn man aus dem Recht zur Schwangerschaftsunterbrechung eine Pflicht machen wolle." (Frankfurter Rundschau, 19.8.76)

Beides, Recht wie Pflicht zur Schwangerschaftsunterbrechung, bezieht er mit völliger Selbstverständlichkeit nicht auf die Frauen und Männer, die in die Lage kommen, eine Abtreibung durchführen zu müssen, sondern auf den Staat. Der hat das Recht, eine Schwangerschaft zu unterbrechen, sonst niemand. Er hat keineswegs die Pflicht, auf Verlangen einer Frau z.B. einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, sondern handelt nach Willkür.

Dieser staatlichen Willkür den Weg freigemacht zu haben, das eben ist Inhalt des „reformiertern" § 218. Gegen die Frauen und Männer des Volkes richtet der § 218 die Drohung: „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." (§ 218, 1) Und: „Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe."

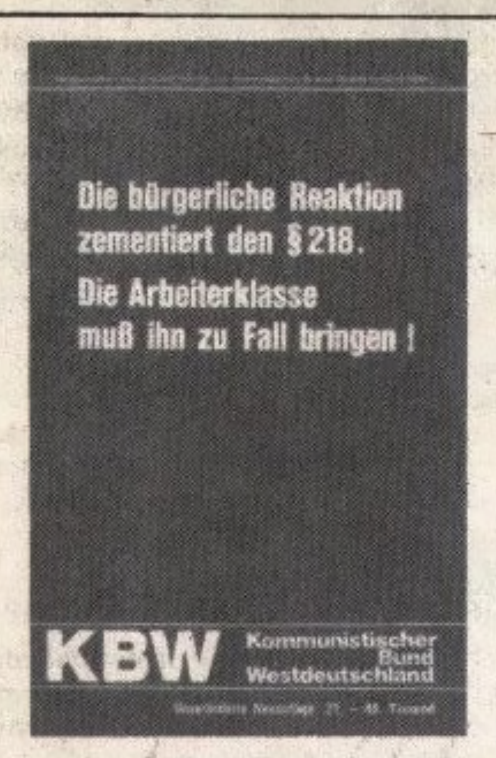
Eine Ausnahme für diese Strafdrohung gilt nur für staatlich beauftragte Ärzte, die den Abbruch einer Schwangerschaft zulassen können nach ihrem Gutdünken. Sie müssen ihrem Gutdünken nur die Form einer der festgelegten Indikationen geben, über deren Anwendung sie entscheiden. Der „reformierte" § 218 gibt den „anerkannten Beraterstellen", bzw. Ärzten, die „von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts als Berater anerkannt" sind, erweiterte Rechte gegen das Volk.

Auf diesen Kern des neuen Gesetzes hat Filbinger hingewiesen und beruft sich auf ihn. Die Aufregung der SPD rührt daher, daß damit ihr Betrug mit dem „reformierten" § 218 unhaltbar wird.

Soweit die Bourgeois-Presse Bedenken äußert gegen die Beschlüsse in Kreistagen mit CDU-Mehrheiten, geht es ihr darum, daß sie den von der SPD inszenierten Betrug im Interesse der gesamten Bourgeoisklasse für erforderlich hält und vor seiner Aufdeckung durch reaktionären Übereifer warnt. Der Kommentator der „Süddeutschen Zeitung" gibt zu bedenken, es ginge „um die gesamte kriminal- und sozialpolitische Konzeption", mit der „man dem Problem des Schwangerschaftsabbruchs näherkommen" wolle. „Aufs Ganze kann man nur hoffen, daß an den umstrittenen Kreistagsbeschlüssen nicht wieder all jene Wunden aufgerissen werden, die der Streit um die Reform des Paragraphen 218 geschlagen hatte." (Süddeutsche Zeitung, 21.8.76)

sonst niemand. Er hat keineswegs die Pflicht, auf Verlangen einer Frau z.B. einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, sondern handelt nach Willkür.

Dieser staatlichen Willkür den Weg freigemacht zu haben, das eben ist Inhalt des „reformiertern" § 218. Gegen die Frauen und Männer des Volkes richtet der § 218 die Drohung: „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." (§ 218, 1) Und: „Begeht die Schwangere die



Preis: –,50 DM
Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Ein Haus am Sammelplatz zur Demonstration der Jungen Union am 13. August in Westberlin

Interner „Kontakter-Leitfaden" der CDU zur Mitgliederwerbung

„Stellen Sie sich neben den Stuhl, der ihnen die Möglichkeit bietet, mit dem Rücken zum Licht zu sitzen."

Dieser Ratschlag entstammt nicht dem Ausbildungsplan von Kriminalbeamten für Verhörtechniken gegenüber ihren Opfern, die sie ins Licht blinzeln lassen sollen. Er entstammt dem „Kontakterleitfaden" für CDU-Mitgliederwerbung, herausgegeben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter Regie des ehemaligen Henkel-Verkaufsleiters Biedenkopf.

Partei der Eigentümer

Die „CDU-Kontakter", die anhand dieses Leitfadens für Hausbesuche bei Sympathisanten und Freunden der CDU vorbereitet werden, bekommen als „Grundkonzeption" mit auf den Weg,

„daß wir dem Sozialismus die Chancengleichheit aller Bürger und das Volk von Eigentümern entgegenstellen müssen."

Und an Eigentümer sollen sie sich bei der Mitgliederwerbung auch vornehmlich wenden. Der Leitfaden empfiehlt den „CDU-Kontaktern" u.a. folgendes Argument bei der Mitgliederwerbung:

„Durch eine Mitgliedschaft in der CDU unterstützen und stärken Sie Ihre eigenen Interessen (als Geschäftsmann, Hausbesitzer, Freiberufler etc. – Nur Bezugnahme auf Gesprächspartner)."

Und unter den „wichtigsten Fragen des Lebens" wird als erste genannt: „Steuerfragen", sodann „Straßenverkehr". Es handelt sich um ein Programm zur Einwicklung der besitzenden Kleinbourgeoisie. Lohnabhängige kommen bei dieser CDU-Mitgliederwerbung nur als Beamte am Rande vor und soweit sie nebenher über ein Haus z.B. als Besitzende angesprochen werden.

Der „Kontakterleitfaden" gibt also Auskunft über die Verkehrsformen innerhalb des „Volks von Eigentümern", die für die ganze Gesellschaft unter der Herrschaft der Bourgeoisie als verbindlich gelten und nach Bekundung der CDU, „den menschlichen, kontaktfreudigen Geist in der CDU (symbolisieren)".

Dem „Kontakter" wird geraten:

„Es muß einer der ersten Schritte des Kontakters sein, dem Bürger ein Ventil zu öffnen, wo er seine Nervosität und seine Aggressionen ableiten kann, durch das seine unterdrückten Gefühle und seine Klagen entströmen können. Lassen Sie ihn sich aussprechen, lassen Sie ihn sich in eine bessere Laune und in eine freundliche Stimmung hineinreden. Dann erst ist der Augenblick gekommen, den konkreten Auftrag des Kontakters einzuleiten."

Der künftige „CDU-Kontakter" bekommt den vermutlichen Verlauf eines solchen Kontaktgesprächs dargestellt:

„Nun wird Ihr Gegenüber versuchen, seine eigenen Probleme und Sorgen loszuwerden, vor allem wird er versuchen, eine politische Diskussion anzufangen. Hören Sie dabei geduldig zu, er soll ruhig seinen ‚*Dampf ablassen*'. Widersprechen Sie ihm auf keinen Fall, sondern leiten Sie das Gespräch mit der *Ja-aber-Methode* immer wieder auf Ihr Anliegen zurück. Zum Beispiel:

Herr Meier: ‚Wissen Sie, die Lösungsvorschläge Ihrer Partei zur Frage X passen mir gar nicht!'

Kontakter: ‚Ja, Sie haben recht, aber überlegen Sie diese Frage doch aus einer anderen Sicht. (. . .) Mit Hilfe der Informationen, die Sie als Mitglied erhalten, werden Sie politische Zusammenhänge klarer erkennen und beurteilen können.'"

„Vermeiden Sie politische Diskussionen!"

Die Kleinbourgeoisie wird vom großen Kapital Zug um Zug vernichtet. Aus einem Volk in dem kleine Eigentümer und Bauern noch vor 100 Jahren fast 50 Prozent stellten, ist in den letzten 100 Jahren ein Volk von Lohnabhängigen geworden. Und mit Bauernlegen, Handwerkerbankrotten, Pleiten der kleinen Händler geht die Entwicklung weiter voran. Die CDU-Strategen wissen das natürlich. Sie kennen die

„Vermeiden Sie politische Diskussionen!"

Die Kleinbourgeoisie wird vom großen Kapital Zug um Zug vernichtet. Aus einem Volk in dem kleine Eigentümer und Bauern noch vor 100 Jahren fast 50 Prozent stellten, ist in den letzten 100 Jahren ein Volk von Lohnabhängigen geworden. Und mit Bauernlegen, Handwerkerbankrotten, Pleiten der kleinen Händler geht die Entwicklung weiter voran. Die CDU-Strategen wissen das natürlich. Sie kennen die

Anzahl der jährlichen Bankrotte und wissen, daß vielen Bauern, Handwerkern und Kleinhändlern das Wasser bis zum Hals steht. Den Zorn, die hilflose Wut und die Klagen der Kleinbürger betrachtet diese Partei des Großkapitals als „Dampf", den man ablassen muß, damit er verpufft. Und wenn dann der besorgte und schimpfende Kleinbürger den Eindruck hat, bei der Partei der Eigentümer Verständnis gefunden zu haben für seine Sorgen, wird er blitzschnell rekrutiert für eine der Parteien, die in Westdeutschland die politischen Geschäfte der Großbourgeoisie besorgen.

„Eine erfolgreiche Arbeit erfordert folgende Technik: Läßt der Bürger ein Verlangen nach der Mitgliedschaft durchblikken, so nimmt man es am besten für eine ausgemachte Sache. In diesem Augenblick soll das alte Gespräch gestoppt und blitzartig auf die Einzelheiten des Beitritts gelenkt werden, damit er sich endgültig entschließt. Am besten beginnen Sie, die Beitrittserklärung selbst für ihn auszufüllen und sich nach seinen Personalien zu erkundigen."

Als Hauptmaxime des erfolgreichen „Kontakters" bekommen die Werber eingebläut: „Vermeiden Sie Kontroversen" und:

„Vermeiden Sie im Kontakter-Gespräch gezielte politische Diskussionen. Keine Gegensätze provozieren! Das Gesprächsthema ist nicht die Politik der Partei, vielmehr die Mitgliedschaft in einer Partei. (. . .) Lassen Sie politische Themen aufkommen, sind Sie im Gespräch meist der Unterlegene."

Dem „Kontakter" wird Mut gemacht. Er habe durch seine Schulung eine Art Fahrplan, weswegen es ihm leicht gelingen müsse, sein Gegenüber zu übertölpeln:

„Es ist damit zu rechnen, daß Ihr Gesprächspartner keinen Fahrplan hat. Also sind sie im Vorteil."

Empfohlen wird ihm, seinen Kunden durch Schmeichelei weichzukochen:

„Die Bedeutung der Persönlichkeit des Besuchten hervorheben."

CDU-Kundgebung in Osnabrück: Der Reaktion erfolgreich entgegengetreten

Osnabrück. Am Dienstag, dem 24. August, hat Kohl von der CDU in Osnabrück gesprochen. Ungefähr 10 000 waren zu der Kundgebung gekommen. Der KBW hatte vorher in einem Flugblatt, das vor Betrieben und Schulen verteilt wurde, die CDU als Partei der imperialistischen Reaktion angegriffen und aufgerufen, gegen Kohl zu demonstrieren, für den Sozialismus und für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Über 150 hatten sich um die Fahne des KBW versammelt und unterbrachen Kohl laufend mit Sprechchören, so daß er wütende Ausfälle machte gegen die Kommunisten. Nach der Kundgebung formierte sich auf Aufruf des KBW ein Demonstrationszug mit über 250 Teilnehmern. An einer anschließenden Kundgebung, auf der der Sekretär der Bezirksleitung des KBW sprach, nahmen über 400 teil. 30 Unterschriften wurden für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen gesammelt. Drei der Demonstrationsteilnehmer wollen in den Kommunistischen Jugendbund eintreten.

Im „Volk der Eigentümer" sind „Menschlichkeit", „Liebenswürdigkeit", „Kontaktfreudigkeit" Eigen-

machte gegen die Kommunisten. Nach der Kundgebung formierte sich auf Aufruf des KBW ein Demonstrationszug mit über 250 Teilnehmern. An einer anschließenden Kundgebung, auf der der Sekretär der Bezirksleitung des KBW sprach, nahmen über 400 teil. 30 Unterschriften wurden für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen gesammelt. Drei der Demonstrationsteilnehmer wollen in den Kommunistischen Jugendbund eintreten.

Im „Volk der Eigentümer" sind „Menschlichkeit", „Liebenswürdigkeit", „Kontaktfreudigkeit" Eigen-

schaften von Vertretern, für deren Verausgabung zum Zwecke der Werbung und des Betrugs einer bezahlt wird. So auch die „CDU-Kontakter":

„Es hat sich bewährt, den eingesetzten Kontaktern die ersten drei Monatsbeiträge der durch sie neugeworbenen Mitglieder zufließen zu lassen. (. . .) Der Kontakter ist so motiviert, bei seinen Hausbesuchen einen vernünftigen Monatsbeitrag im Interesse der Partei zu erreichen."

Und wem das als Kontakter nicht ausreichend erscheint, der wird darauf hingewiesen:

„Er (der Kontakter) wird in seiner Tätigkeit in allen Kreisen sehr positiv aufgenommen und erhält auch für den privaten oder beruflichen Bereich wichtige Verbindungen."

Mit Speck fängt man Mäuse, sagt sich der Wahlkampfstratege Biedenkopf. Und mit dem Versprechen auf karrierefördernde Verbindungen müssen sich Knechte finden lassen, die andere zu übertölpeln helfen. – (wm)

Manifestation gegen § 218 in der Beratungsstelle

Köln. Mitglieder des Komitees gegen den § 218 führten vor der Pro Familia Beratungsstelle eine durch Flugblätter angekündigte Kundgebung durch. Eine Ansprache gegen den Strafparagrafen im Wartezimmer der Beratungsstelle rief den wütenden Zorn der gutachtenden Ärztin hervor, die den Wartenden damit drohte, daß jeder, der sich mit Komiteemitgliedern unterhielte, von ihr nichts mehr zu erwarten hätte. Ein Ehepaar unterschrieb die Forderungen der Komitees anschließend vor der Beratungsstelle. Am darauffolgenden Tag war eine Wandzeitung gegen den § 218 an der Beratungsstelle angebracht.

Dem Gericht entgegengetreten

München. Zu 400 DM Geldstrafe mit Bewährung wurde ein Mitglied des Münchner Komitees verurteilt wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" bei deren Versuch, eine Kundgebung gegen den Strafparagrafen durch Polizei zu unterdrücken. Mitglieder des Komitees gegen den § 218 griffen mit Aufklebern im Gerichtsgebäude, mit Transparenten und Sprechchören in den Verlauf des Prozesses ein. Das Gericht tagte schließlich unter Verschluß. Polizei wurde gerufen, der es trotz mehrfacher Versuche nicht gelang, den geschlossenen Abmarsch der Komiteemitglieder und die Durchführung einer Kundgebung in der Innenstadt zu verhindern.

Rekrutierungsrecht der Kapitalisten

Am 9.8. ist die Neufassung des Zivildienstgesetzes in Kraft getreten. Darin wird festgelegt: „Im Zivilschutz können freiwillige Helfer ehrenamtlich mitwirken. Sie können sich für eine bestimmte oder unbestimmte Zeit zum Dienst im Zivilschutz verpflichten; vor der Annahme der Verpflichtung eines Arbeitnehmers ist der Arbeitgeber zu hören" (§ 9,1). Zweierlei wird damit eingeführt: Erstens ein positives Rekrutierungsrecht für den Zivilschutzkader direkt in Händen der Kapitalisten. Zum anderen wird den Kapitalisten eine Art Eigentumsrecht an den Arbeitern auch außerhalb der Arbeitszeit bestätigt: Denn: „Die Ausbildungsveranstaltungen sollen in der Regel außerhalb der üblichen Arbeitszeit stattfinden." (§ 9,1). – (Bundesgesetzblatt 1976 I, S. 2112)

Ernennung von Hilfspolizisten

Frankfurt. Der jetzt bekannt gewordene Entwurf eines hessischen Gesetzes über den sozialen Dienst in der Justiz macht einen Großteil der Sozialarbeiter ausdrücklich zu Hilfspolizisten. Von der sogenannten Führungshilfe bei entlassenen Strafgefangenen wird festgehalten, sie sei „Nachfolgerin der früheren Polizeiaufsicht" (Seite 12 der Begründung). Der Sozialarbeiter wird „gleichsam zum Hilfsbeamten des Gerichtes oder der Staatsanwaltschaft" ernannt (Gesetzesbegründung S. 14). Seine Pflicht zur Zusammenarbeit mit der Polizei wird in § 6 des Gesetzes festgelegt. Er selbst wird der Polizeikontrolle unterstellt: Den Sozialarbeitern wird eine Buchführungspflicht auferlegt, durch den der Sozialarbeiter „den Umfang seines Einsatzes nachzuweisen und die Wirksamkeit der sozialdienstlichen Maßnahmen" nachzuprüfen lassen hat. – Die hessischen Bewährungshelfer haben den Gesetzentwurf auf zusätzlichen Dienstbesprechungen ausdrücklich zurückgewiesen und sich an die Öffentlichkeit gewandt. Die in der ÖTV organisierten Bewährungshelfer haben eine Stellungnahme gegen den Gesetzentwurf verfaßt, die ans Justizministerium, den DGB und die Presse gegeben wird.

Demonstration gegen politische Isolationshaft

Göttingen. Im Anschluß an die Demonstration gegen das KPD-Verbot rief die Ortsgruppe Göttingen des KBW zu einer Protestdemonstration gegen die Haftbedingungen im Landeskrankenhaus für den politischen Gefangenen Rainer Recke auf. An der Demonstration beteiligten sich etwa 150 . Rainer Recke war seit über drei Monaten in Isolationshaft gehalten worden. Erst mit einem vom KBW durchgeführten Tribunal war es gelungen, den vorläufigen Abbruch der Isolationshaft zu erzwingen. Daß Isolationshaft verhängt worden war, hatte die örtliche Bourgeoisie in ihrer Presse zugestehen müssen, versuchte das aber als „tragischen Einzelfall" darzustellen.

Die Demonstration am 18. August forderte die Entlassung von Rainer Recke aus dem Landeskrankenhaus und trat gegen die geplante Haftverlängerung ein. In der „Bild"-Zeitung stand am nächsten Tag zu lesen: „Kommunisten wollten Krankenhaus stürmen!"

Haftbefehl gegen ZK-Mitglied des KBW aufgehoben

Osnabrück. Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration gegen das KPD-Verbot und für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei sprach der Genosse Jockel Detjen, Mitglied des ZK des KBW und Bundestagskandidat des KBW im Wahlkreis 33 vor 100 Zuhörern. Ein Haftbefehl wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Beleidigung derselben, der gegen ihn vorlag (siehe letzte KVZ), wurde einige Stunden vor der Demonstration außer Vollstreckung gesetzt, weil der bürgerliche Staat nicht noch einmal die Schlappe erleben wollte wie in der Woche zuvor, wo trotz Haftbefehl der Genosse Detjen auf einer Kundgebung mit vorheriger Bekanntmachung gesprochen hatte. Der Polizeidienststelle und dem Gericht war vom Rechtsanwalt mitgeteilt worden, daß J. Detjen sich nicht bei der Polizei regelmäßig montags melden werde, weil dies seine Bundestagswahlkandidatur behindert.

BAFöG:

Was heißt da „eingefroren“?

Für die Mehrheit der Studenten, welche ihr Studium über das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) finanzieren, werden in diesem Wintersemester die Förderungssätze neu errechnet. Dabei wird der von der Bundesregierung beschlossene Abbau der Ausbildungsförderung, festgelegt im Haushaltssicherungsgesetz vom Herbst 1975, eine scharfe Verschlechterung der materiellen Lage der Studenten, die auf das BAFöG angewiesen sind, mit sich bringen. Der Darlehenssatz wurde von 80 auf 130 DM festgelegt, die für 1976 vorgesehene Erhöhung des Bedarfssatzes von 500 DM und des Elternfreibetrages wurde ausgesetzt. Stattdessen soll ein Härteausgleich von 10 % gezahlt werden.

Während der BAFöG-Höchstsatz von 500 DM seit zwei Jahren „eingefroren“ ist, ist seine tatsächliche Kaufkraft durch die ständigen Preissteigerungen immer geringer geworden, hat sich also nach unten bewegt. Zusätzlich dazu erlegt der bürgerliche Staat z.B. über Ersatzgelder den Studenten neue Kosten auf.

Ist das Geld, welches die Studenten über das BAFöG zum Studieren erhalten, damit in den beiden letzten Jahren weniger wert geworden, so wird dies noch dadurch verschärft, daß auch die Berechnungsgrundlagen, nach denen errechnet wird, welchen Betrag ein Student erhält, seit nunmehr zwei Jahren nicht mehr geändert worden sind. Grundsätzlich funktioniert dieses Berechnungsverfahren folgendermaßen: Ausgegangen wird von einem monatlichen Bedarf des Studenten von 500 DM. Welchen monatlichen Betrag ein Student erhält, hängt grundsätzlich vom Nettoeinkommen der Eltern ab. Zugrundegelegt wird dabei das Nettoeinkommen der Eltern aus dem vorletzten Kalenderjahr.

Von diesem Einkommen wird der sogenannte Elternfreibetrag abgezogen, der seit zwei Jahren unverändert 960 Mark beträgt, wenn nur ein Elternteil ein Einkommen hat. So bekommt also ein Student (einziges Kind), dessen Eltern monatlich netto 960 DM verdienen, den BAFöG-Höchstsatz von 500 Mark. Jede Einkommenssteigerung der Eltern über diesen Elternfreibetrag führt so zwangsweise zu einer Senkung des BAFöG-Betrages, welchen der Student erhält.

Da der Elternfreibetrag in den beiden letzten Jahren nicht erhöht wurde, führte dies dazu, daß durch die Nominallohnerhöhung der Eltern, die bestenfalls mit den Preissteigerungen Schritt hielt, die gezahlten BAFöG-Sätze für die Studenten sanken. So ging bei einem Studenten der Förderungsbetrag von 270 auf 240 DM zurück, da sich der Lohn des Vaters um 5 Prozent erhöht hatte.

Bekanntlich haben die Kapitalisten den Reallohnabbau gerade seit der Krise 1974 besonders scharf getrieben, und die Lohnerhöhungen konnten nicht einmal mehr die Preissteigerungen ausgleichen.

Diese Lohnerhöhungen werden für die BAFöG-Berechnungen im kommenden Wintersemester und im nächsten Jahr aber dafür herhalten, um die BAFöG-Sätze der Studenten noch weiter zu kürzen.

Über 2 700 Unterlagen beim Ersatzgeldkomitee

Der Rückmeldeboykott wird weitergeführt

Tübingen. Wie in der KVZ Nr. 27 berichtet wurde, boykottieren die Studenten in Tübingen die Rückmeldung. Dies ist die Antwort auf den Versuch des Universitätspräsidenten Theis, die Rückmeldung an die Bezahlung der Ersatzgelder zu binden, womit er den dreisemestrigen Widerstand der Studenten gegen die Ersatzgelder brechen will. Für die Studenten der Naturwissenschaft und Medizin, von denen bislang diese Ersatzgelder erhoben wurden, heißt dies, daß sie Be träge bis zu 300 DM bezahlen sollen. Auf einer Vollversammlung im Juni, an der ca. 1500 Studenten teilnahmen, wurde – wie in der KVZ berichtet – beschlossen, daß die Studenten die Rückmeldeunterlagen ausgefüllt an den AStA statt an die Universitätsverwaltung schicken sollten. Daß der Boykott weitergeführt werden sollte, wenn bis zum Ablauf der Rückmeldefrist Ende Juli mehr als 2000 Unterlagen beim AStA eingegangen sind.

Eingegangen sind daraufhin über 2700 Unterlagen beim Ersatzgeldkomitee, das den Boykott organisiert, seit dem AStA unter Androhung von 5000 DM Geldstrafe jede Mitarbeit und Unterstützung untersagt wurde.

Dies ist ein deutlicher Beweis für die Breite der Boykottfront und den Willen der Studenten, den Kampf fortzuführen.

Alle Versuche des Universitätspräsidenten, die Kampffront zu spalten, so droht er mit Exmatrikulation, Ablehnung des BAFöG-Antrags und Entzug des Kindergeldes, haben ihm nichts genutzt.

Um diesen Spaltungsversuchen entgegenzutreten, und um über die Fortführung des Kampfes zu beraten, wurde am 3.8. eine Versammlung der Studenten durchgeführt.

Alle Universitätseinrichtungen verweigerten den Studenten einen Raum, wodurch aber nicht verhindert werden konnte, daß die Versammlung in der Mensa stattfand.

An dieser Versammlung nahmen 200 Studenten teil und sie ließen sich von der Durchführung auch nicht abhalten, als der Vorsitzende des Studentenwerks mit Klage wegen Hausfriedensbruch drohte, die elektrischen Jalousien in der Mensa herunterließ und den Strom abstellte. Am 17.8., wo erneut zu einer Versammlung der Studenten aufgerufen worden war, wurde wiederum ein Raum für die Versammlung verweigert. Die Mensa und alle Universitätsgebäude wurden am Nachmittag geschlossen.

Die Studenten zogen darauf in einer Demonstration durch die Innenstadt zum Holzmarkt und hielten dort die Versammlung ab. Unter dem Druck des Rückmeldeboykotts erklärte der Staatssekretär Weng im Kultusministerium mittlerweile, die Koppelung der Bezahlung der Ersatzgelder an die Rückmeldung sei „möglicherweise rechtlich nicht aufrecht zu erhalten“. Für die Masse der Studenten ist aber nicht nur diese Methode der Zwangseintreibung der Ersatzgelder, sondern sind auch diese als Ersatzgelder getarnten Studiengebühren untragbar. – (s., Kommunistische Studentenorganisation Tübingen)

Ausbildungsförderung bis zum Ende der Prüfung!

Heidelberg. Mindestens 13 Psychologiestudenten, die im September mit der mündlichen Diplomprüfung beginnen, erhalten aufgrund der verschärften BAFöG-Vergabe-Regelung ab Oktober kein BAFöG mehr, obwohl die mündliche Prüfung bis Ende Oktober dauert, bzw. bis zum Abschluß der Diplomarbeit weitere 3 Monate vergehen können. Nach den neuen Bestimmungen ist die angefangene Prüfung kein schwerwiegender Grund, um die BAFöG-Zahlung über die vorhergesehene Semesterzahl hinaus fortzusetzen. In einem offenen Brief fordern die Psychologiestudenten: Zahlung der Ausbildungsförderung bis zum Ende der Prüfung! Schluß mit der Schikane bei der BAFöG-Vergabe!

Gegen die Paragrafen 88 a und 130 a!

Auf dem studentischen Treffen der Bibliothekarlehrinstitute mit Teilnehmern aus Bonn, Westberlin, Göttingen, Hamburg und Köln vom 17. bis 19.6. wurde einstimmig eine Resolution gegen die Paragrafen 88 a und 130 a verabschiedet, in der es zum Schluß heißt: „Anläßlich des dritten Studentischen Treffens in Westberlin vom 17. bis 19.6.1976 protestieren die Delegierten der Bibliothekarlehrinstitute aus der BRD und Westberlin auf das schärfste gegen die zunehmende politische Unterdrückung in der BRD und Westberlin und fordern die ersatzlose Streichung der Paragrafen 88 a und 130 a.“

Ausplünderung und Exmatrikulation

Köln. Mitten in den Ferien hat das Rektorat der Universität die Rückmeldefrist, die bisher bis zum 21. Oktober dauerte, auf den 24. September vorverlegt. Wer sich vom 24.9. bis 1.10. zurückmeldet, soll 10 DM Säumniszuschlag bezahlen, wer sich nach dem 1.10. zurückmeldet, wird exmatrikuliert.

US-Wissenschaftszeitung legt Untersuchungsergebnis vor:

Erdbebenvorhersage schadet dem Profit

Wie die amerikanischen Wissenschaftszeitschrift „Science News“ berichtete, haben Wissenschaftler der Universität von Colorado die sozialen und ökonomischen Auswirkungen einer Erdbebenvorhersage untersucht und dabei das untenstehende Schaubild erarbeitet.

An ihm läßt sich ablesen, wie sich die Vorhersage eines Erdbebens auf den Profit der Kapitalisten auswirkt. Das Kapital zieht sich aus den gefährdeten Gebieten zurück, die Banken sperren die Kredite und die Versicherungsgesellschaften weigern sich, neue Versicherungen abzuschließen. Steuereinnahmen sinken, die öffentliche und private Bautätigkeit wird eingestellt: Arbeitslosigkeit greift um sich. Die Menschen sind schließlich gezwungen, abzuwandern. Am Schluß des Diagramms heißt es dann: „gesenktes Risiko“: Im Falle der Vorhersage eines Erdbebens weniger Tote und Verletze, weil es, verursacht durch direkte Flucht vor den Erdbebengefahren und durch Abwanderung des Kapitals, dem die Lohnarbeit folgen muß, weniger Einwohner in dem betroffenen Gebiet gibt.

An direkte Schutz- und Gegenwehrmaßnahmen in den bedrohten Gebieten ist offenbar – da unprofitabel – nicht gedacht.

Nach der Analyse möglicher Folgen einer Erdbebenvoraussage stellt „Science News“ die Frage, ob es bei solchen Sachverhalten überhaupt sinnvoll sei, Erdbeben vorherzusagen, da die *„Vorkenntnis einer lokalisierten Katastrophe z.B. ernste soziale und ökonomische Effekte zur Folge haben könnte, die jenen der vorhergesagten Katastrophe gleichkommen oder sie sogar übertreffen“!* Im Klartext: Der durch eine Vorhersage erzeugte Verlust an Profit könnte größer sein als der durch ein Erdbeben hervorgerufene Verlust! Damit wird nahegelegt, eine Erdbebenprognose lieber zu vermeiden.

„Science News“ kann sich dabei auf die Wirklichkeit der Profitmacherei stützen. Es berichtete weiter über den Fall einer Erdbebenprognose, die im April dieses Jahres veröffentlicht wurde. James H. Whitcomb vom California Institute of Technology sagte für das Gebiet San Fernando Valley in der Nähe von Los Angeles (Kalifornien) voraus, daß es im Laufe des nächsten Jahres zu einem Erdbeben von der Größe 5,5 bis 6,5 auf der Richter-Skala kommen könnte. Eine Woche nach dieser Veröffentlichung hatten tatsächlich bereits vier der großen Versicherungsgesellschaften den Verkauf neuer Erdbebenpolicen gestoppt. Ein Kreditinstitut stellte die Vergabe von Hypotheken für das betroffene Gebiet ein.

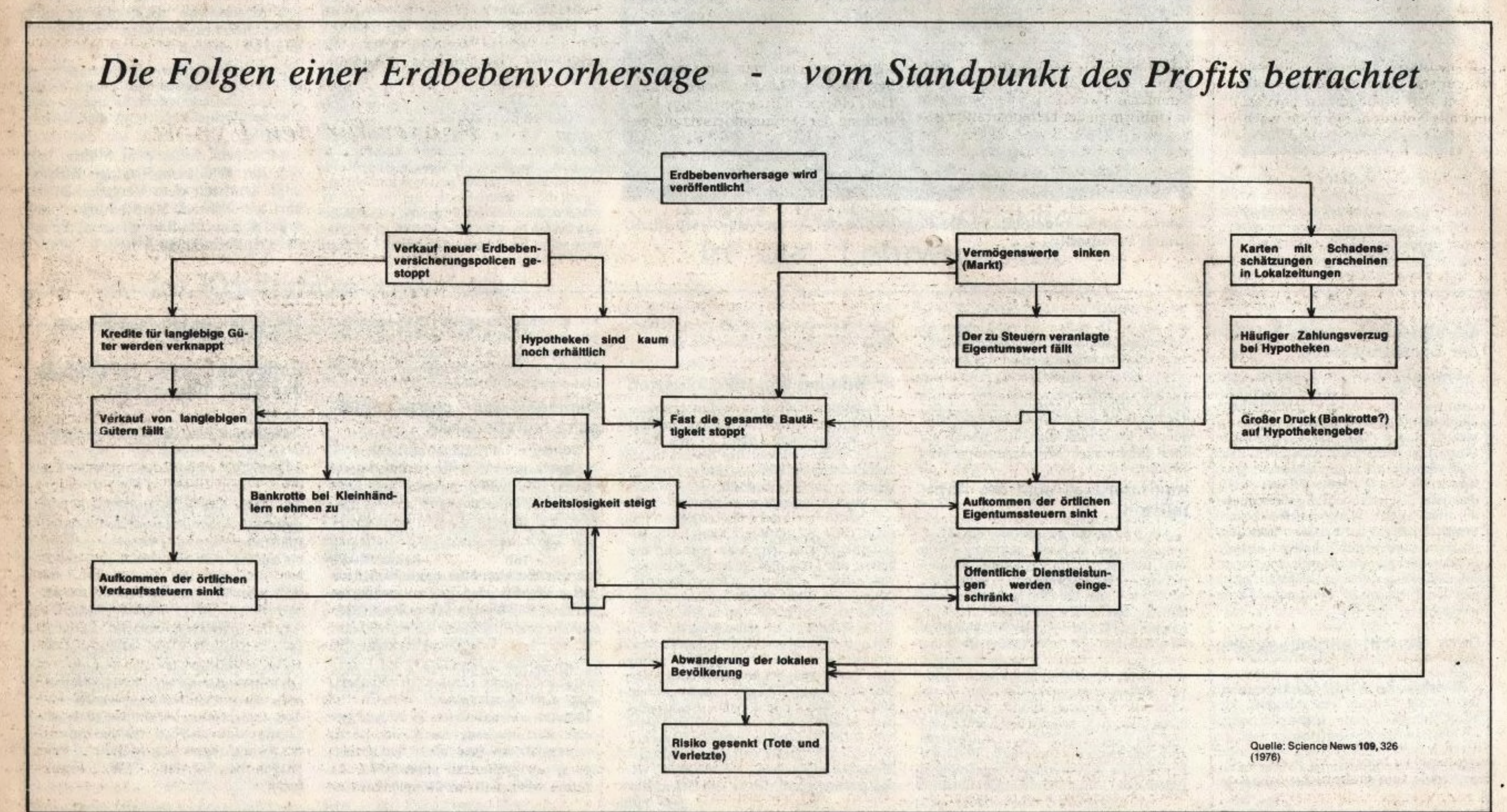
Eine andere amerikanische Wissenschaftszeitschrift, „Science“, berichtete zusätzlich zu diesem Fall, daß der Stadtrat von Los Angeles jetzt erwägt, jeden, der eine Erdbebenvorhersage veröffentlicht, auf Schadenersatz zu verklagen, falls die Immobilienwerte fallen sollten.

„Science“ enthüllte weiterhin, daß im Stadtrat von Los Angeles eine Entschließung, mit der die Besitzer von 45 alten Theatern verpflichtet werden sollen, die Gebäude den gegenwärtigen Sicherheitsbestimmungen anzupassen, auf Betreiben der Theaterlobby schon über ein Jahr verzögert wird. Diese Theater würden bereits bei einem mittleren Beben zusammenbrechen und stellen eine hohe Gefährdung für die Menschen dar. Die Theaterbesitzer argumentieren, daß es 85 % der Kosten eines neuen Theaters verursachen würde, die alten Gebäude erdbebensicher zu machen. „Sie wollen geöffnet bleiben und weiter Geld verdienen“, wird ein Beamter zitiert.

Solange also die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Motor, dem Drang nach Höchstprofit, existiert, ist eine wirkungsvolle Bewältigung von Naturkatastrophen und ihren Folgen ebenso wie die Durchführung von vorbeugenden Maßnahmen, unmöglich, wird die Wissenschaft statt auf die Beherrschung der Natur durch den Menschen auf die Erzielung von Höchstprofiten ausgerichtet sein. Erst die sozialistische Revolution wird die Kenntnisse der Wissenschaft in den Dienst des Volkes stellen. – T., Hamburg –

Quellen: Science, **192**, 535 (1976); Science News, **109**, 326 (1976)

Die Folgen einer Erdbebenvorhersage - vom Standpunkt des Profits betrachtet



Quelle: Science News **109**, 326 (1976)

Erlaß des Verteidigungsministeriums zu Bundestagswahlen

Soldaten haben keine politischen Rechte, sondern die Pflicht zum treuen Dienen

Vor kurzem wurde ein Erlaß des Verteidigungsministeriums veröffentlicht, der den Soldaten auch außerhalb des Dienstes die politischen Freiheiten abspricht und sie verpflichtet, alleweil als Staatsdiener aufzutreten.

„Der Soldat muß sich stets bewußt sein, daß zwischen ihm und dem Staat ein gegenseitiges Treueverhältnis besteht. Er ist daher zu loyalem Verhalten gegenüber dem Dienstherrn und seinen Vorgesetzten verpflichtet. Dies verlangt Zurückhaltung und Takt bei allen politischen Meinungsäußerungen.

Pflicht zum treuen Dienen und zum Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes verbietet auch während eines Wahlkampfes jeden unsachlichen, insbesondere beleidigenden, gehässigen oder hetzerischen Angriff gegen die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder, ihre verfassungsmäßige Ordnung, ihre verfassungsmäßig berufenen Organe, die Grundlagen der Wehrverfassung und der Wehrpolitik sowie gegen Vorgesetzte."

Neu an diesem Erlaß ist der Versuch, umfassend auch außerhalb des Dienstes die politischen Rechte der Soldaten zu beschneiden, und sie auch dort der Bespitzelung und Verfolgung in verschärftem Maße auszusetzen.

Ist es ohnehin verboten, sich in Uniform an politischen oder gewerkschaftlichen Veranstaltungen oder Demonstrationen zu beteiligen, so wird dieses Verbot in dem angeführten Erlaß folgendermaßen erweitert:

„Unberührt bleibt das Recht und die Pflicht jedes Vorgesetzten und Soldaten nach § 8 SG (Soldatengesetz, d.Verf.), sowohl im Dienst als auch außerhalb des Dienstes allen Äußerungen und Bestrebungen entgegenzutreten, die sich gegen die Grundsätze unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten und auf die gewaltsame Änderung dieser Grundordnung abzielen.

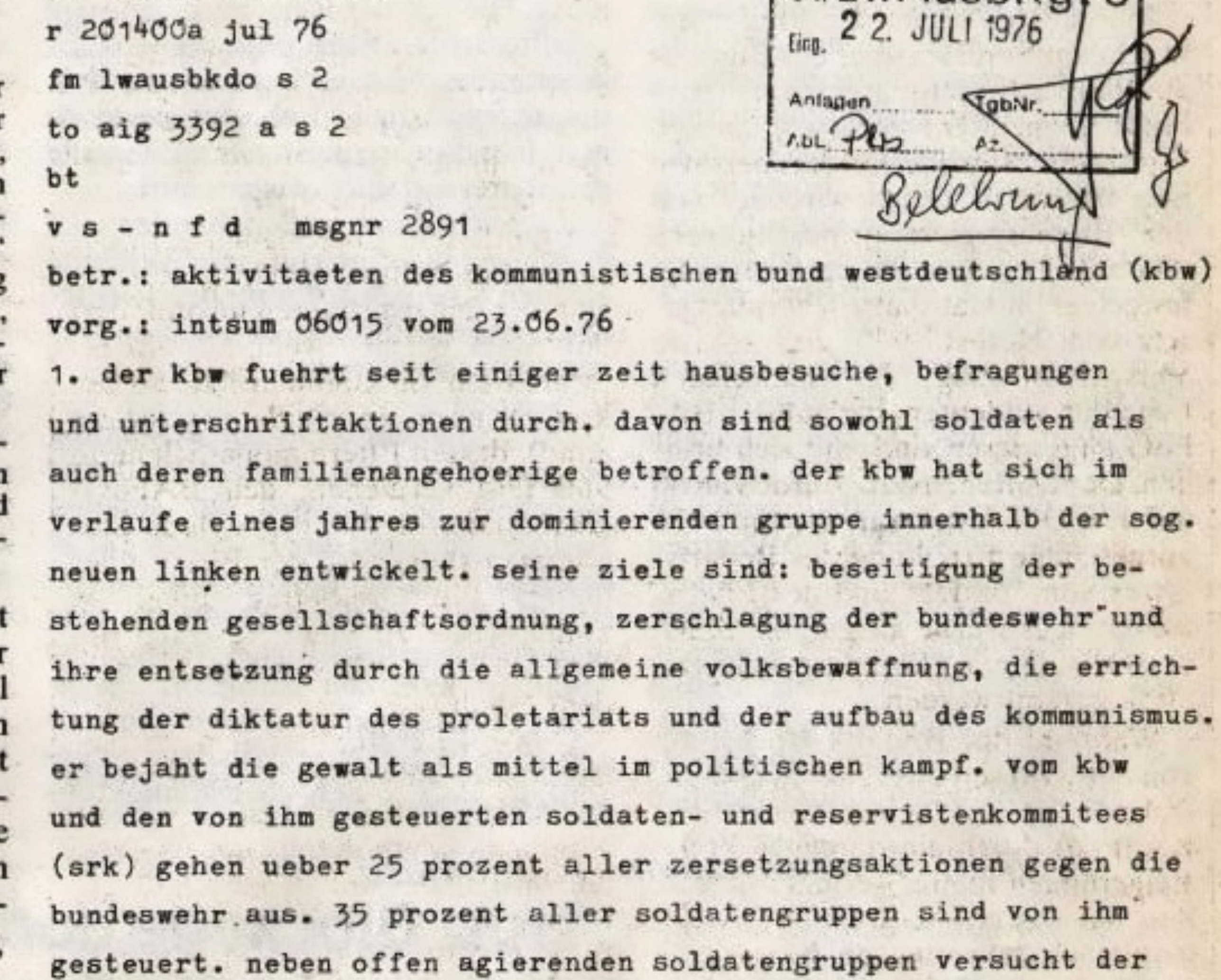
Dies gilt auch im staatsbürgerlichen Unterricht."

Und weiter:

„Die Verbreitung politischen Werbematerials (z.B. Verteilen von Handzetteln, Ankleben von Plakaten usw.) für demokratische Parteien oder Wählergruppen, die zur Wahl zugelassen sind, ist den Soldaten nur in Zivilkleidung und nur dann gestattet, wenn das Werbematerial nicht gegen die in Nr. 5 (siehe obige Zitate, d.Verf.) genannten Grundsätze und Pflichten verstößt." (Das heißt, so fährt der Text sinngemäßg fort, wenn das Material nicht geeignet ist, die militärische Disziplin und Ordnung sowie das Ansehen der Bundeswehr und der Bundesrepublik zu beeinträchtigen).

„... Verstöße gegen die Pflicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anzuerkennen und durch das gesamte Verhalten für ihre Erhaltung einzutreten, sind stets unzulässig."

Während allen Soldaten das Recht auf die politische Betätigung auf der Seite der Arbeiterklasse mit dem Ziel des Sozialismus aberkannt wird, sollen gleichzeitig alle Soldaten verpflichtet werden, Demokraten und Kommunisten selbst zu verfolgen, ihnen im Sinne des Grundgesetzes entgegenzutreten und sie bei den Vorgesetzten zu denunzieren. – (h., II. FmRgt 32, Lauda-Königshofen)



Auszugsweise Abschrift

Aushang!

de rgfghc 006b 2021525
r 201400a jul 76
fm lwausbkdo s 2
to aig 3392 a s 2
bt
v s - n f d msgnr 2891

5./LwAusbRgt 5
Eing. 22. JULI 1976
Anlagen ... TgbNr. ...
Abl. Pls Az. ...
Belehrung

betr.: aktivitaeten des kommunistischen bund westdeutschland (kbw)
vorg.: intsum 06015 vom 23.06.76

1. der kbw fuehrt seit einiger zeit hausbesuche, befragungen und unterschriftaktionen durch. davon sind sowohl soldaten als auch deren familienangehoerige betroffen. der kbw hat sich im verlaufe eines jahres zur dominierenden gruppe innerhalb der sog. neuen linken entwickelt. seine ziele sind: beseitigung der bestehenden gesellschaftsordnung, zerschlagung der bundeswehr und ihre entsetzung durch die allgemeine volksbewaffnung, die errichtung der diktatur des proletariats und der aufbau des kommunismus. er bejaht die gewalt als mittel im politischen kampf. vom kbw und den von ihm gesteuerten soldaten- und reservistenkommitees (srk) gehen ueber 25 prozent aller zersetzungsaktionen gegen die bundeswehr aus. 35 prozent aller soldatengruppen sind von ihm gesteuert. neben offen agierenden soldatengruppen versucht der kbw die bundeswehr mittels konspirativ oraganisierter ''zellen'' von innen her zu unterwandern.
es ist zu erwarten, dasz die erwaehnten hausbesuche, befragungen und unterschriftaktionen im zusammenhang mit den politischen zielen des kbw stehen. der unterstellte bereich ist entsprechend zu belehren.

2. aus gegebener veranlassung wird auf die beachtung der besonderen anweisung lwa/abt nwlw roem 3 c az 06-17-02 vs-nfd nr 5/73 v. 09.10.73 ''masznahmen gegen waffen- und munitionsverluste in der luftwaffe'' nochmals hingewiesen.
bt

F.d.R.d.A.
3380 Goslar 1, 21. Juli 1976
(... h n e)
Stabsunteroffizier

Dieser Aushang geht zurück auf ein Rundschreiben, das Ende Juni verschickt wurde.

„Autumn forge"

Serie von Großmanövern der NATO

Mit dem Großmanöver „Reforger 76" beginnt am 25. August die Serie der Herbstmanöver der NATO, die ih- ... Forge" ablaufen, sind die Ostsee, das Mittelmeer sowie die BRD. In der Ostsee und im Nordatlantik werden ver-

Das Interesse der Soldaten an den Zielen der Arbeiterklasse ist groß. Das Bild zeigt den Stand der Ortsgruppe Delmenhorst des KBW anläßlich des Bundeswehrfestes, das im Juni stattfand.



„250 DM Geldstrafe oder 25 Tage Haft"

Das Interesse der Soldaten an den Zielen der Arbeiterklasse ist groß. Das Bild zeigt den Stand der Ortsgruppe Delmenhorst des KBW anläßlich des Bundeswehrfestes, das im Juni stattfand.

„250 DM Geldstrafe oder 25 Tage Haft"

Koblenz. Am Dienstag, dem 17.8.76, fand vor dem Jugendschöffengericht der Prozeß gegen den Gefreiten Gerhard Bayha statt. Die Generalität hat diesen Prozeß angestrengt.

Vor Gericht gestellt haben sie G. Bayha wegen Gehorsamsverweigerung und übler Nachrede. 10 Tage Disziplinararrest hatte er deswegen schon absitzen müssen. Am 21. September 1975 hat sich G. Bayha zusammen mit weiteren sieben Soldaten in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 in Bonn beteiligt. Vor der Abfahrt nach Bonn versuchten zwei Feldjäger die Personalien der Soldaten aufzunehmen, was von einem dichten Ring von Zivilisten verhindert wurde. Dies wird G. Bayha als Gehorsamsverweigerung vorgeworfen.

In der „Koblenzer Militärzeitung" (KMZ) wurde in einem Artikel über den Spieß der Ausbildungskompanie der Pionierkaserne, in der G. Bayha seine Grundausbildung absolviert hat, berichtet, daß „er (Hauptfeldwebel Proft) sich einen Dreck um die Gesundheit der Mannschaften kümmert". G. Bayha hat diese Ausgabe der „Koblenzer Militärzeitung" vor einer Koblenzer Kaserne verteilt und wird somit der üblen Nachrede bezichtigt.

Der Antrag der Staatsanwaltes, den Prozeß wegen Geringfügigkeit einzustellen, wies das Gericht ab.

Ebenso den Antrag, nach Jugendgerichtsbarkeit zu urteilen und nicht nach Erwachsenenrecht. So mußte der Staatsanwalt ein Strafmaß stellen, was ihm schwerfiel, denn, wenn er auch die Meinung des Angeklagten nicht teile, so respektiere er doch dessen Auftreten und Engagement. Er stellte dann zehn Tage Arrest, wobei auf diese zehn Tage die schon beim Bund abgesessenen zehn Tage anzurechnen seien.

Nach kurzer Beratung fällte das Gericht dann das Urteil: 250 DM oder einen Tagessatz von zehn DM, also 25 Tage Gefängnis. Begründung für das Urteil fand es nur in Lügen und Verdrehungen. Proft habe vollkommen richtig gehandelt, denn es wäre der Soldat ja behandelt worden (obwohl dieser in seiner Aussage klar sagt, daß damals kein Truppenarzt anwesend war) und seine Zahnschmerzen seien kein Hindernis, einen längeren Marsch durchzuführen. Die Feldjäger hätten die richtige Darstellung der Auseinandersetzung gegeben. So sei in beiden Fällen der Angeklagte schuldig zu sprechen. Es stand inseinerBegründung in krassem Widerspruch zum Prozeßverlauf und selbst zu den Ausführungen des Staatsanwalts. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz)

Gemeinsame Beschwerde von 145 Soldaten

Hamburg. Die 145 Mannschaftsdienstgrade der 1. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 1 haben gemeinsam eine Beschwerde geschrieben gegen Oberfeldwebel Keilholz. Der Oberfeldwebel hat am 16. August abends als Offizier vom Wachdienst die Stubenkontrolle durchgeführt. Bei der Stubenabnahme ist er durch alle Räume getobt. Er hat den Stubendienst angebrüllt und alle Soldaten, die noch wach in ihren Betten lagen. Bei der Kontrolle der Stuben hat er regelrecht gewütet und sogar Spinde umgeworfen. Die Rekruten, die gemeinsam den Text unterschrieben haben, waren erst eine Woche in der Ausbildungskompanie.

MAD führt Akten über Äußerungen von Bundeswehrbesuchern

Die KVZ Nr. 31 berichtet von den Spitzelmethoden des MAD. Was für einen Aufwand die Bourgeoisie treibt, um – freilich vergeblich – ihre Armee von Zersetzung freizuhalten, geht aus einem Gespräch hervor, das ich am Agitationszentrum mit einem jungen Arbeiter führte.

Als er noch in der Berufsschule war, wurde einmal eine Fahrt nach Baumholder gemacht. Die Schüler bekamen Uniformen an und durften ein bißchen Soldat spielen. Dies beeindruckte den jungen Arbeiter nicht. Er äußerte seinen Widerwillen gegen die Bundeswehr.

Die Zeit verging. Kam die Musterung. Nachher, als man ihm mitteilte, er sei voll tauglich, wurde hinzugefügt: „Wir nehmen Sie aber trotzdem nicht, das brauchen Sie gar nicht zu glauben." Man sprach ihn auf seinerzeit in Baumholder gemachte Äußerungen an. Er bekam eine Akte zu sehen, worin fein säuberlich seine Äußerungen aufgezeichnet waren. – (w., Worms)

Unterschriftensammlung für Neuwahl des Vertrauensmannes

Stadt Allendorf. In der 1. Batterie des Beobachtungsbataillons 2 führen die Mannschaften eine Unterschriftensammlung für Neuwahl des Vertrauensmannes durch. Der alte Vertrauensmann war am 13. August durch das Truppendienstgericht Mitte – Kammer 4 – abgesetzt worden. Antragsteller war der Batteriechef, der in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter weitere 30 Soldaten zur Unterstützung dieses Antrags bewogen hatte. Begründung war, Biedermann, der alte Vertrauensmann sei als Kommunist gegen die Bundeswehr eingestellt und könne deshalb nicht das Vertrauen des Chefs haben. Als Nachfolger wurde der Stellvertreter durch den Chef bestimmt. Viele Soldaten sind mit der Absetzung und der Nachfolge nicht einverstanden und führen deshalb für Neuwahlen eine Unterschriftensammlung durch. – (Nach: Presseerklärung des abgesetzten Vertrauensmannes Biedermann 1. Beob.Btl. 2)

„Autumn forge"

Serie von Großmanövern der NATO

Mit dem Großmanöver „Reforger 76" beginnt am 25. August die Serie der Herbstmanöver der NATO, die ihren Höhepunkt für die Bundeswehr mit dem Manöver „Großer Bär" hat und sich bis November hinzieht. An dem Manöver „Großer Bär" sind 2 Bundeswehrdivisionen, Korpstruppen und Verbände des Territorialheeres beteiligt. Außerdem nehmen teil die 41. niederländische Brigade, die 7. britische Brigade, eine US-Brigade und 2 niederländische Aufklärungsbataillone. Die geographischen Schwerpunkte der 27. NATO-Herbstmanöver, die unter der Bezeichnung „Autumn Forge" ablaufen, sind die Ostsee, das Mittelmeer sowie die BRD. In der Ostsee und im Nordatlantik werden verschiedene Seeübungen durchgeführt zur Kontrolle der Durchfahrten von der Ostsee in den Atlantik. Kontrolle des Mittelmeeres und besonders der Meerengen ist Ziel der dort ablaufenden Seeübungen. Die Imperialisten wollen mit diesen Manövern „den eigenen Bürgern, aber auch einem möglichen Aggressor zeigen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.8.), daß ihr Militärapparat hochgerüstet und für ihre Interessen jederzeit einsatzbereit ist.

Panzer für den Export



Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 müssen westdeutsche Waffenlieferungen fürs Ausland genehmigt werden und sind für sogenannte Spannungsgebiete verboten. Wie diese Exportbeschränkungen umgangen werden, zeigt die Entwicklung des 30 Tonnen Kampfpanzers TAM bei Thyssen-Henschel in Kassel. Er wurde speziell für ein südamerikanisches Land entwickelt. Die Zeitschrift „Wehrtechnik" 8/76 schreibt dazu: „Der erste Prototyp des auf Marder-Basis entwickelten Panzers ... soll Ende 1976 fertiggestellt sein und dann nach Südamerika verschifft werden. Die Serienfertigung der geplanten etwa 500 Fahrzeuge wird nicht in Deutschland erfolgen. Diese Form des Software-Exports – also Entwicklung für andere Nationen – muß wohl als die gegenwärtig effektivste Lösung angesehen werden, deutsches Wissen auf wehrtechnischem Sektor auch für andere Nationen nutzbar zu machen, was bisher durch unmittelbaren Hardware-Export nicht möglich ist." Um welches südamerikanische Land es sich hierbei handelt, läßt die Zeitschrift wohlwissend offen. Daß die Absichten mit dieser Panzerentwicklung so unverhüllt veröffentlicht werden, zeigt, daß es wohl nicht mehr allzulange dauern wird, bis die Exportbeschränkungen „gelockert" bzw. aufgehoben werden. – (Wa., Frankfurt)

Dänemark:

Arbeiter streiken gegen Gesetzesvorlagen der Regierung

Etwa 20000 Arbeiter haben in der vergangenen Woche in Kopenhagen die Arbeit niedergelegt, um gegen die von der Regierung diktierte Senkung ihres Lohns sowie gegen höhere Steuern auf Kaffee, Zucker, Tabak und andere Konsumgüter zu protestieren. 15000 zogen zum Regierungssitz Christiansborg in Kopenhagen. In Odense streikten 4000 Werftarbeiter. (Nach: Flensborg Avis vom 19.8.)

Die sozialdemokratische Regierung Jörgensen hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach Lohnerhöhungen über 6 % für 1977 und 1978 verboten sind. Die derzeitige Inflationsrate ist 12 %. – Zusätzlich sollen 5 Milliarden Kronen (2,1 Milliarden DM) durch erhöhte Steuern auf Kaffee, Zucker, Spiritousen, Bier, Wein, Tee, Zigaretten, Autos und Benzin den Volksmassen durch den Staat abgenommen werden. Damit werden 4 % des gesamten privaten Verbrauchs weggesteuert, bei den niedrigeren Löhnen entsprechend mehr. Die von der Regierung ins Auge gefaßte Senkung des Einkommens der arbeitenden Massen liegt so bei 10 % der gegenwärtigen Lohnsumme in einem Jahr. Am geringsten erhöht wurde die Steuer auf Luxussegelschiffe.

Zugleich damit sollen Kredite und Zuschüsse in Höhe von einer Milliarde Kronen für die exportierenden Kapitalisten und für die Baukapitalisten lokker gemacht werden.

Die sozialdemokratische Regierung Jörgensen hat im Parlament keine Mehrheit. Die meisten der anderen Parteien scheuten davor zurück, für so drastische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen verantwortlich gemacht zu werden. Eine Mehrheit kam erst zustande, „nachdem der Arbeitgeberverband (die konservative Partei) energisch dazu aufgefordert hatte", den sozialdemokratischen Vorlagen zuzustimmen (Handelsblatt 20.8.76). Der Kapitalistenverband hält zwar mit der Konservativen Partei die geplante Lohnsenkung „im Prinzip für unzureichend", „fürchtete (jedoch) eine monatelange politische Krise", falls die Vorlagen scheitern würden. Für den Moment hielt er mehr nicht für durchsetzbar.

Das dänische Parlament hat die Gesetze beschlossen. Durchgesetzt sind sie noch nicht. Selbst die rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze mußten die Knebelung der Gewerkschaften öffentlich zurückweisen und unter dem Druck der Arbeiter erklären, sie fühlten sich bei Lohnverhandlungen an das neue Gesetz nicht gebunden. Das „Handelsblatt" fürchtet: „Im kommenden Frühjahr, wenn die Tarifabsprachen auslaufen und die Neuregelung durchgeführt werden soll, ist daher mit weiteren Unruhen zu rechnen."

Das westdeutsche Finanzkapital ist direkt an der Verschärfung der Ausbeutung des dänischen Proletariats interessiert. Die gesamte Auslandsverschuldung Dänemarks liegt bei 60 Milliarden Kronen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.8.). Gerade auch bei deutschen Banken steht Dänemark tief in der Kreide. Erst jüngst hat Dänemark seinen mit 750 Millionen DM größten Auslandskredit über westdeutsche Banken aufgenommen. Der Zins auf diese Schuld muß den arbeitenden Massen abgepreßt werden. Da ist nach Auffassung des westdeutschen Finanzkapitals noch viel zu holen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sieht in den Gesetzen der Regierung Jörgensen einen „Kraftansatz, aber keine Heilung der dänischen Krankheit". – (Redaktion nach verschiedenen Zuschriften)

Entwurf des 6. Fünfjahresplans in Albanien

Trotz Blockade durch Imperialismus und Sozialimperialismus: große Fortschritte beim Aufbau des Landes

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens hat am 19./20. Juli den Entwurf für die Direktiven des 6. albanischen Fünfjahresplans beschlossen. Diese Direktiven sollen dem zum 1. November einberufenen 7. ordentlichen Parteitag vorgelegt werden. Gleichzeitig hat das Zentralkomitee zur Erfüllung des 5. Fünfjahresplans von 1970 bis 1975 Stellung genommen.

Die albanische Nachrichtenagentur ATA schreibt: „Das Tempo der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land war hoch und stabil in einer Zeit, wo ein tiefer Einbruch der gesellschaftlichen Produktion in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern registriert wurde als Konsequenz der ständig sich vertiefenden ökonomischen und politischen Krise. Während des vergangenen Fünfjahresplans wuchs die gesellschaftliche Produktion, das Nationaleinkommen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion, der Umsatz im Einzelhandel, der Export, die Investitionen zwei- bis dreimal schneller als die Bevölkerung."



Arbeiter in einer albanischen Fabrik diskutieren und lösen gemeinsam technische Probleme.

Arbeiter in einer albanischen Fabrik diskutieren und lösen gemeinsam technische Probleme.

Rasche Entwicklung der Produktion ...

Die westdeutschen „Nachrichten für den Außenhandel", ein Organ für den inneren Gebrauch der Finanzbourgeoisie, muß sich über die Erfolge des Wirtschaftsaufbaus in Albanien abringen: „... müssen die Ergebnisse als gut bezeichnet werden." (13.8.76) Das will viel besagen, denn die Kapitalisten nehmen jede Gelegenheit wahr, um den Beruf der Arbeiterklasse zur Entfaltung aller produktiven Kräfte der Gesellschaft abzustreiten.

Aber Tatsachen sprechen eine klare Sprache. Die Zeitschrift „Albanien heute" gibt für die Jahre 1970 bis 1973 einen Vergleich über die Entwicklung des Nationaleinkommens verschiedener Länder, wozu das „Statistical Yearbook" 1974 der UNO herangezogen wurde. Die jährliche Zuwachsrate des Nationaleinkommens von Albanien und anderen Ländern war danach folgende:

	1960-1973	1970-1973
Albanien	7,9 %	8,9 %
kapitalistische Industrieländer	4,9 %	5,1 %
revisionistische Länder	6,9 %	6,3 %

Das waren die Jahre vor der Krise. Mitte 1975 war die Fesselung der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch die Herrschaft der Bourgeoisie dann mit Händen zu greifen. Im Vergleich zur Zeit vor der Krise war die Industrieproduktion in den USA um 14,3 %, in Frankreich um 11,2 %, in der Bundesrepublik um 9 % niedriger. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse im sozialistischen Albanien lag die industrielle Produktion 1975 um 52 % über der von 1970, bei einer jährlichen durchschnittlichen Steigerung von 8,7 %.

Die sich in diesen Zahlen ausdrükkende Freisetzung von gesellschaftlichen Produktivkräften hatte in Albanien nicht nur zur Voraussetzung den siegreichen Kampf für die nationale Befreiung und die Enteignung der Kapitalisten in der sozialistischen Revolution. Sie ist Ergebnis des fortgesetzten Klassenkampfes gegen die Überreste bürgerlicher Produktionsverhältnisse und Ideen.

„Die Kommunisten und die arbeitenden Massen erreichten diese Ergebnisse durch einen erbitterten und umfassenden Klassenkampf gegen innere und äußere Feinde und gegen die Überbleibsel und Einflüsse fremder Ideologien." Nur so konnte der „Enthusiasmus und der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und der Volksintelligenz umfassend mobilisiert" und die Diktatur des Proletariats gestärkt werden.

Die Industrie ist der führende Faktor

Die unter Führung der Partei der Arbeit erzielten Erfolge des albanischen Volkes bei der Entwicklung seines Landes sind zustandegekommen durch Befolgen des Grundsatzes, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen. Eine entwickelte komplexe Industrie ist aufgebaut, die, gestützt auf die im Lande bereitgestellten Rohstoffe, immer besser die Bedürfnisse der Wirtschaft sowohl für den produktiven als auch für den nichtproduktiven Verbrauch befriedigt. In Albanien, das vor seiner Befreiung 1944 als ärmstes Land Europas galt, erzeugt die Industrie heute 45 % des Nationaleinkommens. Sie ist der führende Zweig der sozialistischen Wirtschaft. Von 1976 bis 1980 soll ihre Produktion um weitere 41 bis 44 % gesteigert werden.

„Wenn die Industrie gesondert von der Landwirtschaft entwickelt wird, dann wird die Wirtschaft bestimmt auf Schwierigkeiten stoßen und einen einseitigen Charakter erhalten, bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den damit verbundenen Produkten, die die Bevölkerung so notwendig braucht, vom Ausland abhängig sein und von der Konjunktur des ausländischen Marktes beeinflußt werden." (Albanien heute 2/76) Auf die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft wird darum wie in der Vergangenheit auch im neuen Plan großes Gewicht gelegt. Bis 1980 soll ihre Produktion noch einmal um 37 bis 40 % gesteigert werden, nachdem sie seit 1960 schon mehr als verdoppelt worden ist. 1976 soll der Bedarf an Brotgetreide ganz aus der einheimischen Produktion gedeckt werden können.

Die Arbeiterklasse führt die Genossenschaftsbauern nicht nur politisch im Klassenkampf durch ihre Partei. Sie hilft ihnen durch landwirtschaftliche Maschinen, durch Düngemittelproduktion die landwirtschaftliche Arbeit zu entwickeln und die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu überwinden.

Den Widerspruch zwischen Stadt und Land zu bekämpfen, dazu sind in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen worden auch mit der Angleichung des Lohn- und Einkommensniveaus. Das reale Einkommen pro Kopf wuchs in der Stadt im letzten Fünfjahresplan um 8,7 %, auf dem Land um 20,5 %. Die Ausbeutung des Landes und der Landbevölkerung durch die Stadt und die städtische Bourgeoisie hat unter der Herrschaft der Arbeiterklasse ein Ende.

Durch den Aufbau ihres Landes leisten die albanische Arbeiterklasse und das albanische Volk für die proletarische Weltrevolution eine unschätzbare Arbeit. „Unser Land ist eines der wenigen Länder in der Welt ohne Steuern und Gebühren, wo alle Dörfer voll elektrifiziert sind, die Vollbeschäftigung gesichert und die Preise stabil sind." Das kann die in Albanien herrschende Arbeiterklasse zu Beginn des 6. Fünfjahresplans stolz verkünden. Wo gäbe es ein unter der Herrschaft der Bourgeoisie stehendes Land, über das diese ähnliches sagen könnte! – (wm)

Spanien:

Streik bei Motor Iberica nach 98 Tagen abgebrochen

Nach 98 Tagen wurde der Streik der Belegschaft von Motor Iberica in Barcelona am 4.8. abgebrochen. Laut Meldung des Senders für ausländische Arbeiter München haben die Revisionisten von der PCE ausdrücklich den Abbruch des Streiks betrieben. Dabei handelt es sich nicht um einen taktischen Rückzug, sondern um eine vollständige Kapitulation vor den Kapitalisten, obwohl die Streikkasse voll und die Solidarität im In- und Ausland ungebrochen war. Noch wenige Tage vor Streikabbruch hatten die Presse- und Finanzkommissionen der Streikenden kämpferische Erklärungen abgegeben und veröffentlicht, daß die wöchentlich notwendigen 3 Millionen Peseten zur Unterstützung der Streikenden regelmäßig zusammenkamen. Die Mehrheit der Belegschaft war davon ausgegangen, den Streik über die offizielle Ferienzeit aufrechtzuerhalten, um dann in der mit Sicherheit zu erwartenden allgemeinen Streikbewegung im Herbst die Forderungen restlos durchzusetzen.

Über den volksdemokratischen Charakter der gegenwärtigen Etappe der Revolution in Spanien
Brief des ZK der ORT an das ZK der MCE vom April 1975
In: Kommunismus und Klassenkampf Heft Nr. 5/1976
Preis: 2,– DM

Die Unternehmensleitung konnte während der letzten Zeit 40 % der Produktion aufrechterhalten durch organisierte Streikbrecher, die in Bungalows der Firma wohnten und vom Werkschutz zur Arbeit gebracht wurden. Dadurch konnte die Firma das Saisongeschäft mit Landmaschinen einigermaßen unter Dach und Fach bringen.

Die Revisionisten, die mehrheitlich in der Streikleitung sind, begründeten den Streikabbruch damit, daß man jetzt einlenken müsse, um Zugeständnisse zu erreichen, und daß man den Kampf auf innerbetriebliche Auseinandersetzungen zurücknehmen müsse. Mit dieser Begründung hatten sie schon den Streikabbruch bei Michelin erzwungen, nachdem die Belegschaft bis Anfang Mai 90 Tage gestreikt hatte.

Die Revisionisten erklärten jetzt auch, daß die Solidarität der anderen Betriebe im Herbst nachlassen werde, weil die Belegschaften dann für ihre eigenen Forderungen streiken wollten. Bei den Betriebsversammlungen hatten sie dafür gesorgt, daß die Vertreter anderer Betriebe und die Frauen der Motor-Iberica-Arbeiter ausgeschlossen wurden. Bei der letzten Streikversammlung wurde eine Abstimmung durchgeführt, bei der sich 70 % für und 30 % gegen Fortsetzung des Streiks aussprachen. Die Revisionisten erklärten darauf, das sei „eine zu schmale Basis" und kamen am nächsten Tag mit einer Erklärung der Streikleitung heraus, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde.

Die Bedingungen, die die Streikleitung mit den Motor-Iberica-Kapitalisten ausgehandelt hat, sind eine volle Niederlage:

1. Eintragung aller arbeitswilligen Arbeiter in Listen.
2. Der Kapitalist entscheidet, wer eingestellt wird.
3. Alle werden neu eingestellt und verlieren alle Rechte aus Betriebsvereinbarungen.
4. Verpflichtung, 3 Monate keinerlei Kampfmaßnahmen durchzuführen.

Die Revisionisten wollen mit allen Mitteln ihre Zulassung als legale Partei vom faschistischen Regime erkaufen. Sie kratzen dafür dem neuen Ministerpräsidenten die Fußmatte und sind zu jedem Verbrechen an den Interessen der Arbeiter bereit. Die Äußerung des Arbeitsministers, der Streik von Motor Iberica sei eine „nationale Schande" haben sie gut verstanden und den Streik bei Motor Iberica wie zuvor den Streik bei Michelin für ihre Parteizulassung durch die Faschisten verkauft. – (bb)

200000 Landarbeiter und Kleinbauern demonstrieren in Spanien

Gegen die Agrarpolitik des faschistischen Regimes in Spanien demonstrierten in der vergangenen Woche 200000 Landarbeiter und Kleinbauern aus Andalusien in Jaén, einem Ort mit 80000 Einwohnern. Das ist die erste große Demonstration auf dem Land in Spanien seit 1939. Nach jahrelang anhaltenden Kämpfen der Arbeiterklasse in den Städten erhebt sich auch die Riesenarmee der Landarbeiter und kleinen Bauern. Die arbeitenden Klassen Spaniens stehen im aktiven Kampf gegen das faschistische Regime.

Westdeutsches Finanzkapital greift nach italienischen Goldreserven

Am 5. September ist der 2 Milliarden Dollar Kredit der Deutschen Bundesbank an Italien fällig. Italien hatte dafür ein Fünftel seiner Goldreserve in Höhe von 10 Milliarden Dollar verpfänden müssen. Italien kann den Kredit der Bundesbank nicht zurückzahlen. Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesbank und der italienischen Notenbank statt über die Bedingungen zur Verlängerung des Kredits. Inzwischen ist der Goldpreis um mehr als ein Viertel gefallen, was die italienische Golddeckung entwertet hat. „Dem Vernehmen nach haben ... die Beauftragten der Bundesbank um eine Erhöhung der Goldsicherheit für den Kredit gebeten. (...) Die Goldgarantie müßte also bei einer Verlängerung des gesamten Kredits um ein Viertel erhöht werden. Auch eine Neufestsetzung des Zinssatzes soll im Gespräch sein", berichtet die „Süddeutsche Zeitung" am 21. August. Das westdeutsche Finanzkapital geht daran, die einzige noch vorhandene Währungsreserve der italienischen Bourgeoisie in die Hand zu bekommen und damit den Zugriff des Gläubigers auf den italienischen Bourgeoisstaat zu verstärken.

Wirtschaftsminister Friderichs in Norwegen

Wirtschaftsminister Friderichs in Norwegen

An der Spitze einer Delegation von westdeutschen Kapitalisten der Erdöl-, Chemie- und Stahlbranche hat Wirtschaftsminister Friderichs Ende letzter Woche Norwegen besucht. Norwegen soll Erdgas, Erdöl und Eisenerz für ein neues Stahlwerk an der Nordseeküste bei Emden liefern. Westdeutsche Konzerne wollen an den Fördergesellschaften verdienen. Die Zahlungen für die Rohstoffe sollen nicht in Norwegen bleiben, „da die (norwegische) Regierung es nicht für vertretbar hält, wesentlich mehr als 6 Milliarden norwegische Kronen (2,8 Milliarden DM) jährlich in Form von Steuererleichterungen und Sozialleistungen an die Bevölkerung weiterzugeben." (Handelsblatt 19.8.1976) Von „Weitergabe an die Bevölkerung" kann keine Rede sein, allenfalls vom Unterhalt einer Dienerschicht für eine schnell sich bereichernde Bourgeoisie. Die norwegische Bourgeoisie rechnet ab 1980 mit einer Tilgung ihrer Auslandsschulden und mit höheren Einnahmen aus Konzessionen und Rohstoffverkäufen, als sie rasch und profitabel im Land selbst anlegen kann. Sie sucht vorsorglich nach Kapitalanlagemöglichkeiten im Ausland, um vom Zins zu leben. Die westdeutsche Bourgeoisie ergreift die Gelegenheit mit beiden Händen, billig die Rohstoffe eines anderen Landes in die Hand zu bekommen und zugleich mit dem Kapital einer schwächeren Bourgeoisie die eigene Kapitalbasis zu stärken.

Acht Jahre nach Besetzung der CSSR sozialimperialistische Truppen noch verstärkt

Im August 1968 überfielen die Truppen des sowjetischen Sozialimperialismus die Tschechoslowakei. Damals erklärten die Sozialimperialisten, es handle sich um eine zeitlich begrenzte Unterstützungsaktion zur Rettung des Sozialismus in der CSSR. Heute, acht Jahre nach dem Überfall, halten nach wie vor russische Truppen die Tschechoslowakei besetzt. Mit drei Panzerdivisionen und drei motorisierten Infanteriedivisionen, die in der letzten Zeit noch verstärkt worden sind, unterdrücken sie die Unabhängigkeit der CSSR und stützen die von ihnen abhängige regierende Bourgeoisclique in der CSSR gegen die Arbeiterklasse des Landes. (ATA)

Zum zehnten Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes

„Unabhängigkeitsplan für Namibia" – neues Betrugsmanöver des südafrikanischen Kolonialregimes

Vor zehn Jahren, am 26. August 1966, eröffnete die „Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia" (SWAPO) den bewaffneten Befreiungskampf gegen das südafrikanische rassistische Kolonialregime. 60 Jahre nach Zerschlagung des bewaffneten Stammeswiderstandes durch die damalige deutsche Kolonialmacht begann des namibische Volk, der herrschenden Gewalt des südafrikanischen Siedlerregimes die revolutionäre Gewalt der Volksmassen entgegenzusetzen.

Hinter diesem Schritt stand die Erfahrung, daß jahrzehntelange Hoffnungen auf ein Ende des Apartheidregimes durch Petitionen und friedliche Reformen Illusion waren, daß Reformismus und Pazifismus der Ausplünderung des namibischen Volkes und der namibischen Bodenschätze und der rassistischen Kolonialunterdrückung keine Schranken setzen, geschweige denn sie beseitigen konnten.



Kundgebung der SWAPO am Stadtrand von Windhoek

Begünstigt und ermutigt durch die Vertreibung der portugiesischen Kolonialisten aus Afrika hat der Kampf des namibischen Volkes für nationale Unabhängigkeit, gegen das Bündnis von imperialistischem Kapital, südafrikanischem Kolonialstaat und einheimischer Siedlerbourgeoisie seit dem letzten Jahr einen enormen Aufschwung genommen. Beschränkte sich der bewaffnete Kampf bis 1975 noch weitgehend auf die Grenzgebiete der Nordzone und auf vereinzelte Anschläge mit Minen, so greifen die Befreiungskämpfer nun Konvois, befestigte Plätze und andere Objekte des Feindes in ganz Ovamboland, dem größten und am dichtesten bevölkerten Bantustan im Norden, aber auch im „weißen Gebiet" an. Das Kolonialregime erklärte daraufhin den Norden zur „Sicherheitszone", verhängte eine nächtliche Ausgangssperre, übergab der Armee polizeiliche Befugnisse und ließ entlang der angolanischen Grenze eine einen Kilometer breite Feuer-frei-Zone anlegen, um die Nachschub- und Rückzugslinien der SWAPO durchzuschneiden. Deutlich erklärte die südafrikanische Regierung ihren Willen, den nationalen Befreiungskampf der Namibier blutig und mit allen Mitteln niederzuschlagen. Der Minister für Bautenverwaltung Botha:

„Niemand sollte daran zweifeln, daß es die Absicht Südafrikas ist, diesen Verpflichtungen (bezüglich Namibia, Anm. d. Verfassers) nachzukommen, und zwar in einer Art und Weise, die in krassem Gegensatz zu den begrenzten Aktionen steht, die in Verbindung mit den begrenzten Aktionen in Angola gestanden haben." (journal südafrika Nr. 4/1976, Seite 13)

Die Militärausgaben nehmen im südafrikanischen Haushalt für 1976/77 um 40 Prozent zu – bei insgesamt stagnierendem Etat! Doch selbst die Rassisten können die Erfolge des Befreiungskampfes nicht mehr leugnen. Die Windhoeker „Allgemeine Zeitung", Organ der deutschsprachigen Siedler, zitiert einen „angesehenen Weißen" in Ovamboland:

„Trotz Polizei, Wehrmacht und Ausnahmezustand sind die Weißen in Ovambo gegenüber dem Terrorismus nahezu machtlos." (21. Mai)

„Zunehmende Unterstützung für SWAPO" muß die „Allgemeine Zeitung" feststellen und zugeben:

andere Objekte des Feindes in ganz
Ovamboland, dem größten und am
SWAPO" muß die „Allgemeine Zeitung" feststellen und zugeben:

„Maßnahmen gegen die Terroristen haben, soweit bekannt, zu keinen entscheidenden Erfolgen geführt. Diese Situation hat demoralisierende Auswirkungen auf die örtliche schwarze Bevölkerung, die weißen Beamten und die Firmen, die mit Entwicklungsprojekten beschäftigt sind. Vor allem in den dichter besiedelten Gebieten werden bewaffnete Banden von der Bevölkerung unterstützt, Terroristen werden nicht der Polizei oder der Wehrmacht übergeben. (. . .) Jedenfalls wird die Aufgabe von Polizei und Wehrmacht angesichts des mangelnden Willens zur Zusammenarbeit seitens der Bevölkerung erschwert." (27. April)

Und auch die Kolonialwirtschaft zeigt Wirkung unter den Erfolgen des Befreiungskampfes:

„Die Initiative der privaten Wirtschaft wird zurückhaltender, die Investitionstätigkeit erlahmt, der Grundstücksmarkt ist ruhig, Kapitalabfluß ist bemerkbar. Auch der Privatmann trifft Regelungen, um nicht von möglichen Entwicklungen überrollt zu werden." (Allgemeine Zeitung, 18. Mai)

Auf diese ausgezeichnete Entwicklung antwortete der südafrikanische Kolonialstaat, der zugleich international immer mehr in Isolierung und durch die Massenkämpfe in Azania selbst immer mehr unter Druck gerät, in den letzten Monaten mit einer weiteren Forcierung seiner Doppelstrategie von direkter Unterdrückung und politischen Spaltungs- und Betrugsmanövern.

Südafrikanische Truppen drangen dabei mindestens vierzehnmal in Sambia ein, ebenso nach Angola.

Am 31. August läuft das Ultimatum der UNO ab, in dem Südafrika aufgefordert wird, seine Truppen aus Namibia abzuziehen und freie Wahlen abzuhalten. 13 Tage vorher, am 18. August, ließ die Kolonialverwaltung mitteilen, der Verfassungsausschuß der sogenannten „Verfassungskonferenz" in Windhoek habe sich auf einen Plan zur Erreichung der Unabhängigkeit Namibias geeinigt: Am 31. Dezember 1978 soll danach Namibia unabhängig werden. Bis dahin soll eine „gemischtrassige Übergangs-(Interims-)Regierung" gebildet werden.

Was bedeutet dieser „Unabhängigkeitsplan?

Vorgeschlagen wird er von einer Versammlung angeblicher „Vertreter der verschiedenen Völker" Namibias, in Wirklichkeit gekaufter und an der Leine der Kolonialmacht laufender Marionetten aus den verschiedenen ethnischen Gruppen – einer Versammlung, die von vorneherein unter Ausschluß der SWAPO und anderer Parteien der Namibier ablief. (Vgl. Kommunistische Volkszeitung, 27. Mai)

Inhaltlich scheint der „Unabhängigkeitsplan" ziemlich genau den Vorschlägen zu entsprechen, wie sie im Mai von einem Vertreter der weißen Siedlerbourgeoisie vorgetragen wurden:

„Warum befaßt sich die Konferenz nicht mit dem Gedanken einer Interimsregierung? Kann man nicht gewisse Institutionen, die die langweilige Bezeichnung Ausschüsse tragen, mit etwas klangvolleren Namen, beispielsweise Interimsregierung, ausstatten? Kann die Konferenz nicht wenigstens bescheidene Exekutivvollmachten erhalten? (. . .) Kann die Konferenz nicht eine bedeutende Public-Relations-Agentur im Ausland beauftragen, für sie zu arbeiten (. . .)? Kann sie nicht dafür sorgen, daß die Diskriminierung besonders dort, wo sie am meisten auffällt, endlich abgeschafft wird? Warum immer noch Klassen-Taxis und Apartheidszeichen auf Flugplätzen und bei der Eisenbahn?"

Die Verantwortung für die „Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung" müsse natürlich so lange bei der südafrikanischen Regierung bleiben, „bis Südwestafrika in der Lage ist, diese Pflichten selbst zu übernehmen". (Allgemeine Zeitung, 7. Mai)



Vor zehn Jahren hat das Volk von Namibia den bewaffneten Befreiungskampf aufgenommen gegen das Kolonialregime der europäischen Siedler.

Die Linie ist eindeutig: Gebrauch „klangvollerer Namen", Wegretuschieren allzu auffälliger Erscheinungsformen der Apartheid, Beibehaltung der südafrikanischen Herrschaft in der Verkleidung afrikanischer „Mitbestimmung", bis der Unterdrükkungsapparat der Marionetten steht. Die Plünderung der namibischen Wirtschaft vom südafrikanischen und westlich imperialistischen Kapital bleibt unangetastet.

Dementsprechend verurteilt die SWAPO den „Unabhängigkeitsplan" als „Versuch von Marionetten, die Welt zu täuschen". (Daily Telegraph, 20. August) Der UNO-Hochkommissar für Namibia, Sean McBride, erklärt, der Plan sei ein „Trick, um Zeit zu gewinnen, damit eine Pretoria-hörige Marionettenregierung eingesetzt werden könne". (Süddeutsche Zeitung, 21. August) Und der UNO-Ausschuß für Namibia hat den Plan inzwischen abgelehnt, weil er im Gegensatz stehe zu den von der UNO festgelegten Zielen.

Mit dem betrügerischen „Unabhängigkeitsplan" entspricht der südafrikanische Kolonialstaat dem Konzept der westlichen imperialistischen Mächte. Um ihre strategischen Interessen in Namibia, im südlichen und im Gesamtafrika zu waren, tönen sie schon seit längerem „Weg mit der Apartheid", „Unabhängigkeit für Namibia", „Friedliche Lösung". Ihr Ziel ist die neokoloniale Lösung. Der „Unabhängigkeitsplan" ist dafür ein wichtiger Baustein.

Um den bewaffneten Befreiungskampf niederzuschlagen, begnügen sich die Imperialisten nicht damit, dem Apartheidsregime in vielfältiger Weise militärisch und wirtschaftlich Hilfestellung zu geben. Zugleich versuchen sie, die nationale Unabhängigkeitsbewegung von innen her zu zersetzen. Laut „Observer" vom 16. Mai war der BRD-Imperialismus unmittelbar an Spaltungsmanövern gegenüber der SWAPO beteiligt. Interne Auseinandersetzungen in der Befreiungsbewegung versuchen Imperialisten und Rassisten zu verschärfen und zu nutzen; die Bundesregierung plant in Sambia ein Institut, an dem sie SWAPO-Kader ausbilden lassen möchte; der SWAPO wird das Angebot gemacht, wenn sie vom bewaffneten Kampf ablasse, könne sie an der Verfassungskonferenz teilnehmen.

Besonders tückisch sind schließlich Friedensappelle der Kirchen, die teilweise noch erheblichen ideologischen Einfluß im namibischen Volk und in der Unabhängigkeitsbewegung haben.

Doch die Antwort der SWAPO auf alle Manöver, das Volk von Namibia zu entwaffnen und weich zu machen für die neokoloniale Lösung, ist eindeutig wie zu Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes vor 10 Jahren:

„SWAPO wird ihren bewaffneten Kampf fortsetzen, bis eine wirklich vom namibischen Volk anerkannte Regierung gebildet ist." (Daily Telegraph, 20. August) – (w., Münster)

schuß für Namibia hat den Plan inzwi-
Spaltungsmanövern gegenüber der
graph, 20. August) – (w., Münster)

Streik afrikanischer Arbeiter in Johannesburg



Demonstration der Afrikaner in der Siedlerstadt Jabavu Anfang August. Mit Aktionen in vielen Städten setzt das Volk von Azania den Kampf gegen das Kolonialregime fort. In der vergangenen Woche haben die Kampfaktionen auch auf die Hafenstadt Port Elizabeth übergegriffen. Vergleiche den Artikel auf Seite 14.

In der Zeit vom 23. bis 25. August führen die im Transport- und Verkehrswesen der Stadt Johannesburg beschäftigten afrikanischen Arbeiter einen Streik durch. Seit Freitag wurde dazu auf Flugblättern in Soweto, Alexandra, Trembisa und den anderen townships rund um Johannesburg aufgerufen. Am Sonntag wurde der Streikaufruf breit befolgt. Am Montagmorgen hatte das Kolonialregime der europäischen Siedler an allen Zentren von Johannesburg und der townships Polizei aufmarschieren lassen. Die Autobusgesellschaft und die Taxiunternehmen haben den Betrieb eingestellt in den Wohngebieten der Afrikaner. Um den Streik zu zerschlagen, hat die Polizei gegen die streikenden Arbeiter das Feuer eröffnet. 6 Afrikaner sollen verwundet, einer getötet worden sein. Dennoch sind die afrikanischen Arbeiter auch am Montag nicht an ihren Arbeitsplätzen in Johannesburg erschienen. 80 Prozent der afrikanischen Arbeiter sind nicht nach Johannesburg gefahren. (Süddeutsche Zeitung, 24. August)

Der Streik richtet sich gegen die Verfolgungen und massenhaften Verhaftungen von Afrikanern und Indern durch das Siedlerregime. Während der letzten zwei Monate sind über 2 000 inhaftiert worden.

Sieben der von dem Vorster-Regime als Repräsentanten der Bantu-Gebiete eingesetzten Afrikaner haben sich jetzt gegen das Siedlerregime gestellt.

In einer gemeinsamen Erklärung heißt es, das Vorster-Regime habe der ganzen Welt gezeigt, „daß die einzige Sprache, die es bereit zu verstehen ist, die der Gewalt ist". Sie fordern die Beseitigung der Bantuverwaltung, die die Afrikaner als „Instrument der Unterdrückung" ansehen. Außerdem erklären sie, nicht für eine „Scheinunabhängigkeit" eintreten zu wollen und „nicht verzichten zu wollen auf ihr Geburtsrecht als Südafrikaner".

Konferenz der Blockfreien

Die Staats- und Regierungschefs oder deren Vertreter von 85 Staaten der Dritten Welt haben zum Abschluß der Gipfelkonferenz der Blockfreien mehrere Resolutinen verabschiedet.

Gefordert wird u.a., den Indischen Ozean in eine Friedenszone zu verwandeln. Die Konferenz „verurteilt die Schaffung, Aufrechterhaltung und Entwicklung von Stützpunkten und von ausländischen und imperialistischen militärischen Einrichtungen wie Diego Garcia durch die Großmächte, die ihre strategischen Interessen verfolgen, ebenso wie die beständige Verschärfung der militärischen Rivalität der Großmächte und der Spannung im Indischen Ozean". Die Küstenstaaten und die Binnenstaaten rund um den Indischen Ozean werden aufgefordert, die „ausländischen Stützpunkte und die militärischen Einrichtungen zu beseitigen". Sie seien eine Gefahr für die territoriale Integrität und die friedliche Entwicklung der Region. Zugang zum Indischen Ozean sollen gemäß dem internationalen Recht nur solche Schiffe haben, die „keine militärische oder strategische Bedrohung der Unabhängigkeit, Souveränität und der territorialen Integrität der Küsten- und Binnenstaaten darstellen". Dem Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika gegen die weißen Siedlerregimes wird volle Unterstützung zugesichert. Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, „einzeln und gemeinsam Sanktionen zu ergreifen gegen Frankreich und Israel, insbesondere einen Erdölboykott, weil sie beständig die Resolutionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebrochen haben, die Waffenlieferungen an das Apartheid-Regime in Südafrika verbieten". Die französische Aggression gegen die Comoren wird verurteilt. Der französische Imperialismus hat bis heute die Insel Mayotte, die Teil der Comoren ist, nicht freigegeben. Alle Staaten werden ferner aufgefordert, „auf militärischem, moralischem und materiellem Gebiet völlige Unterstützung den arabischen Staaten und dem palästinensischen Volk unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO zu geben im Kampf, den sie führen zur Beendigung der israelischen Aggression". (Zitate aus Le Monde, 21. und 24. August)

schen Aggression". (Zitate aus Le Monde, 21. und 24. August)

Die wirtschaftliche Krise beschleunigt den Bankrott des südafrikanischen Kolonialregimes

Die mutigen Kämpfe der Volksmassen von Azania haben sich weiter fortgesetzt und auf das ganze Land ausgedehnt. Der unaufhaltsame Bankrott des südafrikanischen Kolonialregimes wird durch die seit zwei Jahren immer tiefer werdende wirtschaftliche Krise beschleunigt.

Bis Februar war die Industrieproduktion um gerade 1 % gegenüber einem Jahr zuvor gestiegen. Das Bruttosozialprodukt wird im laufenden Jahr im besten Fall gleich bleiben. Die Pleiten häufen sich; die „uneintreibbaren Forderungen" haben sich 1975 dem Wert nach um 41 % erhöht. Die Preise sind bis diesen Mai um runde 12 % gestiegen, wobei das selbst die bürgerliche Presse in Westdeutschland für beschönigend hält.

Diese tiefe Krise ist hauptsächlich Folge der weltweiten Wirtschaftskrise des Imperialismus und der Erfolge des Befreiungskampfes im südlichen Afrika. Die Unabhängigkeit von Mozambique hat dem Rassistenregime günstige Verschiffungsmöglichkeiten im ehemaligen Lourenço Marques und billige Arbeitssklaven genommen. Dazu hat die Bergwerkskammer auf ihrer Jahreshauptversammlung erklärt, der Anteil der Bergarbeiter aus Südafrika in den südafrikanischen Minen sei von 25 % Ende 1974 auf 43 % gestiegen. Weitere Lasten werden der Regierung durch die Bedrängnis ihrer Kumpanen in Zimbabwe auferlegt. Zum anderen ist die Wirtschaft beherrscht von den ausländischen Monopolen, die von jeher ausschließlich auf Raub aus waren. Daher ist die Wirtschaft des Landes auch vollständig der Anarchie des imperialistischen Weltmarktes ausgesetzt.

Azania ist eines der an Rohstoffen reichsten Länder. Der Außenhandel des weißen Kolonialregimes, das im Auftrag des Imperialismus regiert, ist erfaßt in der Zahlungsbilanz. Seit 1972 hat diese sich immer mehr ins Minus entwickelt. Das mußte notwendig so kommen, denn aus Südafrika werden vor allem Rohstoffe exportiert und mit der wirtschaftlichen Krise der Imperialisten sank ihre Nachfrage nach Rohstoffen und die Preise dafür noch mehr. Entsprechend sinken die Exporteinnahmen. Andererseits sind die Preise für Fertigwaren aus den imperialistischen Ländern weiter gestiegen, die Ausgaben für die notwendigen Importe also auch. In dieser Situation wurde letztes Jahr die südafrikanische Währung um 23 % abgewertet. Für die Imperialisten wurden dadurch die exportierten Rohstoffe noch billiger, und an den Importen verdienen sie noch mehr, weil sie in Südafrika teurer wurden.

Daraufhin haben sich zwar die Exporte mehr erhöht und die Importe erniedrigt, aber nur der Menge nach. Der Preissumme nach haben sich die Importe um 14 % erhöht, die Exporte lediglich um 1,8 %. So hat sich das Defizit der Zahlungsbilanz noch erhöht und im ersten Vierteljahr 1976 hat es einen weiteren tiefen Sturz gegeben. Bis März wurde bereits das gesamte Minus von 1975 um ein Viertel übertroffen.

Wie dadurch der Ausverkauf des reichen Landes vorangetrieben wird, zeigt die Produktion der Kohle. Obwohl die schwarzen Arbeiter jährlich 70 Millionen Tonnen Kohle aus ihrem Land fördern und nur 20 Millionen Tonnen im Inland gebraucht werden, werden die Kohlen in diesem Jahr knapp werden, weil alles exportiert wird. Die Bergwerkskonzerne investieren nur noch in Minen, „die Exportzwecken zur Verfügung stehen". (Blick durch die Wirtschaft, 5.7.) Natürlich werden die weißen Rassisten darunter nicht zu leiden haben, sondern die Volksmassen von Azania.

Zur weiteren Einschränkung der Einfuhren wurde Ende Juli ein Importdepot eingeführt. Danach müssen für eingeführte Waren 20 % des Warenwertes zinslos bei der Zollbehörde für sechs Monate hinterlegt werden. Ausgenommen ist alles, was die Imperialisten im Lande selbst brauchen: Waffen, Rohöl und Investitionsgüter. Der einzige Effekt wird also eine weitere Verteuerung der Einfuhren sein, die in den Konsum der Massen eingehen.

Etwa acht Millionen des Volkes von Azania haben die Imperialisten in die Townships gepfercht, um deren Arbeitskraft in ihren Fabriken und Bergwerken auszupressen. In der Krise nun rationalisieren die Monopole für ihren Profit. „Auf diesem Gebiet arbeitet die Forschungsabteilung der Bergbaukammer auch mit deutschen Unternehmen zusammen", schreibt „Blick durch die Wirtschaft" am 20. Juli. Tatsächlich wurden allein im Bergbau im letzten Jahr 45000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Dadurch ist die Zahl der Bergarbeiter um 6 % gesunken, die Produktion aber bloß um 1 %, so daß die verbliebenen mehr arbeiten müssen. Die etwa 600000 schwarzen Arbeiter haben 581 Millionen Rand verdient, die 92000 weißen Aufpasser und Beschäftigten 649 Millionen Rand. Der Abstand zwischen den Bestechungsgeldern für die Weißen und den Löhnen für die Afrikaner hat sich weiter ausgedehnt. Am Jahresanfang hat die Regierung einen Lohnstopp verkündet und zum 1. Juli wurden die Steuern drastisch erhöht. Andererseits wurden an die Bergwerkskapitalisten 1975 nach Angaben der Bergwerkskammer 520 Millionen Rand Dividende ausgeschüttet. (1 Rand ist zur Zeit knapp 3 DM wert.)

Da die Volksmassen Azanias ohnehin am physischen Existenzminimum gehalten werden, stellt jede Erhöhung der Auspressung für die Massen eine direkte Einschränkung der Lebensfähigkeit dar. Die gegenwärtige tiefe wirtschaftliche Krise des Kolonialregimes treibt den Kampf für die nationale Befreiung zusätzlich voran.

Nach den ersten Kämpfen in Soweto war in der westdeutschen Kapitalistenpresse zu lesen, Südafrika habe „nicht mehr viel Zeit", denn es müsse „baldmöglichst das Vertrauen an den ausländischen Finanzplätzen wiedergewinnen" (Blick durch die Wirtschaft, 1.7.). Das ist ein klarer Auftrag an das Siedlerregime einerseits und ein Beweis andererseits, daß das südafrikanische Rassistenregime keinen Tag mehr lebensfähig wäre, würde es nicht vom Finanzkapital ausgehalten. Bis März hat sich seine Verschuldung an das Ausland auf eine Milliarde Rand erhöht. Das ist nahezu eine Verdoppelung innerhalb von drei Monaten. Vorletzte Woche hat der Internationale Währungsfonds mit einem Kredit von 180 Millionen Dollar (rund 460 Millionen DM) den finanziellen Bankrott der Kolonialregierung verhindert. Das war kurz nach dem „positiven Echo" (so Blick durch die Wirtschaft am 26.7.) des Treffens Kissinger-Schmidt-Vorster. AEG und Siemens haben einen 240 Millionen DM Lokomotivenauftrag eingesackt, die Monopole der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Japans und Italiens steigen kräftig in den Bergbau ein.

Nach Angaben der Zentralbank Südafrikas erreichten bis Ende 1973 die direkten Auslandsinvestitionen 5616 Millionen Rand, die indirekten weitere 4764 Millionen Rand. Das sind zusammen über 10 Milliarden Rand, oder zum heutigen Kurs umgerechnet über 30 Milliarden DM. Die westdeutschen Imperialisten geben ihre Direktinvestitionen Ende 1975 mit 538 Millionen DM an. Fast die Hälfte davon haben sie in den letzten beiden Jahren investiert. Die Imperialisten sind fest entschlossen, sich Südafrika als Brückenkopf für die Ausbeutung des afrikanischen Südens zu erhalten. Sie müssen sich auf das Siedlerregime stützen und das Siedlerregime kann sich nur halten, weil es von den Imperialisten gestützt wird. Beide scheuen vor keiner Bluttat zurück und der Militäretat der südafrikanischen Regierung wurde um 40 % auf 1,35 Milliarden Rand erhöht. Gleichzeitig allerdings verlagern sich die Kredite der Imperialisten immer mehr auf solche mit kurzer Laufzeit und schneller Rückzahlung. Sie spüren, daß sie das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können.

Die afrikanischen Volksmassen wissen um diese Lage auch und das macht ihre Entschlossenheit aus. – (fb)

(Wirtschaftliche Daten aus Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine, Blick durch die Wirtschaft, Nachrichten für Außenhandel)

Rundreise der ZANU

Rundreise der ZANU

Ein Erfolg des proletarischen Internationalismus!

Die vom 26. Juli bis 18. August durchgeführte Veranstaltungsrundreise einer Delegation der ZANU in 22 Städten Westdeutschlands und Westberlin ist ein großer Erfolg in der Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und ein Schlag gegen den BRD-Imperialismus.



Das Bild zeigt die Veranstaltung mit der Delegation der ZANU in Hamburg am 2. August. Über 500 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten nahmen daran teil.

Die Rundreise erfolgte auf Einladung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Die Delegation der ZANU wurde geleitet durch den Genossen Tekere, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, der am 3. August zusammen mit der Genossin Tekere aus Mozambique sich der Delegation anschloß. Außerdem gehörten der Delegation der Genosse Rex Chiwara, der Vertreter der ZANU für Westeuropa, der Genosse Mutasa, Vorsitzender der ZANU-Sektion Großbritannien, und der Genosse Chidoda an, Vertreter der ZANU in Kanada.

Der Besuch trug bei zur Stärkung der Freundschaft zwischen dem Volk von Zimbabwe und der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland und Westberlin. Er festigte die Beziehungen zwischen der ZANU und dem KBW weiter, die vor drei Jahren mit dem im Kampf gefallenen Nationalen Vorsitzenden, Genossen Chitepo, geknüpft wurden und die sich seither stets neu bewährten. Zwischen der ZANU-Delegation und Vertretern des Zentralen Komitees des KBW fanden ausführliche und herzliche Gespräche statt.

Im Verlauf der Rundreise sprachen die ZANU-Genossen zu über 10 000 Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten auf Veranstaltungen in Heidelberg, Darmstadt, Karlsruhe, Wiesbaden, München, Westberlin, Kiel, Hamburg, Hannover, Göttingen, Bremen, Bochum, Köln, Münster, Osnabrück, Kassel, Frankfurt, Kaiserslautern, Freiburg, Stuttgart, Mannheim und erneut Westberlin. Der große politische Erfolg drückt sich aus im Spendenergebnis von insgesamt 221 000 DM, die allein auf den Veranstaltungen gespendet wurden.

Dieser Erfolg ist Ergebnis der Initiative der Massen, die möglich wurde durch die revolutionäre Linie des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU im Volkskrieg für die Zerschlagung des Siedlerregimes und die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und durch die proletarische Linie in der Mobilisierung für die Unterstützung dieses Kampfes durch den KBW. „Proletarier aller Länder vereinigt euch!", „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!", diese Losungen, die die gemeinsamen Interessen im Klassenkampf für die proletarische Weltrevolution ausdrücken, bestimmten die Kampagne und schallten der Delegation der ZANU zur Begrüßung überall entgegen.

Auf den Veranstaltungen fand deshalb die konsequente Haltung der ZANU-Vertreter begeisterte Zustimmung. So führten der Genosse Tekere und die anderen ZANU-Genossen aus, daß die ZANU 1963 die Erfahrungen des Volkes von Zimbabwe im jahrzehntelangen Kampf in den Prinzipien festgelegt hat: Bewaffnete Konfrontation, Fortführung des bewaffneten Kampfes bis zur Kapitulation des Rassistenregimes, Durchführung der nationaldemokratischen Revolution und Errichtung einer nichtrassistischen sozialistischen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Die ZANU legte außerdem fest, daß das Volk von Zimbabwe sein eigener Befreier sein wird, daß es sich im Kampf prinzipiell auf die eigene Kraft stützen wird. Der Genosse Tekere machte deutlich, daß es das Festhalten an diesen Prinzipien ist, das es der ZANU ermöglichte, allen Manövern und Anschlägen zum Trotz das Volk von Zimbabwe voranzuführen in einen immer breiteren Volkskrieg, daß es diese Prinzipien sind, die die Einheit der Massen Zimbabwes herstellen und die, egal wie lange der Kampf dauern mag, dem Volk von Zimbabwe den Sieg sichern.

Damit verurteilt die ZANU alle Einmischungsversuche der Imperialisten und Sozialimperialisten und ihr Ringen um Hegemonie über Zimbabwe zum Scheitern. Bei ihnen und allen bürgerlichen und revisionistischen Kräften lösen deshalb diese Prinzipien Entsetzen aus. Sie versuchen sie zu untergraben und in Zweifel zu ziehen. Anders bei den Völkern. Sie ermutigt und begeistert der bewaffnete Befreiungskrieg nach dem Grundsatz „Wir sind unsere eigenen Befreier", ihre Solidarität wird gestärkt.

Das drückte sich in der Kampagne in zahlreichen Initiativen und großem Einfallsreichtum zur Vorbereitung der Veranstaltungen aus. In den Abteilungen der Fabriken und in Gewerkschaftsgruppen, Schulen und Hochschulen wird die Kampagne geführt.

So sammelten zum Beispiel Kollegen von ACLA-Chemie in Köln Kleider im Betrieb und spendeten Geld für die Lastwagen; in Frankfurt übergab ein Arbeiter im Namen einer ÖTV-Betriebsgruppe das Ergebnis einer betrieblichen Spendensammlung. Eine Resolution der Gewerkschaftsgruppe zur Unterstützung der ZANU war gefaßt worden. Aus einem kleinen Ort in Bayern war eine Gruppe türkischer Arbeiter eigens zur Veranstaltung in Frankfurt gekommen, um ihre Unterstützung auszudrücken und der ZANU das Ergebnis einer Betriebssammlung zu übergeben.

Auf dem zentralen Spendenkonto sind bisher 339354,82 DM eingegangen. Die vier Lastwagen, die zusammen etwa 500 000 DM erfordern, sind bestellt. Die Rundreise hat unsere Möglichkeiten, diese Summe bis Ende September zu erreichen, weiter verbessert. Der Erfolg der Rundreise ist ein Ansporn, die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe weiter zu verstärken und sie als Bestandteil des Klassenkampfes zu einem wuchtigen Schlag gegen die imperialistische Bourgeoisie zu machen. – (hl)

Weiterführung der Sammlung für die 4 LKWs der ZANU:

Frankfurt. Rund 600 Teilnehmer hatte das Sport- und Solidaritätsfest im Günthersburgpark am Sonntag, den 22.8., zur Weiterführung der Sammlung für die 4 Lastwagen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Gleichzeitig diente es der Stärkung im Klassenkampf hier in Westdeutschland, weshalb Magistrat und Polizeiführung die Verhandlung zu verhindern versuchten, aber ein Verbot nicht durchsetzen konnten. An dem sportlichen Teil der Veranstaltung, der mit einer gemeinsamen Gymnastik eingeleitet wurde, beteiligten sich 18 Fußball- und Volleyballmannschaften aus Betrieben, Stadtteilen, Schulen und der Universität.

An dem kulturellen Teil der Veranstaltung nahmen mit Redebeiträgen, Liedervorträgen und Informationsständen teil: der Arbeitskreis Südliches Afrika, die Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes, das Nahost- und das Palästina-Komitee, das Indochina-Komitee, die Gesellschaft der Freunde Albaniens, der MAPU, das Soldaten- und Reservistenkomitee und die ATÖF und der Verein der Arbeiter aus der Türkei aus Alzenau.

Die Versteigerung eines in Chile hergestellten Pferdegeschirrs durch den MAPU erbrachte 340 DM, wodurch sich das Sammelergebnis dieses Sport- und Solidaritätsfestes für die 4 LKWs auf über 7600 DM erhöhte. Damit ist das Spendenergebnis in Frankfurt auf insgesamt über 56000 DM angewachsen.

Kleider- und Gerätetransport

Das nächste und letzte Schiff mit günstigem Frachtsatz geht nächsten Montag, den 30. August, in Bremen ab. Kleider (gewaschen) und Geräte für die ZANU müssen also rasch im Büro der Ortsgruppe Bremen abgegeben werden.

ZANU-Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Kto Nr.: 106 83 26

„Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion geht dahin, den Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken" (Karl Marx)

Der Marxismus-Leninismus ist die Wissenschaft der Arbeiterklasse und seine Begründer sind Karl Marx und Friedrich Engels. Die Wissenschaft der Arbeiterklasse muß vom Klassenkampf ausgehen, denn die Arbeiterklasse bildet in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur die arbeitende Klasse, von deren Arbeit die Fortexistenz der ganzen Gesellschaft abhängt, die Arbeiterklasse ist in der kapitalistischen Gesellschaft eine ausgebeutete und unterdrückte Klasse, von deren Ausbeutung und Unterdrückung die Herrschaft der Kapitalistenklasse abhängt. Die Wissenschaft der Arbeiterklasse vom Kampf gegen diese kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung ist bei der herrschenden Kapitalistenklasse dementsprechend unbeliebt, sie wird fortwährend unter schweren Beschuß genommen, als fehlerhaft, falsch, unsinnig usw. hingestellt.

Weil jedoch die Geschichte bewiesen hat, daß die Arbeiterklasse, wenn sie sich nur auf Grundlage ihrer Interessen zusammenschließt, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen und die Ausbeuterordnung endlich zerschlagen kann, genießen die Führer und Begründer der internationalen Arbeiterbewegung bei den Arbeitern und den unterdrückten Volksmassen auf der ganzen Welt großes Ansehen.

Dementsprechend ist es für die herrschende Kapitalistenklasse gar nicht einfach, den Marxismus-Leninismus herunterzumachen. Versucht wird es natürlich trotzdem. Weil es offen und geradeheraus wie gesagt schwierig ist, wird es gern hintenherum probiert.

In den Schulbüchern heißt es meistens, daß Karl Marx ein „genialer Kritiker des Frühkapitalismus" gewesen sei, der aber in Folge „Fanatismus" allerhand „überspitzt" und auch direkt falsch gesehen habe. Insbesondere der „Irrtum", daß der Kapitalismus zur Verelendung der Arbeiterklasse führe, sei „tragisch". Daß es „den Arbeitern heute besser geht" als ihren Vorfahren je, ist stehende Redewendung und ideologischer Dreh- und Angelpunkt bei allen Sozialdemokraten. Die heutigen Sozialdemokraten sind längst nicht mehr die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, als die sie vor mehr als hundert Jahren gegründet und von August Bebel geführt wurden. Sie behaupten inzwischen, die Geschichte habe bewiesen, daß die Arbeiterklasse ihre Lage am ehesten bessern könne, wenn sie Schritt für Schritt den Kapitalisten diejenigen Kompromisse abringe, die durch den Fortschritt der kapitalistischen Gesellschaft möglich geworden seien. Alles andere sei verfehlt. Als Beweis für die Richtigkeit ihres Geredes führen sie andauernd an, in den letzten hundert Jahren sei doch allerhand erreicht worden und zwar hauptsächlich von ihnen.

Ende Oktober laufen die Lohntarife für rund 300000 Arbeiter und Angestellte in der Stahlindustrie aus, Ende Dezember für die über 4 Millionen Arbeiter und Angestellten im metallverarbeitenden Gewerbe. Im Januar folgen die öffentlichen Dienste, die Post und die Bahn mit insgesamt 3,5 Millionen Beschäftigten, gleichzeitig das VW-Werk mit 90000 Mann Belegschaft. Das sind 7,5 bis 8 Millionen Arbeitskräfte. Das sind fast 40 % der in Westdeutschland „abhängig" Beschäftigten. Damit ist klar, daß in diesen Lohnbewegungen der Preis, den die westdeutschen Kapitalisten für die Arbeitskraft zahlen müssen, im wesentlichen festgelegt wird.

Die Gewerkschaften, die da sind, um in diesen Kämpfen die organisierte Kraft der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen, befinden sich in den Händen von Sozialdemokraten.

„Sich selbst an die Stelle des anderen zu denken, ist eine kardinale Notwendigkeit für politisches Handeln. Wer dies nicht kann oder nicht will, ist für friedliche Außenpolitik nicht zu brauchen – ebensowenig für eine demokratische Innenpolitik. Wer die Ziele und die Interessen des anderen nicht ernst nehmen will, der taugt nicht zum Kompromiß. Wer zum Kompromiß nicht taugt, kann den Frieden nicht bewahren."

Dieses Stück schlechte Philosophie ist von Helmut Schmidt, also einem führenden Mann der Sozialdemokratie. Seine Parteifreunde in den Gewerkschaften denken nicht anders. Sie denken sich dauernd „an die Stelle des anderen", d.h. der Kapitalisten. Darin sind sie ziemlich gut. Von dieser Stelle aus machen sie „Kompromisse". Der Kompromiß, den sie für die kommende Lohnbewegung anpeilen, wird darin bestehen, das Interesse der Kapitalistenklasse am Profit anzuerkennen. „Den Aufschwung nicht gefährden!" Das Interesse der Arbeiter am Lohn wird mit Behauptungen wie „Wenn es jetzt auch etwas schwieriger ist, so geht es den Arbeitern doch viel besser als je zuvor in der Geschichte" weggewischt. Fragt man, warum und inwiefern es den Arbeitern heute „besser" geht, so kriegt man zu hören: Der Lohn ist höher, die Arbeitszeit kürzer. Gegen die Wechselfälle der kapitalistischen Produktion wie Arbeitsunfälle, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. ist man gesichert.

Jeder weiß, die Entwicklung der Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktion herrscht, vollzieht sich nicht gleichmäßig, sondern in Krisen. Der westdeutsche Kapitalismus trat erst 1967 wieder in eine schwere, offensichtliche Überproduktionskrise ein. Daß seit dem Zweiten Weltkrieg an die zwanzig Jahre verstrichen sind, bevor sich die Geißel der Kapitalistenwirtschaft, die Überproduktion, wieder mit Macht bemerkbar machte, wird von den Sozialdemokraten gern als Beweis für die Reformierbarkeit des Kapitalismus angeführt. Das ist unverschämt.

Die Wahrheit ist, die Verluste an Menschenleben und Sachwerten, die in Folge der Raubgier der imperialistischen Kapitalistenklasse im Zweiten Weltkrieg entstanden sind, waren so riesenhaft, so gewaltig, daß zwanzig Jahre lang kaum Überproduktion möglich war. Die imperialistische Bourgeoisie ist so unverfroren, aus den Folgen ihrer schlimmsten Verbrechen noch ideologische Pluspunkte zu machen. Die Sozialdemokraten sind dabei behilflich. Die Krise der Jahre 1966/67 wurde als ein „Betriebsunfall" bezeichnet, der vermeidbar sei, wenn nur Sozialdemokraten ans Ruder kämen. Inzwischen schreiben wir das Jahr 1976, und was ist?

„Zur Überwindung der Auswirkungen der größten Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren mußten wir alle Kräfte aufbieten. Es ist gelungen. Der neue Aufschwung ist unübersehbar da." („Im Mittelpunkt der Arbeiten der Bundesregierung stand, besonders in der zweiten Hälfte der Wahlperiode die Wirtschafts- und Finanzpolitik.")

Und weiter:

„Als Ergebnis dieser Politik haben wir heute:
– eine Steigerung der Nettolöhne und Gehälter je Beschäftigtem in den vergangenen vier Jahren um je 34,4 %; bei Abzug der Preissteigerungen betrug der reale Nettoeinkommenszuwachs in der ablaufenden Wahlperiode je Arbeitnehmer über 10 %."

Das schreibt Helmut Schmidt im Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für die siebte Legislaturperiode. Es ist ein Schwindel. Dieser Schwindel ist berechnet auf alle Herrschaft sozialdemokratischer Parteifreunde in allen Klassenorganisationen der Arbeiter. Denn, diese 34,4 % hat keiner gesehen, geschweige denn erhalten, diese 10 % Nettoeinkommenszuwachs sind bis Abzug aller Preissteigerung hat keiner gekriegt. Es soll aber jeder denken, er hätte als einzelner eben Pech gehabt und sei eine Ausnahme. Wir haben aus den amtlichen Zahlen über das Lohneinkommen in der Industrie das nebenstehende Schaubild mit Tabelle zusammengestellt.

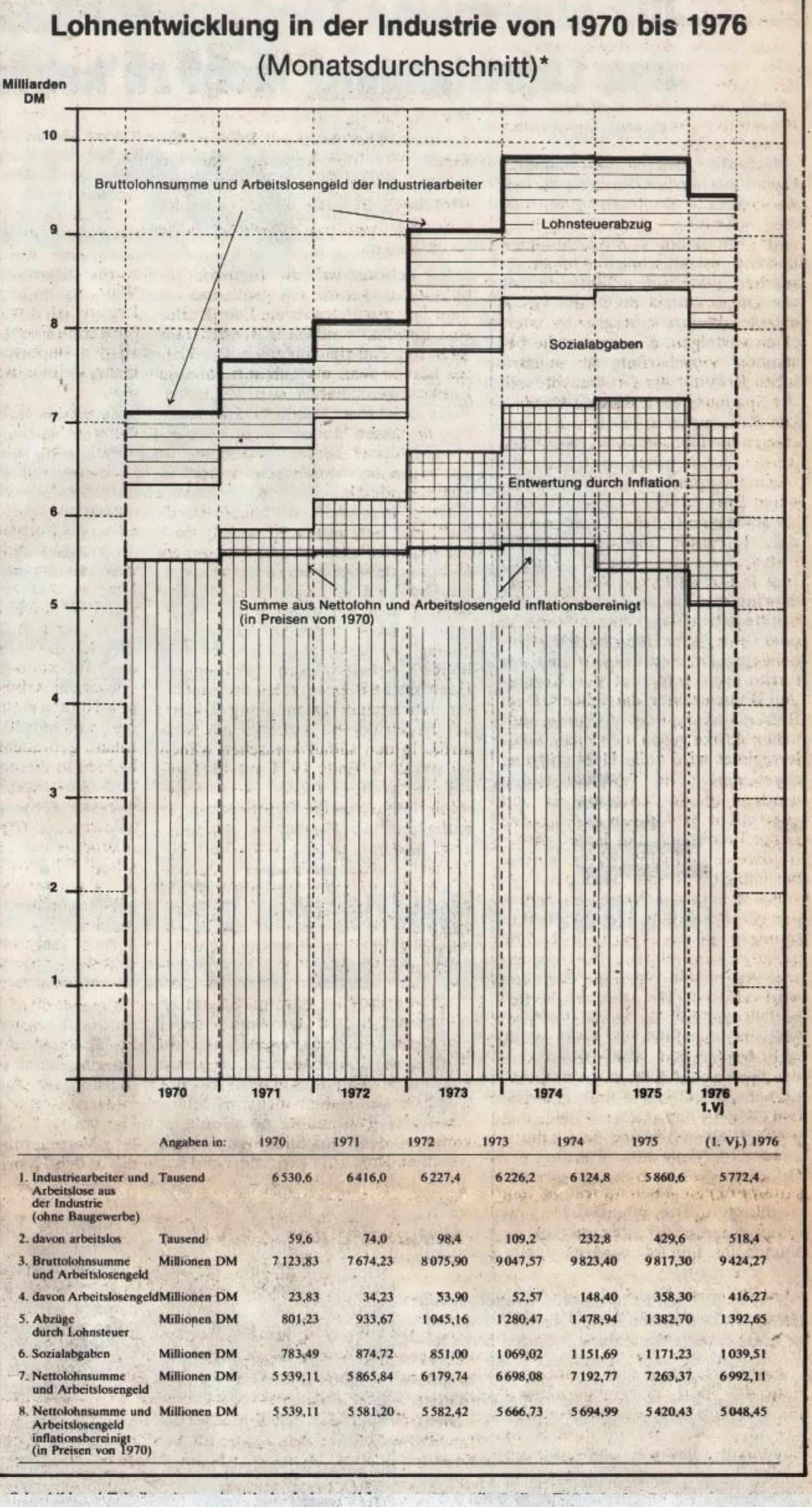
Die Lohnstatistik zeigt, daß zumindest während der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie und der Fraktionsherrschaft ihrer Parteifreunde über die Gewerkschaften, die „allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion, den Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken, sich ziemlich frei entfalten konnte. Das ist die Folge, wenn man die Kunst, sich „auf den Standpunkt des anderen zu stellen" so hoch entwickelt hat wie die heutigen Sozialdemokraten, die vom Profit ausgehen. Wir wollen aber aufmerksam machen, daß es ganz naiv wäre, zu glauben, die Kapitalisten wären mit diesen Lohnsenkungen etwa zufrieden. Sie wissen ganz genau, daß sich der Kapitalismus in dem Stadium der Fäulnis, wie er es heute erreicht hat, „seine Aufschwungphasen durch immer längere und schwerere Krisen" erkauft.

„Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phasen der Krisen und der Stagnation, ist der Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns gewärtig. Um nicht überhaupt der Geprellte zu sein, muß er, selbst während eines solchen Sinkens der Marktpreise, mit dem Kapitalisten darüber markten, in welchem proportionellen Ausmaß eine Lohnsenkung notwendig geworden sei. Wenn er nicht bereits während der Prosperitätsphase, so lange Extraprofite gemacht werden, für eine Lohnsteigerung kämpfte, so käme er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem Durchschnittslohn oder dem Wert seiner Arbeitskraft." (Lohn, Preis und Profit, S. 65/66)

Diese Schrift ist 110 Jahre alt und hat von ihrer Aktualität nichts verloren. Aus heutiger Sicht ist lediglich falsch, daß die Phase der Stagnation und Krise mit allgemein sinkenden Marktpreisen verbunden wäre. Die Kapitalistenwirtschaft hat inzwischen die Erscheinung der Inflation hervorgebracht, die darauf hinausläuft, daß während der Phase der Stagnation und Krise alle Preise weitersteigen, ausgenommen die Preise für die Arbeitskraft.

In den kommenden Lohnbewegungen werden die führenden Sozialdemokraten ein Geheule anstimmen, daß man den „Aufschwung schonen" müsse. Dagegen halten wir die Tatsache, daß die Herabsetzung des Reallohns, die in den letzten Jahren hingenommen werden mußten, gerade deswegen so schmerzhaft ausgefallen sind, weil die Sozialdemokraten in der vorhergegangenen Prosperität die Pflege der Prosperität zum Trumpf machten und die Ausgangslage dementsprechend war – oder ist es nicht richtig, daß den

Fortsetzung Seite 16



	Angaben in:	1970	1971	1972	1973	1974	1975	(1. Vj.) 1976
1. Industriearbeiter und Arbeitslose aus der Industrie (ohne Baugewerbe)	Tausend	6530,6	6416,0	6227,4	6226,2	6124,8	5860,6	5772,4
2. davon arbeitslos	Tausend	59,6	74,0	98,4	109,2	232,8	429,6	518,4
3. Bruttolohnsumme und Arbeitslosengeld	Millionen DM	7123,83	7674,23	8075,90	9047,57	9823,40	9817,30	9424,27
4. davon Arbeitslosengeld	Millionen DM	23,83	34,23	53,90	52,57	148,40	358,30	416,27
5. Abzüge durch Lohnsteuer	Millionen DM	801,23	933,67	1045,16	1280,47	1478,94	1382,70	1392,65
6. Sozialabgaben	Millionen DM	783,49	874,72	851,00	1069,02	1151,69	1171,23	1039,51
7. Nettolohnsumme und Arbeitslosengeld	Millionen DM	5539,11	5865,84	6179,74	6698,08	7192,77	7263,37	6992,11
8. Nettolohnsumme und Arbeitslosengeld inflationsbereinigt (in Preisen von 1970)	Millionen DM	5539,11	5581,20	5582,42	5666,73	5694,99	5420,43	5048,45

Schaubild und Tabelle zeigen, wie sich das Lohn- und Lebensniveau für die Industriearbeiter einschließlich der Arbeitslosen aus der Industrie in den letzten sechs Jahren entwickelt hat. Gegenüber den Betrügereien der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Vertreter vom Schlage Helmut Schmidts zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der Summe von Nettolöhnen und Arbeitslosengeld, in welchem Umfange selbst in den amtlichen Zahlen die Senkung des Lohn- und Lebensniveaus der Industriearbeiter als dem Kern der Arbeiterklasse sich ausdrückt.

Alle Angaben beziehen sich auf den Monatsdurchschnitt. Die rund zwei Millionen Angestellten in der Industrie sind in dieser Berechnung nicht enthalten. Ferner ist in den Aufstellungen des Statistischen Bundesamtes, denen unsere Angaben entnommen sind, die Bauindustrie nicht eingeschlossen. Im einzelnen wurden die Daten folgendermaßen ermittelt:

- die Zahl der Industriearbeiter und die Summe ihres monatlichen Bruttolohns aus der Aufstellung des Statistischen Bundesamtes (Wirtschaft und Statistik Nr. 7/76);
- die Zahl der Arbeitslosen aus der Industrie und der auf sie entfallende Teil des Arbeitslosengeldes wurde aufgrund von Angaben der Bundesanstalt für Arbeit für die Jahre 1974 und 1975 mit durchschnittlich 40 % der Arbeitslosen bzw. des Arbeitslosengeldes insgesamt geschätzt;
- die Abzüge durch Lohnsteuer und die Sozialabgaben wurden geschätzt aufgrund der Quote, die die Deutsche Bundesbank für die Gesamtsumme dieser Abzüge aus dem „Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit" für die entsprechenden Jahre angibt (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank);
- zur Inflationsbereinigung der Lohnangaben in Preisen von 1970 wurde der Index der „Lebenshaltungskosten für einen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" des Statistischen Bundesamtes benutzt.

Bildet man aus der inflationsbereinigten Summe von Nettolöhnen und Arbeitslosengeld und der angegebenen Zahl von Industriearbeitern und Arbeitslosen aus der Industrie den durchschnittlichen Monatsbetrag für einen Industriearbeiter, so findet die in der Graphik ausgedrückte Entwicklung der Lohnsumme in folgenden Monatsbeträgen pro Industriearbeiter Ausdruck:

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976 (1.Vj.)
848,00	869,65	896,12	910,32	929,53	924,63	874,36 DM

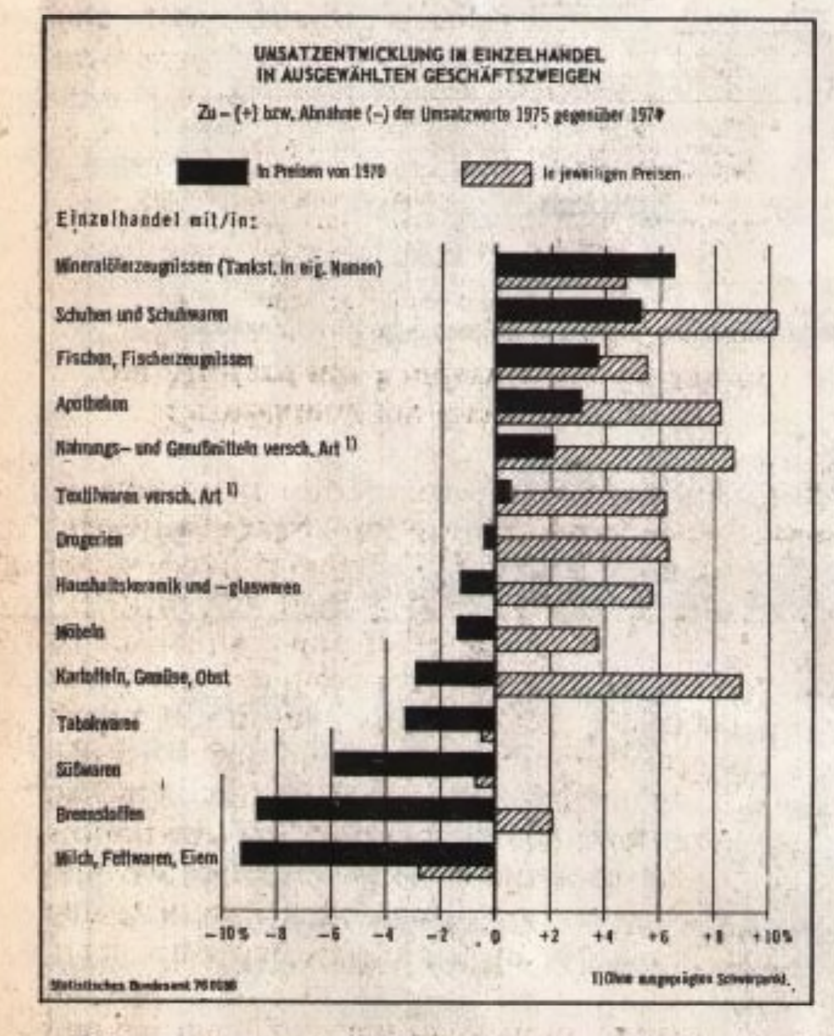
Nach diesen Angaben auf den einzelnen beschäftigten oder arbeitslos gemeldeten Arbeiter berechnet erscheint es so, als sei das Lebensniveau von 1970 noch nicht unterschritten. Dies ist indessen eine Täuschung und Beschönigung. Denn bei solcher Betrachtungsweise wird außer acht gelassen, daß sich die Kapitalisten eines Teils der überflüssig gemachten Arbeiter einfach entledigt haben, indem sie sie zwangen, dieses Land wieder zu verlassen, und zweitens, daß ein Teil der in den vergangenen Jahren aufs Pflaster geschleuderten Arbeiter von den Arbeitsämtern gar nicht geführt wird.

„Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion geht dahin, den Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken“ (Karl Marx)

Fortsetzung

Kapitalisten Tariflöhne zugestanden wurden, die ihnen gestatteten, zehn, zwanzig. ja dreißig Prozent über dem Tarif zu zahlen und zu streichen!

Die Wahrheit über die Lohnentwicklung herauszubekommen, ist nicht einfach, und man muß lange rechnen. Die amtliche Statistik verhüllt mehr, als sie aufklärt. Gelegentlich kommt aber doch die Wahrheit heraus. So im Heft „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 3/76 des Statistischen Bundesamtes. Allerdings in Gestalt einer Untersuchung über die Geschäftserwartungen des Einzelhandels. Der Arbeiter kauft im Einzelhandel, wo denn sonst.



Die schwarzen, durchgezogenen Säulen sind „inflationsbereinigt“, d.h. sie spiegeln die tatsächlich gekauften Gütermassen wider. Die schraffierten Säulen sind nicht „inflationsbereinigt“ und spiegeln wider, daß die Arbeiter für eine ganze Reihe von Lebensmitteln eine gesteigerte Geldsumme zahlen mußten und deswegen weniger kaufen konnten. Betrachtet man die Extremposition der Statistik.

Man erfährt daraus: Das Auto kann nicht abgeschafft werden. Es kann auch kein Benzin gespart werden. Man braucht es, um zur Arbeit zu gelangen. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind unzureichend, kosten unerhört Zeit und sind kaum billig. Oft ist der Arbeitsplatz damit gar nicht erreichbar.

Barfuß gehen ist in unseren Breitengraden unmöglich und in der Arbeit sowieso. Dementsprechend zeigen die Zahlen über den gesteigerten Verbrauch von Schuhwerk eine Verschlechterung der Ware an. Fisch muß kaufen, wem Fleisch zu teuer geworden ist und der nicht ganz auf tierisches Eiweiß verzichten will.

Da wird der Verbrauch an Milch und Eiern
ten will.

Da wird der Verbrauch an Milch und Eiern eingeschränkt, außerdem bleibt die Wohnung kalt, wie der rückläufige Verbrauch an Brennstoffen anzeigt. Daß Genuß von Süßwaren, insbesondere für die Kinder der Massen, nur schädlich ist, sagen die bürgerlichen Gesundheitsmagazine schon lange, worüber sie sich weniger aufregen, ist, daß diese Kinder mittlerweile um 8 % weniger Milch und Eier kriegen.

Wir haben, um die Beweiskette zu schließen, aus der amtlichen Statistik die Angaben über die „Erwerbstätigkeit der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren“ herausgesucht und tabelliert.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 18 Jahren

		Von 100 Müttern mit Kindern unter 18 Jahren sind erwerbstätig			
	erwerbstätige Mütter (in Tsd.)	von allen Müttern mit Kindern unter 18 Jahren	von Müttern mit einem Kind unter 18 Jahren	von Müttern mit 2 Kindern unter 18 Jahren	von Müttern mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren
1957	2536	32,2	34,6	30,0	28,3
1961	2709	35,2	37,8	32,7	32,1
1965	2719	35,0	38,9	31,8	31,0
1967	2685	33,6	38,0	30,5	29,0
1968	2776	34,2	39,0	31,0	29,3
1969	2880	35,3	40,4	31,8	29,9
1970	3025	36,8	42,2	33,1	31,4
1971	3077	37,3	43,0	33,8	31,0
1972	3425	39,7	45,5	36,5	32,8
1974	3531	41,2	46,5	37,8	35,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Von 1967, als 33,6 % aller „Mütter“ „erwerbstätig“ waren, bis 1974, wo es 41,2 % waren, vergingen sieben Jahre sozialdemokratischer Lohnpolitik. Jeder weiß, daß Kindergartenplätze in diesem Zeitraum kaum geschaffen wurden und außerdem sündhaft teuer sind. Was soll man aber denken, wenn man aus der amtlichen Statistik erfährt, daß unter diesen Bedingungen es den Kapitalisten gelang, die „Mütter von drei oder mehr Kindern“ ebenso von 29,0 % 1967 auf 35,0 % 1974 „erwerbstätig“ zu machen? Wie sollen diese Frauen und Familien das schaffen? Mit „drei oder mehr Kindern“ und „erwerbstätig“?

In der ganzen Zwischenphase der letzten Prosperität haben die Sozialdemokraten herumgeredet, es käme gar nicht so sehr auf den Lohn an als vielmehr auf die Lebensqualität. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser müßten her, das wäre das Ziel, und nicht fünzig oder achtzig Pfennige mehr auf den Stundenlohn.

Die Folge: Den Arbeiterhaushalten begann Schluck für Schluck das Geld auszugehen, Kindergärten usw. gab es nicht, aber die „Mütter“, und auch die von „drei oder mehr Kindern“, mußten in die Fabrik oder ins Büro, und für einen niedrigen Lohn. Jetzt ist die bürgerliche Statistik und Presse voll über den „Geburtenrückgang“ und tut besorgt. Das ist der Gipfel der Heuchelei.

Jeder, der das Datenmaterial aufmerksam studiert, kommt nicht an der Erkenntnis vorbei: Zum „Geburtenrückgang“, der scheinheilig beklagt wird, muß sich noch in diesem Jahre eine Steigerung der Kindersterblichkeit, der Kinderkrankheit, der Kinderverkrüppelung gesellen. Die Gesundheitsministerin Focke von der SPD hat schon ideologisch vorgebaut und neulich den unsachgemäßen Umgang der Arbeiterfrauen mit ihren Kindern beklagt. Sie schreien schon wieder „Haltet den Dieb“.

Schon jetzt berichten praktizierende Ärzte aus den Arbeiterwohngebieten, daß Säuglinge und Kleinkinder, die von Arbeitermüttern zur Routineuntersuchung gebracht werden, dem, was vor vier Jahren noch als „altersmäßig entsprechender Normalzustand“ gekennzeichnet war, nicht mehr entsprechen. Das Sozialdemokratengewäsch „Ihr habt es besser als eure Eltern und Großeltern“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Verschleierung der Tatsache, daß es unsere Kinder jedenfalls bereits schlechter haben als wir. Man kann dieses gefährliche Gerede also aus den Windeln widerlegen. Das Verheimlichen solcher Tatsachen, insbesondere in den Gewerkschaften, ist ein Verbrechen, denn leicht kann es geschehen, daß der einzelne Arbeiter alle diese Erscheinungen für ein Pech hält, das ihn persönlich und ausnahmsweise trifft. Es ist aber eine allgemeine Erscheinung.

Das nächste, was Sozialdemokraten anzuwenden pflegen, wenn sie zugeben müssen, daß die Tendenz der kapitalistischen Produktion dahin geht, den Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken, ist: „Aber die Arbeitszeit ist doch gesunken, und der Urlaub wurde verlängert!“

In der Tat, die amtlichen Angaben über die Arbeitszeit scheinen ihnen recht zu geben; im Wochendurchschnitt leisteten die Lohnabhängigen in der Industrie für die Kapitalisten an Arbeitsstunden

1960	1965	1970	1975
44,3	42,0	40,4	38,4

In diese Zahlen sind Ausfallstunden durch Urlaub, Krankheit, Kurzarbeit, Unfälle einbegriffen. Diese Zahlen werden in den Monaten Mai und Oktober erhoben, wo wenige Arbeiter auf Urlaub sind. Im wesentlichen handelt es sich um Kranke, die als beschäftigt gemeldet werden, aber keine Arbeitsstunde leisten und den Stundendurchschnitt drücken. – So kommt für das Jahr 1975 das folgende Bild zustande:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und geleisteten Arbeitsstunden

Stellung im Beruf	Personen mit ... geleisteten Arbeitsstunden in der Berichtswoche													Geleistete Arbeitsstunden	
	0	1–14	15–23	24–39	40–41	42	43–44	45	46–48	49–54	55–69	70 und mehr	insgesamt	insgesamt	je Person bzw. Tätigkeitsfall
	1 000													Mill.	Std.
	Alle Wirtschaftsbereiche														
Selbständige	44	50	80	119	248	50	15	116	83	392	686	516	2 398	128,9	53,7
Mithelfende Familienangehörige	16	88	196	215	134	15	/	72	44	110	186	217	1 299	56,3	43,4
Beamte	68	14	37	129	1 185	364	24	74	47	96	80	24	2 142	85,4	39,9
Angestellte	262	140	560	772	5 320	561	116	269	170	390	319	98	8 977	342,9	38,2
Arbeiter	384	210	531	945	6 924	623	142	418	244	383	267	75	11 145	420,8	37,8
Insgesamt	**773**	**502**	**1 404**	**2 180**	**13 812**	**1 613**	**301**	**949**	**588**	**1 370**	**1 538**	**930**	**25 960**	**1 034,3**	**39,8**

Die Tabelle ist den Heften „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 4/76, S. 215, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, entnommen. Sie ist ein Paradestück bürgerlicher Verhüllungskunst.

384 000 Arbeiter erscheinen unter der Rubrik „0 Stunden“. Offenbar sind diese 384 000 krank. Das Gleiche trifft für die Rubrik 0 – 14 Stunden auf jeden Fall zu. Wer Arbeiter kennt, die anders als durch Kurzarbeit, Krankheitsfall, während der Woche auf weniger als 23 Wochenstunden kommen, mag sich darüber aufhalten.

Wir jedenfalls bezeichnen es als eine bodenlose Unverschämtheit, alle diese Schicksalsschläge im Arbeiterleben einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit zugutezuschreiben. Um der Wahrheit auch nur nahe zu kommen, nehmen wir alle Fälle, wo unter 24 Wochenstunden gearbeitet wurde, aus der Berechnung des Durchschnitts heraus und erhalten dann einen Wochendurchschnitt von 41,35 Wochenstunden pro Arbeiter im Mai 1975.

Das liegt erst in der Nähe der Wahrheit. Handfest und äußerst real ist jedoch die Tatsache, daß

fest und äußerst real ist jedoch die Tatsache, daß

die Kapitalistenklasse im Mai 1975 die Unverfrorenheit besaß, eine Armee von 75 000 Arbeitern mehr als 70 Stunden die Woche schanzen zu lassen. Auf eine Arbeitswoche von über 55 Stunden waren beinahe 350 000 Arbeiter gezwungen, auf mehr als 49 Stunden ein Riesenheer von 725 000. Angeblich ist die Vierzig-Stunden-Woche durchgesetzt.

„Der eine hat eine rosarote, der andere eine dunkle Brille, der eine hat eine blaue, und der andere hat eine schwarze. Aber es ist ein großer Unterschied, ob jemand grundsätzlich die Wirklichkeit so betrachtet, ob sie in die Ideologie stimmt, oder ob jemand grundsätzlich die Ideologie so betrachtet, ob sie auf die Wirklichkeit stimmt.“

Mit diesem starken Stück Philosophie schließt der führende Sozialdemokrat Helmut Schmidt sein Buch „Kontinuität und Konzentration“. Die Ideologie hat auf die kapitalistische Wirklichkeit zu stimmen. Punkt. Dazu sind dann allerhand Lügen und Verdrehungen notwendig. Die Arbeiterklasse braucht eine Ideologie, die sie aus dieser kapitalistischen Wirklichkeit herausführt. Das Geschwätz mit den bunten Brillen soll bloß davon ablenken, daß sich die Wirklichkeit vom Standpunkt eines Bourgeoispolitikers, der um die Profite besorgt ist, anders darstellt als vom Standpunkt der Arbeiterklasse, die im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat die proletarische Revolution vorbereiten muß. Es gibt nicht „verschiedene Brillen“, sondern zwei entgegengesetzte Standpunkte. Den der Kapitalistenklasse und den der Arbeiterklasse.

Daß die amtliche Statistik, die es fertig bringt, den Arbeitern 37,8 geleistete Wochenstunden zu bescheinigen, den 516 000 „Selbständigen“ eine Wochenarbeitszeit von mehr als 70 Stunden zubilligt, ist stark. Selbst wenn man die Bauern, die mit rund 250 000 in dieser Zahlenangabe enthalten sind, abzieht, bleiben noch über 400 000 Bourgeois, die von sich behaupten, daß sie nicht nur „arbeiten“, sondern auch noch „mehr als 70 Stunden“! Das ist statistisch zur Würde der Arbeit erhobener Müßiggang. Da sind Bankette drin und wer weiß was.

Das Zahlenwerk über „geleistete Arbeitsstunden“ ist ein übles Ding. Tatsachen und Gedanken der Bourgeois über sich selber sind darin wild vermengt. Aber auch aus diesem „objektiven“ Gemenge geht eindeutig hervor: Die Überarbeit ist Tendenz in der kapitalistischen Produktion und nicht die Verkürzung von Arbeitszeit.

Wir haben anhand der verschiedensten Tatsachen nachgewiesen, daß die Kapitalisten, sofern sie nicht einfach die Arbeitszeit ausdehnen, dazu übergehen, in kürzere Arbeitszeit mehr Arbeitsverausgabung zu pressen. Dazu amtliche Zahlen über den Schiffsbau:

1963 wurden von westdeutschen Werften 979 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum vom Stapel gelassen. Dazu mußten 139 Millionen Arbeitsstunden aufgewendet werden. In 1000 Arbeitsstunden konnten 7,04 Bruttoregistertonnen Schiffsraum umbaut werden. 1974 ließen die westdeutschen Werftherren 2151000 Bruttoregistertonnen vom Stapel. Dafür wurden nur noch 109 Millionen Arbeitsstunden aufgewendet, also 30 Millionen weniger. Dementsprechend wurden in 1000 geleisteten Arbeitsstunden 19,73 Bruttoregistertonnen Schiffsraum umbaut. Das ist fast das Dreifache. Das war 1974. Alle Werftarbeiter berichten übereinstimmend, daß sich das Arbeitstempo seitdem noch bedeutend beschleunigt hat. Muß man sich da wundern, daß

schleunigt hat. Muß man sich da wundern, daß

auf den Werften Krankenstände von zehn, zwanzig, ja dreißig Prozent vorkommen? Das sind Ausfallquoten, höher als sie eine Armee im Kriege hat.

Um diese und andere Ungeheuerlichkeiten der modernen Industrie zu vertuschen, sprechen die Sozialdemokraten bei feierlichen Gelegenheiten über die „lang vergangenen Schrecken des Frühkapitalismus“, in denen zum Beispiel uferlose Ausdehnung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung gewesen sei. Die bürgerliche Statistik berichtet folgendes über die Entwicklung der wöchentlichen Arbeitszeit:

1885 soll die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei 66 Stunden gelegen haben. Im graphischen Gewerbe bei 60 Stunden. In der chemischen Industrie bei 60 Stunden. In der Metallerzeugung bei 66 Stunden.

1959 soll die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei 45,5 Stunden gelegen haben. Im graphischen Gewerbe bei 46 Stunden. In der chemischen Industrie bei 47 Stunden. In der Metallerzeugung bei 45 Stunden. (Angaben nach: W.G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts)

Bedeuten diese Zahlen eine „allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit“? Von wegen!

1882 gab es nach amtlicher Zählung rund 11 Millionen „abhängig Beschäftigte“. Aus diesen 11 Millionen holte die Kapitalistenklasse rund 36,3 Milliarden Arbeitsstunden heraus. Im Jahre 1959 sicherten sich die westdeutschen Kapitalisten nach der gleichen Berechnung so runde 46,2 Milliarden Stunden der Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung. Während die Bevölkerung, die diesen Kapitalisten zwecks Auspressung von Arbeitszeit zur Verfügung stand, bloß um 20,4 % gewachsen ist, ist die ausgepreßte Arbeitszeit um 27,3 % gewachsen. Um aus der Tatsache, daß sich die Kapitalistenklasse aus der Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung einen ständig wachsenden Teil der Arbeitszeit herauspreßt, eine bedeutende Verbesserung herauszulesen, da braucht man schon die rosaroten, schwarzen, blauen und dunklen Brillen, die der Sozialdemokrat Schmidt hat. Vor allem braucht man den festen Willen, die kapitalistische Wirklichkeit ums Verrecken zu erhalten, auch wenn man dafür lügen muß, daß sich die Balken biegen. Die beständig wachsende Aneignung fremder Arbeit durch die Kapitalisten kommt zustande, indem die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft Bauern und Handwerker, die vormals im Besitz ihrer Produktionsmittel waren, in besitzlose Proletarier verwandelt. Das ist aber nicht die einzige Methode. Die andere besteht darin, durch sukzessive Senkung des Lohnes für den erwachsenen Arbeiter die Arbeiterfrauen und die Arbeiterjugend in die Fabrik zu zwingen. Man erinnere sich nur an die vorher angeführten Zahlen, die zeigten, wie binnen sieben Jahren – von 1967 auf 1974 – der Prozentsatz der „erwerbstätigen Mütter mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren“ von 29,0 auf 35,0 Prozent hochschnellte, dann weiß man, wie das funktioniert.

Wenn die Arbeiterfamilie vormals in Gestalt des männlichen Arbeiters 66 Stunden pro Woche an die Kapitalisten hingab, um einen ausreichenden Lohn zu erhalten, jetzt aber, und sänke auch die Wochenarbeitszeit auf wahre 40 Stunden, die Frau ebenfalls 40 Stunden arbeiten muß, damit der Lohn reicht, wer besitzt da die Frechheit, von einer „Senkung der Arbeitszeit“ zu reden?

einer „Senkung der Arbeitszeit“ zu reden?

Die Frechheit besitzen die heutigen Sozialdemokraten und außer ihnen natürlich noch die Kapitalisten selber. Bei den Kapitalisten weiß man, warum. Die Sozialdemokraten sind eine politische Agentur der Kapitalistenklasse innerhalb der Arbeiterbewegung, sie wollen um jeden Preis den Eindruck erwecken, daß die Arbeiterklasse ihrer Kraftentfaltung unbedingt Einhalt tun müsse; deswegen behaupten sie, die Entfaltung der Profitmacherei, die nun wirklich eine historische Tatsache ist, ginge parallel mit der Entfaltung von allerlei bisher unbekannten Vorzügen des Kapitalismus für die Arbeiter.

Im kommenden Herbst und Winter muß die Arbeiterklasse die Tarife für rund 8 Millionen Arbeitskräfte neu erkämpfen. Vom Lohn dieser 8 Millionen hängen weitere über 25 Millionen Frauen, Kinder, Arbeitslose direkt ab. Man darf sich nicht von Gerede über langfristig erreichte Verbesserungen aufhalten lassen. Die heutigen Sozialdemokraten haben in der langandauernden Phase der relativen Prosperität dafür gesorgt, daß die Arbeiterklasse sich nicht Arbeitszeit, Lohn und Bedingungen sichern konnte, die den Kapitalisten bei ihrer Absicht, den Lohnstandard zu senken, eine mächtige Barriere bedeutet hätten. Jetzt, wo der Kapitalismus erneut in ein Stadium fauliger Stagnation übergegangen ist, sind die Folgen da. Man muß sich von dieser Ideologie und ihren Lügnereien dringend freimachen.

Das ganze Gerede, die Arbeiterklasse könne im wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalistenklasse mehr erreichen als eine Stärkung und Erhaltung ihrer physischen und politischen Kraft, könne ein anderes Ziel haben als die Vergrößerung der Fähigkeit, dieser Gesellschaftsordnung den Todesstoß zu versetzen, ist gefährlicher Unsinn. Er führt bloß dazu, daß die Arbeiterklasse sogar in ihrer physischen Existenz gefährdet wird. Niemand soll denken, die Kapitalisten kennten Gnade.

„Eine rasche Folge schwächlicher und kurzlebiger Generationen wird den Arbeitsmarkt ebensogut mit Zufuhr versorgen, wie eine Reihe robuster und langlebiger Generationen“, enthüllte Karl Marx vor über hundert Jahren. Auch diese Tatsache erweist sich als richtig, solange es einen Arbeitsmarkt gibt, solange die menschliche Arbeitskraft eine Ware bleibt, solange die herrschende Kapitalistenklasse herrscht.